



Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main

**Rekonstruktion der „Hegemonie des Machtstaates Deutschland
unter modernen Bedingungen“?
Zwischenbilanzen nach zehn Jahren
neuer deutscher Außenpolitik**

Gunther Hellmann

Anschrift des Autors:

Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen
FB 3 / Gesellschaftswissenschaften
Robert-Mayer-Straße 5, Fach 102
D-60054 Frankfurt / Main
Tel. +69-798-25191 /-22667
Fax. +69-798-28460
Email: Gunther.Hellmann @ t-online.de
<http://www.rz.uni-frankfurt.de/fb03/prof/hellmann.html>

Vorgelegt auf dem 21. Wissenschaftlichen Kongreß
der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Halle/Saale, 1.-5. Oktober 2000.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1. Einleitung: Spitzenreiter oder Schlußlicht eines Gewaltmarsches? Joschka Fischer als Symbolfigur des republikanischen Übergangs von Bonn nach Berlin	9
2. Die Vergangenheit der „Zivilmacht“ Bundesrepublik: „Kultur der Zurückhaltung“ und „Abnutzungsmultilateralismus“	16
3. Die Zukunft eines „europäischen Deutschland“: Versprechungen und Szenarien nach der Vereinigung	19
3.1. Die Kontinuitätsvisionen der Praktiker: Noch mehr „Politik des guten Beispiels“	19
3.1.1. <i>Zivilisiert, humanisiert, institutionalisiert: Außenpolitische Versprechungen [...]</i>	19
3.1.2. <i>[...] und weltpolitische Realitäten: Die „größere Verantwortung“ des vereinten Deutschland im Härtestest des Golf-Krieges 1990/91 („Und das war nur der Beginn einer Entwicklung“)</i>	22
3.2. Die Extrapolationen der Theoretiker: „Modell Bundesrepublik“ versus „Modell Viertes Reich“	24
3.2.1. <i>Odysseus und die Sirenen: Die Kontinuitätsthese</i>	25
3.2.2. <i>Gulliver in Lilliput: Die These vom außenpolitischen Wandel</i>	29
3.2.3. <i>Zusammenfassung</i>	32
4. Zwischenbilanz I: Zivile Vergangenheit, normale Zukunft. Ein stolzes Deutschland in den Machtwechseljahren blickt nach vorne	33
4.1. Das alte und das neue Deutschland beschreiben	35
4.2. Varianten eines nicht gar so anderen Deutschland: Prominente Beschreibungen im außenpolitischen Diskurs	39
4.2.1. <i>(Endlich) Wieder „Großmacht“</i>	39
4.2.2. <i>(Schon) Wieder „Militärmacht“</i>	42
4.2.3. <i>Immer noch „Zivilmacht“</i>	45
5. Zwischenbilanz II: Groß, zivil und mächtig wie wenige andere. Die neuen „machtpolitischen Realitäten“ mit einer deutschen Großmacht	48
5.1. Diskursive Verschiebungen und machtpolitische Veränderungen	49
5.1.1. <i>„Partner in der Führung“ und „natürlicher Anwalt“</i>	50
5.1.2. <i>Der Generationswechsel zur gnadenarmen 68er Generation</i>	52
5.1.3. <i>Zivile Werte + normale Identität + nationale Interessen = Real(o)politik</i>	53
5.1.4. <i>Wanderungsbewegungen im Spektrum des außenpolitischen Diskurses</i>	57

5.2.	Andeutungen einer neuen „großen Strategie“: Außenpolitische Einbindungen, Anbindungen und Entbindungen	60
5.2.1.	<i>Ein deutsches Deutschland in einem deutscheren Europa</i>	62
5.2.2.	<i>Im Bündnis als „normale“ Alliierte erwachsen geworden: Der Bundeswehr-Helm stößt an die Decke</i>	65
5.2.3.	<i>Das Ende der „Poesie“, oder: Die „Herzensangelegenheit“ der deutsch-französischen Freundschaft im Lichte einer „Theorie der Gegensätze“</i>	67
5.2.4.	<i>Eine gleichberechtigte Partnerschaft unter Erwachsenen in einer multipolaren Welt: Die Loslösung von den amerikanischen Eltern</i>	70
5.2.5.	<i>Der Anwalt und seine Klienten: Deutschland und die mittel- und osteuropäischen Groß-, Mittel- und Kleinmächte</i>	72
5.3.	Traditionelle und moderne Großmacht im Widerstreit: Vier illustrative Fälle außenpolitischer Janusköpfigkeit in der Berliner Republik	75
6.	Deutschland 2010: Ein Ausblick	80
6.1.	Abnehmende europäische Ängste und zunehmendes deutsches Selbstbewußtsein: Der Kleiderschrank der Geschichte lädt zum Wühlen ein und mahnt zur Vorsicht	81
6.2.	Sind Europa und die Welt reif für ein selbstbewußtes Deutschland?	83
6.3.	Überzeugen, einbinden, Partner gewinnen: Die Erfolgsaussichten einer modernen deutschen Großmacht	84
	Anhang / Tabellen	86

„Freude schöner Götterfunken am 3. Oktober? I wo. Mir ist eher etwas bänglich zumute. Der deutsche Einheitsstaat im zweiten Anlauf – wenn das man diesmal nur besser ausgeht als beim letzten Versuch, denn wir Zeitgenossen müssen sagen, wir sind dabeigewesen. Ich jedenfalls hebe mir meinen deutschen Jubel für in zehn Jahren auf, für den 3. Oktober des Jahres 2000. Bis dahin dürfte sich erwiesen haben, ob zum Jubeln oder zum Haareraufen Anlaß besteht.“

Joschka Fischer¹

Zusammenfassung

Zehn Jahre sind seit der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vergangen. Aus zwei „*Rationalstaaten*“ (C. Hacke) ist wieder *ein Nationalstaat* geworden. Die „Bundesrepublik“ bildet auch heute noch einen Teil des Staatsnamens, aber die meisten haben sich wieder angewöhnt, einfach von „Deutschland“ zu reden. Trotz aller Beschwörungen der Kontinuitätselemente zwischen alter und neuer Bundesrepublik überwiegt inzwischen die Differenz zwischen beiden. Diese wird in der Unterscheidung zwischen „Bonner“ und „Berliner Republik“ treffend eingefangen.

Das neue Deutschland, das in den letzten zehn Jahren entstanden ist, ist neuer als viele dies wahrhaben wollen – dies ist eine der zentralen Thesen dieses Beitrags. Worin sich das Neue zeigt, bildet den Schwerpunkt der Analyse. Was sich hieraus in der Außenpolitik mittelfristig im Kontext europäischer Politik für Deutschland und sein Umfeld ergeben könnte, wird in den Schlußfolgerungen diskutiert. Im wesentlichen kommt dieser Beitrag zu folgenden Ergebnissen:

1. Der republikanische Übergang von Bonn nach Berlin kommt in keiner Figur sichtbarer zum Ausdruck als in der Person des derzeitigen deutschen Außenministers Joschka Fischer. Fischer ist durch und durch ein Kind der alten Bundesrepublik, heute aber auch an herausragender Stelle an allen außenpolitischen Neuerungen beteiligt und für sie verantwortlich. Er ist, in seinen eigenen Worten von vor zehn Jahren, an herausragender Stelle nicht nur „dabeigewesen“, sondern immer noch dabei. Die „Wandlungen“, die er und die Republik in dieser Zeit allerdings durchgemacht haben, sind weitreichender als viele vor zehn Jahren erwarteten. Zwar besteht, wie dieser Beitrag zu zeigen versucht, zehn Jahre nach der Vereinigung weder Anlaß „zum Jubeln“, noch zum „Haareraufen“, aber die tiefen Furchen auf Fischers Stirn deuten symbolisch auch an, wie sehr man ins Grübeln kommen kann, wenn man als Bonner Republikaner wie er hauptberuflich neue deutsche Außenpolitik von Berlin aus machen muß. Fischers Feststellung, daß „die Verwandlung des Amtes durch den Menschen eben etwas länger dauert als die Verwandlung des Menschen durch das Amt“, gilt spiegelbildlich auch für die deutsche Außenpolitik. So wie Fischer in den letzten beiden Jahren seine Visionen und Ambitionen im tagespolitischen Geschäft der Innen- und Außenpolitik kleinarbeiten und pragmatisch Kompromisse suchen und schließen mußte, so sind die übergreifenden Kontinuitätsbeschwörungen zwischen Bonner und Berliner Republik, die Anfang der 1990er Jahre so laut zu vernehmen waren, unter dem „Druck der Ereignisse“ (z.B. Golfkrieg, Balkan) wie auch dem Reiz der neuen machtpolitischen Versuchungen im Laufe der 1990er Jahre kleingearbeitet und pragmatisch kompromittiert worden. So wie das Amt Fischer mehr verwandelt hat als umgekehrt, so haben das innere und äußere Umfeld deutsche Außenpolitik stärker verwandelt als umgekehrt. Das hehre Selbstbild der Deutschen, die in der Welt als „Zivilmacht“ durch eine „Politik des guten Beispiels“ (Genscher) glänzen wollten, hat im Laufe der letzten zehn Jahre einige Schrammen abbekommen: am Anfang schon durch die bloße „Scheckbuchdiplomatie“ während des Golfkrieges, der im Unterschied zum Kosovo-Krieg auf einer ver-

¹ Joschka Fischer, Hurra, Deutschland!, in: Der Spiegel, Nr. 40/1990, S. 44.

gleichsweise gut abgesicherten völkerrechtlichen Basis geführt wurde; dann durch das „Vorpreschen“ bei der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens sowie die anfängliche „Drückbergerei“ bei den ersten UN-sanktionierten militärischen Operationen auf dem Balkan; später durch die „normale“ Beteiligung an völkerrechtlich zumindest fragwürdigen militärischen Schlägen gegen Jugoslawien, die „Drängelei“ bei der Besetzung des IWF-Chefsessels oder bei anderen ähnlich „unbefangeneren“ Verhaltensweisen auf dem europäischen oder internationalen Parkett.

2. Im Kontrast zu den Versprechungen der Politiker, die unter dem Eindruck der Vereinigung gegeben wurden, sowie der Extrapolationen der Theoretiker der Außenpolitik von Anfang der 1990er Jahre hat sich in den letzten Jahren eine Entwicklung vollzogen, die in den traditionellen Kategorien der Beschreibung der außenpolitischen Identität der Bundesrepublik nur noch unzureichend charakterisiert werden kann. Prominente Beschreibungen verweisen beispielsweise heute darauf, daß das neue Deutschland stark in der Kontinuität der alten Bundesrepublik stehe oder aber wieder auf andere, weniger rühmliche deutsche „Machtstaatstraditionen“ rekurriere und damit an längst vergessenen Kontinuitätslinien anknüpfe. Untereinander unterscheiden sich diese Beschreibungen allerdings sehr stark: wo die einen mit einer gewissen Erleichterung konstatieren, daß Deutschland *endlich wieder eine Großmacht* sei, heben andere besorgt hervor, daß Deutschland sich *schon wieder als Militärmacht* aufspiele, während eine dritte Gruppe von Beobachtern meint, daß derselbe Staat *immer noch eine Zivilmacht* sei. Die Widersprüche oder Spannungen, die sich im Vergleich dieser Beschreibungen untereinander ergeben, deuten darauf hin, daß nicht alle zugleich zutreffend sein können. Meine These besteht darin, daß alle drei Sichtweisen treffend und verzerrend zugleich sind. Sie kehren für sich genommen jeweils wichtige Aspekte neuer deutscher Außenpolitik hervor, sind zugleich aber auch deshalb verkürzend, weil sie einzelne Aspekte überzeichnen und dabei auch Gegensätze konstruieren, die es so nicht notwendigerweise geben muß.

3. Wenn man diese (vermeintlichen) Gegensätze auflöst, so meine Argumentation, dann läßt sich ein vielschichtigeres Bild deutscher Außenpolitik zeichnen, das den neuen „machtpolitischen Realitäten“ (J. Fischer) in Deutschland, Europa und der Welt eher entspricht. Dieser alternativen Sichtweise zufolge ist Deutschland heute zweifelsohne wieder eine Großmacht, die ihr Verhältnis zum Einsatz militärischer Gewalt in dem Sinne „normalisiert“ hat, als eine Annäherung an einen als Referenzpunkt dienenden Normalitätsmaßstab stattgefunden hat, wie ihn ähnlich große westliche Demokratien abgeben, die wie Deutschland Mitglied der NATO sind. Strenge normative Vorgaben, die gegen den Einsatz militärischer Gewalt stehen, haben nicht mehr dieselbe Wirkung wie noch vor zwei oder gar zehn Jahren. In diesem Sinne ist die Resozialisierung der neuen Bundesrepublik im Kontext demokratischer westlicher Nationalstaaten innerhalb des europäischen Mehrebenensystems deutlich vorangeschritten. Teil dieser neuen Normalität ist es aber auch, daß sie ganz offensichtlich Elemente des Zivilen aufgehoben hat. Allerdings ist der Mythos der Differenz zwischen einer deutschen Zivilmacht auf der einen Seite und anderen großen westlichen Demokratien (wie Frankreich oder Großbritannien), die in der Vergangenheit typologisch eher zum „Machtstaatenlager“ gerechnet wurden, mittlerweile zerstört worden. Man mag diese Art der „Normalisierung“, die aus Deutschland wieder einen großmächtigen, wenn auch immer noch weitgehend „zivilen“ Akteur auf der internationalen Bühne gemacht hat, begrüßen oder verdammten, sie zu leugnen wäre aber töricht.

4. Integration in die westliche Staatengemeinschaft im allgemeinen und die Partnerschaft mit Frankreich und den USA im besonderen sowie eine auf Entspannung gerichtete Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten waren Kernbestandteile der außenpolitischen „Staatsrä-

son“ der Bonner Republik. Daß unter geographischen Gesichtspunkten die alten Schwerpunkte deutscher Außenpolitik auch die neuen sind, wird nicht überraschen. Trotzdem sind seit der Vereinigung Verschiebungen nicht zu übersehen. Diese Verschiebungen sind die Folge unterschiedlicher Entwicklungen. Zum einen erscheinen die östlichen Nachbarstaaten Deutschlands seit Anfang der 1990er Jahre als neues Handlungsfeld deutscher Außenpolitik, wie dies zuvor nie der Fall war. Dieses neue Handlungsfeld wird als ein Aktionsbereich wahrgenommen, in dem sowohl neue Gestaltungschancen als auch Handlungsdruck bestehen. Zweitens hat sich mit den weltpolitischen Veränderungen insgesamt auch eine Prioritätenverschiebung in der amerikanischen Politik im Hinblick auf Europa ergeben, die es der deutschen Außenpolitik immer schwerer machen, sich *nicht* zwischen Paris und Washington zu entscheiden. Drittens haben sich aufgrund der Veränderungen innerhalb der Europäischen Union wie auch in ihrem geographischen Umfeld Macht- wie auch Problemverschiebungen ergeben, die die deutsche Politik heute ganz anders fordern als noch vor zehn Jahren. Insofern kann es nicht überraschen, daß sich der Fokus der deutschen Außenpolitik vom „europäisch-atlantischen Westen“ stärker in die „europäische Mitte“ verlagert hat. Das Bewußtsein um die eigene Bedeutung als „Zentralmacht Europas“ (H.-P. Schwarz) ist in Deutschland jedenfalls gewachsen und es macht sich sowohl in den bilateralen Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten (wie etwa Frankreich, den USA oder den ost-europäischen Nachbarn) wie auch innerhalb internationaler Institutionen (wie der EU oder der NATO), deutlicher bemerkbar. All dies bedeutet keinen „Abschied vom Westen“, aber es bedeutet auch nicht, daß „der Westen“ noch eine treffende Kategorie darstellt, um deutsche Außenpolitik im Jahr 2000 zu beschreiben. Die Deutschen sind weiterhin und in mancherlei Hinsicht sogar noch stärker als vor zehn Jahren „eingebunden“ in ein Netzwerk internationaler Institutionen. Allerdings haben sich auch in diesen Institutionen die Rahmenbedingungen und damit die Aussichten zur Durchsetzung deutscher Interessen wesentlich verändert. Diese Aussichten sind heute zwar prinzipiell schon deshalb größer als vor zehn Jahren, weil den Deutschen mehr Macht *unterstellt* wird und insofern deutscher „Abnutzungsmultilateralismus“ (T. Garton Ash) eigentlich auf geringere „Gegenwehr“ trifft als früher. Die Dialektik institutioneller Macht besagt aber auch – und dies zumal in den internationalen Beziehungen und im deutschen Fall – daß sich umso schneller Gegenmacht bildet, je stärker egoistische deutsche Nationalinteressen durchgesetzt werden sollen, und damit die geschätzte oder zumindest respektierte Praxis früherer Bonner Abnutzungsdiplomatie durch einen neuen Berliner Blitzkriegsmultilateralismus ersetzt wird. Der Fall der gescheiterten Besetzung des IWF-Chefsessels durch den Deutschen Koch-Weser wie auch der Glücksfall der deutschen Vermittlung während des Kosovo-Krieges, sind Paradebeispiele für Fluch und Segen neuer deutscher Außenpolitik in und durch internationale Institutionen. Sie belegen auch, welche Gratwanderungen deutsche Diplomaten vollziehen müssen und können, wenn sie in internationalen Institutionen „wirksamer sprechen“ wollen, wie Joschka Fischer dies fordert.

5. Die Sorgenfalten im Gesicht des deutschen Außenministers haben seit dem Macht- und Regierungswechsel 1998 zugenommen. Sie spiegeln die Sorgen einer aussterbenden Generation von „Befangenen“, die in Bonn groß geworden sind und die außenpolitischen Markenzeichen der Bonner Republik („Bescheidenheit“, „Kultur der Zurückhaltung“, „Verwestlichung“, „Zivilität“, „Europaenthusiasmus“) in einer Weise verinnerlicht hatten, wie dies bei der nachwachsenden Berliner Generation der „Selbstbewußten“ nicht mehr der Fall ist. Zu diesen „Befangenen“ werden hier so unterschiedliche Persönlichkeiten gerechnet wie Joschka Fischer, Helmut Kohl oder Jürgen Habermas. Zur Klasse der neuen Generation der „Selbstbewußten“ rechne ich demgegenüber den neuen Bundeskanzler und einige seiner prominenteren Herausforderer aus der Opposition, wie den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch oder den Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz. In ihren Reden tauchen Begriffe wie „Normalität“, „nationale Interessen“, „selbstbewußtes Auftreten“, „nach vorne blicken“ sowie

„Verantwortung übernehmen“ mit deutlich anderen Konnotationen auf, als dies bei den „Befangenen“ der Fall ist. Diesen typologischen Unterschieden soll hier in unterschiedlichen Kontexten nachgegangen werden. Auch wenn dabei sowohl die unorthodoxe Gruppierung dieser prominenten „Außenpolitiker“ etwas befremdlich anmuten wie auch die Unterscheidung als solche überzeichnet erscheinen mag, so zeigt sie doch – dies zumindest wäre eine meiner Thesen – eine wichtige Verschiebung im Koordinatensystem des außenpolitischen Diskurses, die für Deutschland und Europa weitreichende Konsequenzen haben *könnte*. In dem Maße, in dem die Befangenen durch die Selbstbewußten verdrängt werden, wird das Denken über Deutschlands Rolle in der Welt noch stärker als bisher schon die Differenz zu den anderen Staaten über die Hervorhebung der „nationalen“ Interessen (oder gar „des nationalen Interesses“) betonen. Gewiß, im europäischen Mehrebenensystem hat der „Nationalstaat“ einen völlig anderen Stellenwert als etwa unter den (auch damals schon sehr engen) Verflechtungsbedingungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Selbst innerhalb der EU erscheint es allerdings auch heute noch fahrlässig, das Mobilisierungspotential nationaler Identifikation zu unterschätzen -- vor allem dann, wenn sich solche Differenzen in Verteilungskonflikten leicht mobilisieren lassen. Die neue deutsche Betonung der „nationalen Interessen“ könnte daher als Vorbote zukünftigen Verhaltens gelesen werden. Und Worten könnten irgendwann auch wieder Taten folgen. Dann würde sich auch innerhalb der EU das Konfliktpotential erhöhen und die Anforderungen an die Konfliktmanagementqualitäten deutscher Diplomatie würden noch weiter ansteigen. In diesem Problemszenario, das sich aus den Überzeugungen eines „Bonner Weltbildes“ speist, wird es schwer sein, die wachsenden und zudem immer stärker konkurrierenden Erwartungen der eigenen Bevölkerung wie auch der anderen Staaten zu versöhnen. Die Ankunft der Berliner Generation an den Hebeln der Macht bedeutet daher vor allem, daß sich die europäischen Nachbarn zunehmend auf die Eigenständigkeit eines deutschen Willens einstellen müssen – und zwar in dem Maße, in dem die Ansprüche der östlichen und westlichen Nachbarn an gewisse „Führungsleistungen“ der Deutschen weiter steigen, die Übernahme einer deutschen „Anwaltschaft“ für alle interessierten „Klienten“ aber schon alleine deshalb schwieriger wird, weil diese untereinander konkurrieren, und zugleich nicht nur die finanzpolitischen Spielräume der Deutschen enger werden, sondern auch ihre Bereitschaft schwindet, die Lasten der anderen mitzutragen.

6. Wie ernst sollte man diese Sorgen nehmen? Für eine Antwort auf diese Frage ist entscheidend, wie hoch man die Bereitschaft der Partner Deutschlands einschätzt, ein „normales“ und selbstbewußtes Deutschland, das nolens volens in eine stärkere Führungsrolle hineinwächst, gewähren zu lassen. Mein Eindruck ist, daß die europäischen Nachbarn immer noch weit weniger bereit sind, ein „normales“ und selbstbewußt die eigenen Interessen vertretendes (und das heißt zumeist ja auch: den eigenen Einfluß bzw. die eigene Macht mehrendes) Deutschland zu akzeptieren als dies etwa im Blick auf ein selbstbewußtes Frankreich oder Großbritannien der Fall ist. Wenn es richtig ist, daß „die Geschichte [...] in gewisser Weise wie ein großer Kleiderschrank [ist], in dem man herumwühlt, um das zu jeder Gelegenheit Passende zu finden,“ (G. Craig) werden die Nachbarn beim Wühlen in der deutschen Geschichte immer sehr schnell fündig werden. Ob „normale“ und „selbstbewußte“ Deutsche souverän damit umzugehen wüßten, daß ihre Nachbarn nicht mehr „nett“ zu ihnen wären, wie dies einige Deutschlandexperten als Politikempfehlung im Jahr der Vereinigung in einer Besprechung mit der damaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher formulierten, bleibt vor dem Hintergrund der häufig beklagten fehlenden außenpolitischen Tradition sowie der sprichwörtlichen deutschen Überempfindlichkeit zumindest fraglich.

7. Was ist zu tun? Die außenpolitischen Eliten Deutschlands haben wiederholt unter Beweis gestellt, daß sie im europäischen Kontext die an sie gerichteten Erwartungen (von innen wie von außen) durchaus erfüllen können, wenn sie die „Größe“ einer neuen deutschen Groß-

macht nicht (wie im Falle Koch-Weser) „traditionell“ definieren, sondern „modern“. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Wolfgang Ischinger, hat dies vor kurzem im Blick auf eine moderne Großmacht Rußland wie folgt getan: „Größe bemißt sich (...) heute nicht so sehr an Macht, sondern an Kraft zu gestalten: es ist wichtiger zu überzeugen, als zu drohen, es ist wichtiger, einzubinden als zu beherrschen, es ist wichtiger Partner zu gewinnen als Gegner in Schach zu halten. Das sind die Gebote des 21. Jahrhunderts.“ Wenn die Berliner Regierungen der Zukunft die drei Handlungsregeln einer modernen Großmacht („überzeugen“, sich und andere „einbinden“ sowie „Partner gewinnen“) für sich selbst beachten, werden sie innerhalb Europas wie auch darüber hinaus weiterhin erfolgreich sein. Dies wird dann kein Europa sein, das von Berlin aus regiert wird, wie dies einige Umfragedaten in Deutschland erwarten lassen, die Berlins zukünftige Rolle als „Sitz einer europäischen Regierung“ beschreiben. Vielmehr wird es ein Netzwerk sein, das mit (aber nicht allein von) den Deutschen geflochten und gepflegt wird – ein Netzwerk vielleicht, das langfristig ein neues parlamentarisches und demokratisches Zentrum in Straßburg gefunden haben wird.

8. Um diese Zukunft wahr werden zu lassen, wird es eine der herausragenden strategischen Aufgaben deutscher Außenpolitik in den kommenden Jahren sein, inneren und äußeren Erwartungsdruck zu versöhnen. Dies ist allerdings schwieriger, als es eine Mehrheit der Experten unterstellt. Die Kompromissbereitschaft der Deutschen, die Lasten anderer zu tragen, schwindet. Gleichzeitig steigt aber ihr „Selbstbewußtsein“, auf politische Prozesse in Europa im Sinne „nationaler Interessen“ Einfluss zu nehmen. Die Konstruktion und Pflege dieser Differenz zwischen „nationalen“ Interessen auf der einen und nicht-nationalen, *vielleicht* gemeinsamen „europäischen“ Interessen auf der anderen könnte sich allerdings dann sehr schnell als eine selbstgestellte Falle erweisen, wenn beide Seiten nicht mehr zugleich bedient werden können. Ein Erfolgsrezept der Bonner Außenpolitik, das mittlerweile leider allzu sehr in Verruf geraten ist, bestand darin, diese Differenz erst gar nicht zu suggerieren. Dies bedeutete nicht, daß die Deutschen nicht auch „nationale Interessen“ verwirklichten. Das Gegenteil ist der Fall, wie schon ein kurzer Blick auf die Ereignisse der Jahre 1989/90 zeigt. Der Verzicht auf die Betonung der Differenz zwischen nationalen und nicht-nationalen Interessen hatte jedoch den Vorteil, daß es in Konflikten einfacher war, zu Kompromissen zu kommen, ohne Gesichtsverlust zu erleiden, weil man etwas „durchdrücken“ wollte, aber nicht konnte. Die Folge der „Erfolgsgeschichte“ bundesdeutscher Außenpolitik war, daß sich die Deutschen erstmals in ihrer Geschichte auf keine ferne Insel mehr sehnen mußten, weil sie ihren Platz an der Sonne endlich mitten auf dem europäischen Kontinent gefunden hatten. Natürlich herrscht auf diesem großen Kontinent – angesichts seiner kontinent-übergreifenden politisch-geographischen Ausdehnungen und machtpolitischen Koordinaten – nicht ständig eitel Sonnenschein. Aber selbst unter dem teilweise rauen Klima der letzten 50 Jahre ist es gelungen, durch die Schaffung ausgewogener und ausbalancierender Institutionen das an struktureller Vorsorge zu leisten, was angesichts der unvermeidlichen Unwägbarkeiten der Zukunft möglich war. Aus diesen Gründen ist es auch einer der denkbar besten Plätze auf diesem Planeten – zumal für die Deutschen! Bei guter Führung wird sich daher zweifellos auch das nötige Maß an welt- und europapolitischer Reife herausbilden, um gemeinsam mit den anderen weiter zu prosperieren. Ohne diese Reife wird es spätestens in zehn oder zwanzig Jahren Anlaß zum „Haareraufen“ geben.

1. Einleitung: Spitzenreiter oder Schlußlicht eines Gewaltmarsches? Joschka Fischer als Symbolfigur des republikanischen Übergangs von Bonn nach Berlin²

„War er Monarchist oder Demokrat, Nationalist oder Europäer, Idealist oder Realist, Annexionist oder ein Mann des Friedens? Vermutlich liegt der Fehler in der durch das Wort „oder“ ausgedrückten Alternative.“

Joschka Fischer³

„[A]us der besonderen deutschen Geschichte heraus ist dieses Land nun einmal gut beraten, keine Rückkehr zu einer militärisch gestützten Außenpolitik zu betreiben. Deutschland war auch ohne Weltpolitik und „out of area“-Einsätze über Jahrzehnte hinweg voll bündnisfähig und ein allseits geachtetes Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft [...]. Eine erneute „Vermachtung“ der deutschen Politik wie sie gegenwärtig allenthalben gefordert wird, liegt nicht im Interesse Deutschlands. Sehenden Auges würde man eine der größten Errungenschaften der Nachkriegszeit aufgeben, nämlich den Bruch mit der preußisch-deutschen Machtstaatstradition und die Konzentration des demokratischen Deutschlands auf die zivile Politik. Die weitere Entwicklung ist unschwer abzusehen: Es fängt heute mit der Parole „Mehr Verantwortung übernehmen!“ an, dann werden die ersten Kriegseinsätze stattfinden, die ersten Toten wird es geben, die ersten vaterländischen Rituale werden folgen, die Generalität wird mehr Freiheiten wollen, Kriegshelden werden wieder heroisiert, längst überwundene Traditionen werden exhumiert werden und die von den Deutschnationalen heißersehnte Wiederkehr des „Primats der Außenpolitik“ wird dann gefeiert werden dürfen; parallel dazu wird Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erhalten, in dem als ständige Mitglieder heute nur lauter Nuklearmächte sitzen. Folglich wird auch in Deutschland dann die Debatte beginnen um die „vollständige“ Souveränität, und dies ist in der heutigen Welt nun einmal die nukleare Souveränität. Und so wird eines zum anderen kommen, und die wirtschaftliche Großmacht Deutschland wird sich auch auf den Weg zur politischen Großmacht begeben, die Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen – dieses große Ziel der deutschnationalen Revisionsversuche der Gegenwart – wird dann in greifbare Nähe rücken, und das wird bei unseren europäischen Nachbarn alles andere als Entzückensschreie auslösen, sondern Furcht, Mißtrauen und mehr oder weniger verdeckte Eindämmungsbemühungen.“

Joschka Fischer⁴

Joschka Fischer hat dieses Szenario vor mehr als sechs Jahren aufgeschrieben – in den Vorwahlkampfzeiten des Jahres 1994, als viele auf einen „Machtwechsel“ hofften, aber noch nicht so recht daran glaubten. Mit einem Buch suchte Fischer seine Kompetenz auf dem Felde der Außenpolitik zu präsentieren, um seinen Anspruch auf das Auswärtige Amt für den Fall

² Dieser Beitrag baut auf mehreren Arbeiten auf, die in den letzten fünf Jahren entstanden sind. Über diesen Zeitraum haben mehrere studentische Mitarbeiter dazu beigetragen, daß Materialien zusammengetragen und aufbereitet wurden. Mein Dank gilt vor allem Rachel Adam, Roland Bathon, Daniel Gaus, Anna Geis, Ulrich Gross, Heiko Knobel, Norbert Krabs und Kemal Oezden. Für die Unterstützung bei der Vorbereitung dieses Beitrags danke ich insbesondere Christian Büger, Benjamin Herborth und Yvonne Perner. Für Anregungen, Kritik und Unterstützung danke ich darüber hinaus Chaya Arora, Berthold Meyer, Bernhard Moltmann, Harald Müller, Wolfgang Wagner und Bruno Schoch. Nicht alle ihre Anregungen konnten bereits in dieser Version berücksichtigt werden.

³ Joschka Fischer, Außenpolitik im Widerspruch. Was Gustav Stresemann erreichte, woran er scheiterte und was daraus gelernt wurde, in: Die Zeit, Nr. 6/2000 (3. Februar 2000).

⁴ Joschka Fischer, Risiko Deutschland. Krise und Zukunft der deutschen Politik, Köln (Kiepenheuer und Witsch), 1994, S. 229-230.

zu unterstreichen, daß es einmal zu einer rot-grünen Koalition kommen würde. Daß dies früher oder später der Fall sein würde, schien ihm klar und daß man an ihm dann nicht vorbeikommen würde, ebenso.⁵ Daß Fischer damals allerdings antizipierte, daß zumindest ein Teil dieses Szenarios in einer Regierung Realität werden würde, in der er an herausragender Stelle politische Verantwortung trug, ist unwahrscheinlich. Wer Belege für die Rede von dem „Mehr an Verantwortung“, von der „Bündnis-“ oder gar „Europafähigkeit“ sucht, die immer mehr militärisch definiert wird oder wer an die schon etwas länger zurückliegenden „ersten Kriegseinsätze“⁶ denkt – der, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß wir ein gutes Stück des Weges schon zurückgelegt haben, den Fischer als Horrorvision einer Rekonstruktion der „Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen“ an die Wand gemalt hatte – und dies nicht unter der Verantwortung einer Regierung, in der „die Deutschnationalen“ den Ton angaben (zumindest nicht in der Variante, die Fischer wohl meinte), sondern – wenn man den etwas aus der Mode gekommenen „links-rechts“ Maßstab anlegt – unter der am weitesten links stehenden Regierung, die Deutschland seit den frühen Jahren der Weimarer Republik gesehen hat.

Das Erstaunliche dabei ist, daß diese Politik an herausragender Stelle von einer Persönlichkeit mitverantwortet wurde, die durch und durch als ein Kind der Bonner Republik gilt. Um so faszinierender ist es, wie sich gerade in der Person Joschka Fischers und in seiner Funktion als Außenminister der Wandel der deutschen Außenpolitik auf den Punkt bringen läßt. Keiner von denen, die den langen Marsch durch die Institutionen der BRD mit ihm überstanden haben, hat den Marsch so vehement und leidenschaftlich betrieben wie er. Keiner ist auf der

⁵ Auf die Frage, wann er den „Posten des Außenministers“ als seine „ganz persönliche Vision zum erstenmal ins Auge gefaßt“ habe, antwortete Fischer im November 1998: „Das war für mich 1993 klar, als ich die Entscheidung getroffen hatte, nach Bonn zu gehen. Ich wußte, wenn eine Koalitionsvereinbarung stattfindet, dann muß es im Kernbereich der staatlichen Politik sein. Und daß es mit dem Finanzressort schwierig würde, war offensichtlich.“ Herlinde Koelbl, Spuren der Macht. Die Verwandlung des Menschen durch das Amt. Eine Langzeitstudie, München (Knesebeck), 1999, S. 34. Die von Fischer ebenfalls belegte Aussage, daß „dieses Amt [...] nicht mein Lebenstraum“ war (Tom Schimmeck, Der Zwölfender. Porträt von Joschka Fischer, in: Die Woche, 17. März 2000, S. 3 (Hervorhebung im Original)), mag erklären, warum Fischer von ihm Nahestehenden auch als „Joschka Dolorosus“ („der Schmerzreiche“) charakterisiert wird; vgl. Patrik Schwarz, Der Leidtragende, in: taz, 24. Juni 2000.

⁶ Daß die Bundeswehr vor dem Hintergrund der damals gültigen Finanzplanung weder „vollständig bündnisfähig noch europafähig“ sei, beklagte Verteidigungsminister Scharping im März 2000 u.a. in einem Brief an die etwa 130.000 zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr; vgl. Karl Feldmeyer, „Bundeswehr ist europunfähig“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. März 2000, S. 2. Im Kontrast zum längeren Zitat Fischers vgl. ferner die Verknüpfung von „Verantwortung übernehmen“ und das Gefühl „eines gewissen Stolzes“ angesichts der „Leistungsfähigkeit“ der Bundeswehr im Rahmen des Kosovo-Krieges bei Bundeskanzler Schröder: „Auf dem Balkan – ich denke, das kann man mit einem gewissen Stolz feststellen – hat sich die Bundeswehr hervorragend bewährt; und sie tut es weiter. Sie hat dort bewiesen, daß sie, was die Leistungsfähigkeit und die Motivation ihrer Angehörigen angeht, den Vergleich mit unseren Verbündeten und Partnern in gar keiner Weise zu scheuen hat. Deutschland hat über seine vielfältigen politischen, diplomatischen und humanitären Aktivitäten hinaus einen substanziellen militärischen Beitrag zur Beendigung von Völkermord und Krieg geleistet. Wir haben hier gesehen: Erfolgreiche Friedens- und Stabilitätspolitik muss das ganze – ich betone: das „ganze“ Spektrum sicherheitspolitischer Instrumente umfassen. Diese schwierige Aufgabe können und wollen wir nicht anderen überlassen, insbesondere dann nicht, wenn es um Krisen und Konflikte im euro-atlantischen Raum geht. Im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO, der EU und der OSZE Verantwortung zu übernehmen, ist ein ureigenes deutsches Interesse. Deshalb wird dies auch ein Markenzeichen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik bleiben. Eine der unerlässlichen Voraussetzungen dafür ist eine leistungsfähige Bundeswehr. Um diese Bundeswehr der Zukunft zu schaffen, werden wir in den nächsten Monaten die notwendigen Entscheidungen treffen“; Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der Veranstaltung „Bundeswehr und Wirtschaft – eine strategische Partnerschaft auf dem Weg in den modernen Staat“, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 24 vom 5. Mai 2000, <http://www.bundesregierung.de/01/0106/00053/01.html>, Hervorhebung G.H.

Hierarchieleiter der Institutionen, denen der Marsch geblasen werden sollte, so hoch gestiegen wie er. Aber auch keiner hat am Ende so klar wie er eingeräumt, daß diese Institutionen resister sind als die Marschierer in ihren kühnen Eroberungsträumen am Anfang dachten. „[D]ie Verwandlung des Amtes durch den Menschen dauert eben etwas länger als die Verwandlung des Menschen durch das Amt“⁷ – so lapidar und treffend zugleich resümierte er bereits am Anfang seiner Amtszeit seine Erfahrungen, Monate bevor die Metapher des Gewaltmarsches durch die Institutionen für den genauso ungewöhnlichen wie steilen Karriereweg des früheren Straßenkämpfers im Kosovo-Krieg noch eine andere Bedeutung erlangte.

In rasant kurzer Zeit hat nicht nur Fischer in den letzten zwei Jahrzehnten eine immense politische Wegstrecke im politischen System der Bundesrepublik zurückgelegt. Auch „Deutschland“ hat in sich dieser Zeit gewaltig verändert. Aus zwei „Rationalstaaten“⁸, die sich viel auf ihren „Antimilitarismus“ (DDR) bzw. ihre „Kultur der Zurückhaltung“ (BRD) einbildeten, wurde innerhalb eines Jahres ein einziges Vaterland, das dann weitere neun Jahre später wie seine Verbündeten auch wieder Krieg in Europa führte – wenn auch diesmal auf der moralisch überlegenen (wenn auch nicht völkerrechtlich ganz abgesicherten) Seite gegen humanitäres Unrecht. Joschka Fischer hat alle diese Wandlungen mitvollzogen, manche mit leidenschaftlicher Unterstützung, die meisten aber mit großen Bauchschmerzen. Er hat sich „im Amt“ gewandelt und sicherlich auch „das Amt“ ein bißchen verändert. Viele Bonner Tugenden strahlen daher nach wie vor aus dem Auswärtigen Amt aus – aber wie lange noch? Welche Menschen werden das Auswärtige Amt sowie andere wichtige Ämter deutscher Außenpolitik nach Fischer führen? Wie werden sie diese Ämter „verwandeln“ wollen – und um wie vieles stärker von ihnen verwandelt werden? Solche Fragen zu stellen, heißt, Sorgen über die Zukunft der Außenpolitik der Berliner Republik zu formulieren. Es heißt auch, sich als Anhänger einer Gruppe von Bonner Republikanern zu erkennen zu geben, die vom Aussterben bedroht ist – einer Gruppe, die so gegensätzliche Figuren einschließt wie Joschka Fischer, Helmut Kohl und Jürgen Habermas und die sich deutlich absetzt von einer nachwachsenden Berliner Generation von Außenpolitikern, an deren Spitze Gerhard Schröder, Edmund Stoiber und Friedrich Merz stehen.⁹

In diesem Beitrag will ich zeigen, warum diese Sorgen ernst zu nehmen sind – ernster jedenfalls, als dies in der öffentlichen bzw. der Expertendiskussion gegenwärtig anklingt. Zu diesem Zweck entwickle ich unter anderem eine Analogie zwischen dem Außenminister Joschka Fischer auf der einen Seite und der Außenpolitik des kollektiven Akteurs „Bundesrepublik Deutschland“ auf der anderen. So wie Fischer in den letzten beiden Jahren seine Visionen und Ambitionen im tagespolitischen Geschäft der Innen- und Außenpolitik kleinarbeiten und „pragmatisch“ Kompromisse suchen und schließen mußte, so sind die übergreifenden Kontinuitätsbeschwörungen zwischen Bonner und Berliner Republik, die Anfang der 1990er Jahre so laut zu vernehmen waren, unter dem „Druck der Ereignisse“ wie auch dem Reiz der neuen machtpolitischen Versuchungen im Laufe der 1990er Jahre kleingearbeitet und pragmatisch kompromittiert worden. So wie das Amt Fischer mehr verwandelt hat als umgekehrt, so haben

⁷ Koelbl, Spuren der Macht, a.a.O., S. 35.

⁸ Christian Hacke, Traditionen und Stationen der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/88 (15.1.1988), S. 7.

⁹ Zur Berechtigung dieser Gruppierung vgl. Es gibt doch Alternativen. Interview mit Jürgen Habermas, in: Die Zeit, Nr. 42 (8. Oktober 1998), S. 12-15; Habermas beschrieb dort den „europapolitischen Stabwechsel von Kohl zu Fischer“ als einen „Glücksfall“; zur näheren Begründung dieser Gruppierung vgl. ferner zur Gunther Hellmann, Deutschlands Kraft und Europas Vertrauen oder: Die Selbstbewussten, die Befangenen und die Betroffenen der neuen deutschen Aussenpolitik, in: Christiane Lammers, Lutz Schrader (Hg.), Neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik (Schriftenreihe der AFK, Bd. 27), Baden-Baden 2000 (im Erscheinen).

das innere und äußere Umfeld deutsche Außenpolitik stärker verwandelt als umgekehrt. Richtig ist, daß Europa heute in vielerlei Hinsicht „deutscher“ ist als vor zehn Jahren. Schon ein kurzer Blick auf die institutionellen Veränderungen in Europa, die ganz wesentlich auf deutsches Drängen zustande gekommen sind (NATO-Osterweiterung und EU-Erweiterung), zeigt, wie stark die Deutschen ihre Interessen durchsetzen konnten. Richtig ist aber auch, daß auch Deutschland selbst „deutscher“ und nicht etwa „europäischer“ geworden ist, wie man sich selbst und den Nachbarn zur Zeit der Vereinigung noch versprach. Auch wenn zentrale Begriffe des alten außenpolitischen Vokabulars (Multilateralismus, Integration, Einbindung, Zivilmacht, etc.) nach wie vor in Gebrauch sind, so bedeuten sie doch häufig etwas anderes als noch vor zehn Jahren. Das „neue“ Deutschland ist in der Tat so neu, daß es, zehn Jahre nach der Beendigung der geographisch-ideologischen Teilung des Landes in einen westlichen und einen östlichen Teil im Zuge der Vereinigung, heute mehr als berechtigt ist, nun auch die historisch-konzeptionelle Teilung der Bundesrepublik in einen abgeschlossenen (und nunmehr historisierungsfähigen¹⁰) Bonner Teil und einen gerade im Entstehen begriffenen Berliner Teil zu vollziehen.

Für begriffliche Unterscheidungen wie jene zwischen einer Bonner und einer Berliner Republik gilt, daß mit ihnen bestimmte Zwecke verfolgt werden. In einer zugegebenermaßen etwas vereinfachenden Sicht können zwei solche Zwecke unterschieden werden. Das zentrale Anliegen distanzierter Beobachter – wie dies beispielsweise Wissenschaftler idealiter sein wollen – besteht darin, Unterscheidungen zu treffen, die im Hinblick auf ein besseres Verständnis der Welt einen Unterschied machen. Dabei sollen jene Aspekte hervorgehoben und solche Differenzierungen vorgenommen werden, die angemessenere Wirklichkeitsdeutungen hervorbringen und dadurch auch die Chancen erfolgreichen Handelns verbessern. Die in einem bestimmten Sachzusammenhang unmittelbar involvierten Akteure zielen demgegenüber stärker darauf ab, durch die Einführung bestimmter Unterscheidungen bereits Einfluß auf realweltliche Gegebenheiten zu nehmen. Während das zentrale Anliegen der ersten Gruppe also darin besteht, realweltliche Entwicklungen zu verstehen, geht es der zweiten Gruppe viel stärker darum, solche Entwicklungen zu beeinflussen bzw. zu steuern. Dies gilt um so mehr in einem Feld wie dem der Politik, weil hier mithilfe der Sprache nicht nur Wirklichkeitsdeutungen vorgenommen werden, sondern auch gegenwärtiges Handeln legitimiert und alternative Möglichkeitshorizonte zukünftigen Handelns abgesteckt werden sollen.

Die Unterscheidung zwischen einer Bonner und einer Berliner Republik ist im deutschen Diskurs wohl das herausragende Beispiel der jüngsten Zeit für diesen politischen Kampf um konkurrierende Wirklichkeitsdeutungen und Zukunftsentwürfe. Was als (durchaus naheliegende) Begriffsprägung zuerst im Umfeld der Politikberatung bzw. des intellektuellen Diskurses entstand,¹¹ entwickelte sich zunehmend zu einem Instrument in der politischen Auseinanderset-

¹⁰ Vgl. den Bericht von Michael Gassmann zur Konferenz „Historisierung der Bonner Republik“ auf Schloß Elmau Mitte Juli 2000, Und tschüs, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Juli 2000, S. 45.

¹¹ Auch wenn dies nur von „akademischem“ Interesse ist, lohnt sich ein Hinweis auf die Genese dieser begrifflichen Unterscheidung. Anfang der 1990er Jahre tauchte der Begriff nach meiner Kenntnis zuerst in essayistischen Kontexten auf (vgl. Arthur Heinrich, „Freiheit für die Außenpolitik“. Ausflüge in die Berliner Republik, in: Katrin Fuchs, Peter von Oertzen, Ludger Volmer (Hg.), Zieht die Linke in den Krieg? Beiträge zur Debatte um Kampfeinsätze aus rot-grüner Sicht, Köln (spw-Verlag), 1993, S. 19-37. An prominenter Stelle und in stärker systematischer Absicht benutzte dann der stellvertretende Leiter des Planungsstabes im US-Außenministerium, Daniel Hamilton, den Begriff der Berliner Republik (vgl. Daniel S. Hamilton, Beyond Bonn. America and the Berlin Republic, Washington, D.C. (Carnegie Endowment for International Peace), 1994). Prominenz erlangte die Unterscheidung allerdings erst, als sich mit Johannes Gross und Jürgen Habermas zwei Intellektuelle des „rechten“ und „linken“ Spektrums in Deutschland selbst dieser Unterscheidung bedienten (vgl. Johannes Gross,

zung um die Zukunft des vereinigten Deutschland, vor allem im Hinblick auf die Außenpolitik. Am stärksten manifestiert sich dieser Gegensatz in den Personen des derzeitigen Bundeskanzlers und seines Vorgängers. In bewußtem Kontrast zur vorangehenden Regierung definierte Gerhard Schröder in seiner ersten Regierungserklärung den Übergang von Kohl zu ihm als einen Generationswechsel im Leben der Republik. Er zeichnete darüber hinaus das Bild einer selbstbewußten und erwachsenen Nation, „die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muß, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, doch nach vorne blickt.“ Der Umzug von Bonn nach Berlin sollte als „Aufbruch“ verstanden werden, die Berliner Republik als eine „ganz und gar unaggressive Vision einer Republik der Neuen Mitte“¹² – eine Republik, die es den Deutschen auch erlauben sollte „unbefangener und im guten Sinne deutscher“¹³ in der Welt aufzutreten. In seiner ersten größeren Rede nach seinem Ausscheiden als Bundeskanzler distanzierte sich demgegenüber Helmut Kohl ganz deutlich von denen, „die heute in dümmlicher Weise von der ‚Bonner Republik‘ reden“. Mit dem Umzug nach Berlin würden Parlament und Regierung in die wiedervereinte Hauptstadt Deutschlands zurückkehren, „aber nicht in eine neue Republik“ einziehen. Vielmehr seien alle, die zukünftig von Berlin aus regieren würden, „gut beraten, sich in die Kontinuität des in Bonn Geschaffenen zu stellen“.¹⁴

Gerhard Schröder und Helmut Kohl sind nur die prominentesten Vertreter unter den zahlreichen Befürwortern und Gegnern der Unterscheidung zwischen einer Bonner und einer Berliner Republik. Gemeinsam ist ihnen allen, daß sie die *politische Bedeutung* dieser Unterscheidung sehen – eine Unterscheidung, die die einen schätzen und die anderen fürchten. Kritiker der Berliner Republikaner, die im Wahljahr nicht nur den Regierungswechsel, sondern auch ganz speziell den Kanzlerwechsel herbeigesehnt hatten, sahen bald eine „linksnationale Sinnverschiebung“, die von einem „ebenso medienempfindlichen, wie normativ entkernten Kanzleramt“ betrieben wurde¹⁵ und bemängelten, daß hier „abermals ein Schlußstrich“ gezogen und all das, „was an 40 Jahren Schulddemokratie hinter uns liegt“ weggeschoben werden soll.¹⁶ Umgekehrt hielten die Anhänger der Berliner Republik ihren Gegnern vor, daß sie sich in der „anormalen“ Situation der Bonner Republik auf Dauer „bequem“ einrichten und dabei

Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart (Deutsche Verlagsanstalt), 1995 sowie Jürgen Habermas, Die Normalität einer Berliner Republik, Frankfurt (Suhrkamp), 1995.

¹² „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“. Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, 10. November 1998, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Bulletin, Nr. 74 (11. November) Bonn, 1998), S. 910-911.

¹³ Gerhard Schröder zit. nach Patrick Bahners, Total Normal. Vorsicht Falle: Die unbefangene Nation, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. November 1998, S. 43; vgl. ferner Werner A. Perger, Wir Unbefangenen, in: Die Zeit, Nr. 47 (12. November 1998), S. 7; Total normal? in: Der Spiegel, Nr. 49 (30. November 1998), S.40-48.

¹⁴ Zit. nach Kurt Kister, Der letzte Parlamentstag in Bonn: „Wir gehen nach Berlin, nicht in eine neue Republik“, in: Süddeutsche Zeitung, 2. Juli 1999, S. 3; längere Auszüge des Redetextes von Helmut Kohl sind auch abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Juli 1999, S. 8. Vgl. auch ähnliche Äußerungen des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog, „Ein Ortswechsel - kein Richtungswechsel“, Ansprache des Bundespräsidenten anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde Berlins im Rathaus in Berlin am 3. Februar 1999, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Bulletin., Nr. 6 (9. Februar) Bonn, 1999, S. 57-58.

¹⁵ Jürgen Habermas, Rortys patriotischer Traktat (Rezension zu Richard Rorty, Stolz auf unser Land), in: Süddeutsche Zeitung, 27./28. Februar 1999. Zur anfänglich hoffnungsvollen Begrüßung des Regierungswechsels durch Jürgen Habermas vgl.: Es gibt doch Alternativen. Interview mit Jürgen Habermas, in: Die Zeit, Nr. 42 (8. Oktober 1998), S. 12-15.

¹⁶ „Halt´s Maul, Oskar!“, Interview mit Günter Grass, in: Die Woche, Nr. 41 (8. Oktober 1999).

nicht wahrhaben wollten, daß mit dem Umzug nach Berlin eine neue „zeitlich unbegrenzte deutsche Normalität“ einhergehen werde.¹⁷

Diese Vorbemerkungen scheinen mir wichtig, um das weitere Vorgehen in einen größeren Zusammenhang zu rücken und auch den Ausgangspunkt dieser Studie zu verdeutlichen. Als Autor dieser Studie rechne ich mich selbst zu jenen, die in der Tat davon ausgehen, daß grundlegendere Veränderungen in der deutschen Außenpolitik bereits stattgefunden haben und sich auch in Zukunft noch stärker ausbilden werden. Ich halte daher auch die *kategoriale Unterscheidung* zwischen einer Bonner und einer Berliner Republik für angemessen, weil dies die beobachtbaren Veränderungen in der deutschen Außenpolitik besser zum Ausdruck bringt als die Betonung der Kontinuitäts-elemente zwischen alter und neuer Bundesrepublik. Politisch rechne ich mich jedoch eher jenen zu, die diese Veränderungen mit einer gewissen Skepsis betrachten, weil diese Entwicklung Gefahren für die Stellung Deutschlands in Europa und damit auch für die Entwicklung Europas insgesamt birgt.

Dieser Beitrag ist wie folgt aufgebaut. Zuerst werde ich im Rückblick auf die vergangene Bonner Republik einige zentrale Merkmale ihres außenpolitischen Profils erarbeiten (Kapitel 2). Vor diesem Hintergrund werde ich sodann die Zeit unmittelbar vor und nach Vereinigung daraufhin untersuchen, welche Zukünfte sowohl die Praktiker wie auch die Theoretiker deutscher Außenpolitik entwarfen: Auf der einen Seite steht dabei die Vereinigungseuphorie mitsamt ihren Kontinuitätsvisionen und hehren außenpolitischen Versprechungen, wie sie die Politiker entwickelt haben, auf der anderen Szenarien der Theoretiker (Kapitel 3). Mit dem 4. Kapitel werde ich einen großen Sprung ins Jahr 2000 machen und rückblickend unterschiedliche Arten von Zwischenbilanzen ziehen: zum einen Zwischenbilanzen, wie sie von anderen Experten gezogen werden (Kapitel 4), zum anderen eine Zwischenbilanz, wie sie mir angesichts gewisser Überzeichnungen in diesen konkurrierenden Zwischenbilanzen angemessen zu sein scheint (Kapitel 5). Zu diesem Zweck werde ich sowohl diskursive und machtpolitische Veränderungen innerhalb Deutschlands in den Blick nehmen (5.1.) wie auch wichtige bilaterale Verhältnisse oder institutionelle Einbettungen deutscher Außenpolitik (5.2.) und herausragende und typische Fälle neuer deutscher Außenpolitik untersuchen (5.3.). Meine gemischte Bilanz werde ich mit einem ebenso gemischten Ausblick auf die nächsten zehn Jahre schließen. Dieser Ausblick wird weder jene Aspekte kleinreden, die Anlaß zur Sorge geben, noch jene, die Anlaß zur Hoffnung geben.

Abschließend noch eine Bemerkung zum Adressatenkreis dieses Beitrags sowie seinem „*wissenschaftlichen*“ Status. Wie dies an einigen Stellen, vor allem einigen längeren Fußnoten, angedeutet wird (insbesondere in Teil 4.1.), basiert dieser Beitrag auf einem Wissenschafts- und Theorieverständnis, das in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen wohl eher ungewöhnlich ist. Wenn man gängige, wenn auch etwas grobe Kategorien benutzen wollte, um dominante Verständnisse in den IB zu benennen, würden sich die Kategorien „Positivismus“ und „Post-Positivismus“ oder „Postmodernismus“ aufdrängen. Im Kontext eines größeren, stärker an ein wissenschaftliches Fachpublikum adressierten Projektes diskutiere ich die gängigen Verständnisse und die damit einhergehenden Regieanweisungen für (mehr oder weniger) methodenbewußtes Vorgehen im Rahmen wissenschaftlicher Forschungsprojekte.¹⁸ Auf diese Frage wollte ich im Kontext dieses Beitrages, der für eine

¹⁷ Egon Bahr, Die „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik, in: Internationale Politik, 54. Jg., Nr. 1, Januar 1999, S. 43.

¹⁸ Eine umfassende und systematische Darlegung dieses Projektes ist bislang noch nicht veröffentlicht. Erste Einblicke liefern allerdings die drei folgenden Publikationen: Gunther Hellmann, Brother, Can You Spare a Paradigm? (Or Was Anybody Ever a Realist?) Letter to the Editors, in: International Security, Vol. 25, No. 1 (Summer 2000), S.169-174 (hierbei handelt es sich um einen Beitrag zur Debatte über Jeffrey Legro/Andrew

über das Fachpublikum hinausreichende breitere Öffentlichkeit geschrieben wurde, *nicht* eingehen. Soviel sei allerdings auch an dieser Stelle festgehalten. Einige teils stilistische, teils inhaltliche Akzente, die ich in diesem Beitrag setze, werden nach Eindrücken, die ich bei einer Diskussion einer ersten Fassung gewonnen habe, bei einigen Kolleginnen und Kollegen mit Stirnrunzeln quittiert werden, weil sie allzu „essayistisch“ oder „feuilletonistisch“, d.h. nach diesem Wissenschaftsverständnis: nicht hinreichend „wissenschaftlich“ sind. Der Umgang mit Metaphern und ungewöhnlichen Analogien ist einer „Wissenschaft“ fremd, die primär in Kategorien von „Daten“, „Validität“, „Replikabilität“, „Verallgemeinerung“, „Einfachheit“ oder „Testbarkeit“ denkt. Dies ist mithin eine Wissenschaft, der es schwer fällt, überhaupt etwas mit einem Untertitel wie „Zwischenbilanzen nach zehn Jahren neuer deutscher Außenpolitik“ anzufangen, weil die ganze Denk- und Kategorienwelt von Wissenschaftlichkeit auf solche Problemstellungen nicht ein- bzw. ausgerichtet ist. Nicht nur „Außenpolitik“ in allgemeiner Form ist in den vergangenen dreißig Jahren in der Fachdiskussion der „Internationalen Beziehungen“ immer mehr an den Rand gedrückt worden, sondern, mehr noch, die Außenpolitik einzelner Staaten. Den Theoriebildungsprojekten, die in der Wissenschaftlichkeitshierarchie ganz oben rangieren, stellt sich dieser Gegenstand allzu sperrig entgegen. Insofern würde man wohl nicht übertreiben, wenn man die „Außenpolitikanalyse“ im allgemeinen und die systematische Beschäftigung mit der Außenpolitik eines einzelnen Staates im besonderen als eine wissenschaftliche Beschäftigung minderen Prestiges bezeichnen würde. Die akademischen Lorbeeren werden in begutachteten Zeitschriften gesammelt, die an dieser Form von Wissenschaft kaum oder überhaupt nicht interessiert ist.

Im Rahmen eines größeren Forschungsprojektes zum amerikanischen Pragmatismus kritisiere ich dieses meiner Meinung nach irrije Verständnis von Wissenschaftlichkeit in Auseinandersetzung mit aktuellen wissenschaftstheoretischen Diskussionen, die in IB-Fachkreisen kaum zur Kenntnis genommen werden, obwohl sie insbesondere innerhalb der philosophischen Diskussion derzeit herausragende Bedeutung haben.¹⁹ Dies hier ist allerdings nicht der Ort, diese Debatten zu führen, denn für eine breitere Öffentlichkeit sind sie (völlig zurecht) von nachgeordneter Bedeutung. Ich will daher lediglich die unbewiesene und hier nicht weiter zu beweisende Behauptung in den Raum stellen, daß eher ungewöhnliche Wege zur Analyse außenpolitischer Prozesse, wie sie hier beschritten werden, nicht nur nicht *minder* „wissenschaftlich“ sind als solche, die sich etwa einer positivistischen Epistemologie verpflichtet fühlen, sondern im Gegenteil gerade auch deshalb mindestens denselben, wenn nicht sogar einen höheren „wissenschaftlichen“ Status für sich reklamieren können, weil sie im Hinblick auf jene Prozesse des Denkens und Handelns von Individuen wie auch kollektiven Akteuren auf angemess-

Moravcsik, Is Anybody Still a Realist? ursprünglich erschienen in: *International Security*, Vol. 24, No. 2 (Fall 1999), S. 5-55; ders., Deutschlands Kraft und Europas Vertrauen oder: Die Selbstbewussten, die Befangenen und die Betroffenen der neuen deutschen Außenpolitik, in: Christiane Lammers, Lutz Schrader (Hrsg.), *Neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik? Eine friedenswissenschaftliche Bilanz zwei Jahre nach dem Regierungswechsel*, (AFK-Jahrestagung 1999, AFK-Schriftenreihe Band 27), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2000 (im Erscheinen); ders., Das Wasser, der Fluß und sein Bett. Weltbilder der neuen (i)nternationalen Beziehungen (Rezensionsessay zu Werner Link, *Die Neuordnung der Weltpolitik, Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, München: Verlag C.H. Beck 1998 und Michael Zürn, *Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt: Suhrkamp Verlag 1998), in: *Neue Politische Literatur*, 45. Jg., Nr. 1 (2000), S. 23-37.

¹⁹ Zum modernen Verständnis sowie zur Einschlägigkeit des amerikanischen Pragmatismus in diesem Zusammenhang vgl. Hans Joas, *Pragmatismus und Gesellschaftstheorie*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1992, ders., *Die Kreativität des Handelns*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1992; eine sehr gute Auswahl klassischer Texte liefert Louis Menand, (Hrsg.), *Pragmatism. A Reader*, New York: Vintage Books 1997. In der stärker philosophischen Diskussion sind insbesondere einschlägig Richard Rorty, *Contingency, Irony, and Solidarity*, Cambridge: Cambridge University Press 1989; ders., *Truth and Progress. Philosophical Papers*, Cambridge: Cambridge University Press 1998; Hilary Putnam, *Pragmatism. An Open Question*, Oxford: Blackwell 1995 sowie neuerdings Jürgen Habermas, *Wahrheit und Rechtfertigung. Philosophische Aufsätze*, Frankfurt 1999.

senen Annahmen basieren. Wie gesagt: dies ist nicht der Ort, dies näher auszuführen. Hier soll es vielmehr darum gehen, unterschiedliche Beschreibungen von alter und neuer deutscher Außenpolitik vorzulegen und kritisch zu reflektieren.

2. Die Vergangenheit der „Zivilmacht“ Bundesrepublik: „Kultur der Zurückhaltung“ und „Abnutzungsmultilateralismus“

Die alte Bundesrepublik war, wie ihr Zwillingbruder im Osten auch, unfreiwilliger Erbe des besiegten Nazi-Deutschlands und zugleich Produkt und Opfer des Zerfalls der Anti-Hitler-Koalition nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Für die Westmächte bedeutete dieser Zusammenbruch der Vierer-Koalition, daß die Westdeutschen nicht nur als potentieller Aggressor der Zukunft eingedämmt, sondern auch – früher als den meisten lieb war – als potentieller Helfer gegen die neuen Gegner gewonnen und als Zielscheibe expansionistischer Gelüste der anderen Seite vor Angriffen geschützt werden mußte. Das Projekt der europäischen Integration und die militärische Einbindung der Westdeutschen in NATO und WEU waren die entscheidenden Instrumente, um dieses beiderseitige Interesse zu verwirklichen.

Machtasymmetrien und Interessendivergenzen zwischen den westlichen Verbündeten und östlichen Gegnern auf der einen Seite und den Westdeutschen auf der anderen waren dabei allerdings nicht zu übersehen. Die exponierte geographische Position in „europäischer Mittel- und weltpolitischer Grenzlage“, die ihren Ausdruck in der Teilung der Nation in der Mitte Europas *und* in ihrer Lokalisierung an der zentralen Frontlinie zwischen den dominierenden Blöcken fanden, bildeten nach dem Zweiten Weltkrieg den strukturellen Rahmen, innerhalb dessen die Westdeutschen ihre Interessen formulieren und sich als (Teil-) Staat konstituieren konnten.²⁰ Viel stärker als bei vergleichbar großen Staaten war und blieb die Bundesrepublik trotz ihres im Laufe der Jahrzehnte immer weiter anwachsenden ökonomischen Potentials verwundbar und abhängig. Von keinem ihrer Kernziele konnte sie hoffen, sie auf eigene Faust zu verwirklichen. Freiheit und Wohlstand zu sichern, war – angesichts einer bedrohlich erscheinenden Übermacht des Warschauer Paktes im Osten – nur im Konzert mit ähnlich starken Mächten im Westen möglich. Das für alle Bundesregierungen maßgebliche Ziel der „Gleichberechtigung im Bündnis“ war nur zu erreichen, wenn man sich als verlässlicher Partner bewährte. Und auch das Ziel der Vereinigung war realistischerweise nur zu erreichen, wenn die Partner im Westen dies aktiv unterstützten und die Adressaten im Osten bereit waren, dies zuzulassen.

Die *Erwartungshaltungen* gegenüber den Deutschen in Ost und West waren im Kontrast dazu viel eindeutiger: Bei allem grundsätzlichen Verständnis für den Wunsch, die Teilung zu überwinden, sollten die Westdeutschen in erster Linie verantwortungsvolle Partner sein und alles unterlassen, was die prekäre Balance der europäischen Sicherheitsarchitektur unterminieren könnte. Darin waren sich die wichtigsten Akteure in Ost und West einig. Darüber hinaus sollten die Westdeutschen – so das Interesse zumindest in den USA und in Frankreich – gemeinsam mit Paris als Motor der europäischen Integration fungieren, um dadurch eine Zone

²⁰ Vgl. hierzu Werner Link, Die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Überlegungen zur innerstaatlichen Struktur und Perzeption des internationalen Bedingungsfeldes, in: Manfred Funke u.a. (Hg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn (Bundeszentrale für Politische Bildung), 1987, S. 407; vgl. ferner Helga Haftendorn, Verflechtung und Interdependenz als Strukturbedingungen westdeutscher Außenpolitik, in: Helga Haftendorn u.a. (Hg.), Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, Köln (Verlag Wissenschaft und Politik), 1978, S. 15-38.

politischer Freiheit und ökonomischen Wohlstandes zu schaffen, die nicht nur nach innen stabilisierend, sondern auch nach außen anziehend wirkte.

Vor dem Hintergrund dieser komplexen Gemengelage aus eigenen Interessen und Erwartungen von außen schälte sich in den ersten 40 Jahren der Bundesrepublik eine außenpolitische Strategie heraus, die von britischen Beobachtern wohl nicht ganz unzutreffend (wenn auch etwas abschätzig) als „Sowohl-als-auch“-Politik bezeichnet wurde²¹ und ihren Ausdruck vor allem in der Ausrichtung am Multilateralismus und der Einbindung in internationale Institutionen wie EU und NATO fand. „Sowohl-als-auch“-Politik stand dabei für eine schwierige Gratwanderung, zugleich mehrere und nicht selten auch konkurrierende Interessen verfolgen zu müssen. Für die Außenpolitik der Bonner Republik nach dem 2. Weltkrieg war diese Art der Politik insofern konstitutiv, als das internationale und innere Umfeld den westdeutschen Außenpolitikern in fast allen Kernfragen das Kunststück abverlangte, sich widersprechende Anforderungen so zu vermitteln, daß sie erst gar nicht als Konflikte zwischen sich wechselseitig ausschließenden Zielen wahrgenommen wurden. In der komplizierten Dreiecksbeziehung Bonn-Paris-Washington etwa bestand die zentrale Herausforderung darin, durch geschicktes Taktieren zu verhindern, daß man zwischen Amerika und Frankreich wählen mußte.²² Ähnliches galt auch hinsichtlich des Prioritätenkonflikts, die deutsche Frage offen halten zu wollen und zugleich sowohl den westlichen Verbündeten die Irreversibilität der Westbindung als auch den östlichen Nachbarstaaten die endgültige Verabschiedung von revisionistischen Plänen glaubhaft zu vermitteln.

Multilateralismus – d.h. die instinktive Ausrichtung an und die frühzeitige Koordinierung mit den engsten Verbündeten in allen entscheidenden außenpolitischen Fragen, aber auch das Bemühen um Verständigung zwischen den Blöcken – und *Integration* (oder *Einbindung*) – d.h. die Übertragung wichtiger nationalstaatlicher Kompetenzen auf supranationale Einrichtungen – waren die beiden wesentlichen Instrumente, um diese konkurrierenden Ziele zu erreichen. Sowohl die Ausrichtung am Multilateralismus als auch die Bereitschaft zur Integration waren das Resultat einer aus Not *und* Einsicht geborenen Revision des zuvor dominanten machtstaatlichen Denkmusters: Sie waren im Grunde alternativlos, weil die westlichen Nachbarn darauf drängten und weil dieses Drängen aufgrund der Lehren, die die Deutschen selbst aus der Vernichtungspolitik der Nazis gezogen hatten, innerhalb Westdeutschlands auf einen fruchtbaren Boden fiel. Um das verlorene Vertrauen der Nachbarn in Ost und West zurückzuerlangen, mußten die Deutschen glaubhaft vermitteln, daß sie „deutschen Sonderwegen“ auf immer abgeschworen hatten – jener Vorstellung eines spezifisch „deutschen“ Weges, der *anders* verlief als die Wege im „Westen“ und im „Osten“ und der aufgrund seiner prekären Mischung aus „verspäteter Nation“, gescheiterter bürgerlicher Revolution und geopolitischer „Mittellage“ nie als eigenständiger *und* mit alternativen Entwicklungswegen im Westen und Osten vereinbarer Weg überzeugen konnte. Nur durch einen „radikalen Bruch mit der bisherigen modernen deutschen Geschichte“ und eine ebenso radikale Hinwendung zu einer „Strategie der Verwestlichung“ Westdeutschlands²³, so die weitverbreitete Auffassung, konnten die Deutschen hoffen, das verlorene Vertrauen der unter den neuen weltpolitischen

²¹ Vgl. Germany and its interests: hearing secret harmonies, in: The Economist, 20. November 1993, S. 23 sowie Timothy Garton Ash, Germany's Choice, in: Foreign Affairs, Jg. 73, Nr. 4, Juli/August 1994, S. 78.

²² Vgl. Peter J. Katzenstein, Die Fesselung der deutschen Macht im internationalen System: Der Eingangsprozeß 1989-90, in: Bernhard Blanke / Hellmut Wollmann (Hg.), Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel (Sonderheft 12/1991 „Leviathan“), Opladen (Westdeutscher Verlag), 1991, S. 74.

²³ Joschka Fischer, Risiko Deutschland. Krise und Zukunft der deutschen Politik, Köln (Kiepenheuer und Witsch), 1994, S. 188.

Gegebenheiten entscheidenden westlichen Staatengemeinschaft zu erlangen. Die Europa-Idee bot hierfür „ein neues, weiter gefaßtes Bezugssystem, nachdem der übersteigerte Nationalimperialismus des NS-Regimes nationalstaatliches Denken als letzte Instanz in schwerste Krisen geführt hatte“.²⁴ Nur durch die Bereitschaft zur Verwestlichung und zur Einbindung in supranationale Strukturen konnten sie hoffen, die anfangs kaum vorhandenen Mitspracherechte auszubauen, um dadurch dem Ziel der „Gleichberechtigung“ näher zu kommen.

Da die Niederlage genauso „total“ war wie der Krieg, fiel es leicht, diese Lektion zu lernen. Und da sich im Laufe der Zeit die Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte für die Deutschen stetig ausweiteten, erwies sich der neue Weg auch als ausgesprochen erfolgsträchtig. Nicht die *Aufgabe* spezifisch deutscher Interessen kennzeichnete insofern die Bereitschaft zur Integration und zum Multilateralismus, wie dies im Rückblick heute manchmal von jenen behauptet wird, die eine stärkere Ausrichtung an „nationalen Interessen“ einfordern, sondern die geduldige und diskrete Verfolgung *veränderter nationaler Interessen* durch multilaterale Institutionen. Was die Bundesrepublikaner mit einem leicht idealisierenden Unterton „Kultur der Zurückhaltung“ nannten, bezeichnete der englische Deutschland-Kenner Timothy Garton Ash mit anerkennend-kühlem britischen Realismus als „Abnutzungs-Multilateralismus“ („attritional multilateralism“).²⁵ Beide aber meinten das gleiche: mit langem Atem sowie vertrauensschaffenden Worten und Taten war es den Bundesrepublikanern gelungen, ihr Ziel zu erreichen: sukzessive mit allen Rechten und – wenn es denn sein mußte – auch Pflichten in den Kreis der westlichen Demokratien aufgenommen zu werden. Weil man anfangs so grundlegende, aber primär formale Hürden wie staatliche Souveränität überspringen mußte, waren machtpolitische Überlegungen weniger wichtig und die Größe der westlichen Verbündeten, denen man sich zugesellte, von nachgeordneter Bedeutung. Von Luxemburg oder Belgien wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wieder anerkannt zu werden, war etwa im Rahmen der Montanunion ein großer Schritt. Nachdem die formalen Hürden aber genommen waren, rückten statusbezogene bzw. machtpolitische Faktoren stärker in den Mittelpunkt. Institutionen wie die G7 bzw. die G8 gewannen an Bedeutung, jene exklusiven Kreise politisch und/oder ökonomisch mächtiger Staaten, die gewisse Dinge eben nicht in einem universalistisch-inkluisiven Rahmen wie den Vereinten Nationen, sondern unter sich regeln wollten. Daß es den Deutschen dabei auch noch gelang, diesen machtpolitischen Aufstieg hinter dem Etikett eines militärisch enthaltenen „Handelsstaates“ bzw. eines neuen Typs von „Zivilmacht“ zu vollziehen, war deshalb bedeutsam, weil damit auch die – für das Selbst- wie für das Fremdbild enorm wichtige – Lernfähigkeit im Hinblick auf die deutsche Geschichte dokumentiert werden konnte.

²⁴ Karl-Dietrich Bracher, Rückblick auf Bonn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32-33 (6. August 1999), S. 4.

²⁵ Ash, Germany's Choice, a.a.O., S. 71.

3. Die Zukunft eines „europäischen Deutschlands“: Versprechungen und Szenarien nach der Vereinigung

3.1 Die Kontinuitätsvisionen der Praktiker: Noch mehr „Politik des guten Beispiels“

3.1.1. *Zivilisiert, humanisiert, institutionalisiert: Außenpolitische Versprechungen [...]*

„As Germany’s influence grows, so will its capacity to upset people. Mr. Kohl and his foreign minister, Mr Hans-Dietrich Genscher, have steered an admirably smooth course to unity by making lots of promises, at least some of which they will not be able to keep. German voters were told that the bill for unity could be paid without an increase in their taxes. The Russians were offered cash and eternal friendship. The Poles were assured (after some unseemly hesitation) that their western border was secure. Germany’s EC partners were promised complete Euro-commitment. Americans were promised continuing loyalty to NATO. The words „either“ and „or“ are not in the Kohl-Genscher vocabulary; they offer a Panglossian best of all possible worlds. This is understandable, given that Germany sits in the middle of Europe and wants to keep its neighbours on both sides happy. It is also unrealistic. Trade-offs and hard choices cannot be ducked. [... In the future] [w]here interests conflict, the Germans will put their own interests first.“

The Economist²⁶

In Deutschland war das Vereinigungsjahr vom November 1989 bis zum Oktober 1990 eines der seltenen Jahre politischer Ekstase. Den Deutschen in Ost und West wurde ein „Glück“ zuteil, auf das nur noch eine verschwindende Minderheit zu hoffen gewagt hatte (und das viele nur wenige Monate zuvor noch als „historische Bedrohung“ gesehen hatten²⁷). Da politische Glücksmomente dieser Art immer zu hehren politischen Schwüren verleiten und der Rückversicherungsbedarf gegenüber den Deutschen im Falle der Vereinigung besonders groß war, verwunderte es nicht, daß die Schwüre der Deutschen noch etwas dramatischer ausfielen als in solchen Situationen üblich. Die Repräsentanten aller Parteien sparten nicht mit beschwichtigenden Worten.

Europa und die Welt wurden besonders eindringlich von Hans-Dietrich Genscher beruhigt. Er, der wie kein anderer die „totale“ deutsche Friedenspolitik²⁸ verkörperte, versprach, daß

²⁶ Prosit, Deutschland, in: The Economist, 29. September 1990, S. 11-12.

²⁷ „Droht die Wiedervereinigung? [...] Ich glaube nicht“, so faßte Joschka Fischer im November 1989 seine Einschätzung zusammen; weil er sich aber nicht ganz sicher war, entwickelte er doch einige Perspektiven für eine „neue grüne Deutschlandpolitik“; vgl. Joschka Fischer, *Jenseits von Mauer und Wiedervereinigung. Thesen zu einer neuen grünen Deutschlandpolitik*, in: taz, 16. November 1989, S. 12-13.

²⁸ Das Bild vom „totalen Friedenspolitiker“ Genscher stammt vom Bonner Korrespondenten des Berliner „Tagesspiegel“, Jörg Bischoff. In einer Würdigung zum 65. Geburtstag Hans-Dietrich Genschers am 21. März 1992 zeichnete er das eindringliche Porträt eines „Antikommunisten“ (Jörg Bischoff, Oft die Mittel gewechselt, nie das Ziel. Der Antikommunist Hans-Dietrich Genscher, die Destabilisierung des Sowjetsystems und die kleine Rache für erlittenes Unrecht, in: Der Tagesspiegel, 21.3.1992.). Der seit einer Genscher-Rede aus dem Jahre 1987 viel beschworene „Genscherismus“, so Bischoff, habe keineswegs in einer weichen, auf Beschwichtigung oder gar Anbiederung angelegten Strategie gegenüber den Gorbatschow’schen Reformen im Osten bestanden, wie dies dem westdeutschen Außenminister (vor allem von amerikanischen Kritikern) vorgehalten worden war. Ganz im Gegenteil sei Genschers Ostpolitik von jeher „viel aggressiver“ angelegt gewesen, als dies weithin wahrgenommen wurde. Das grundlegende Element des „Genscherismus“ habe darin bestanden, „dem Kommunismus den totalen Frieden zu erklären – in der, wie sich herausstellte, begründeten Hoffnung, die machtpoliti-

die Deutschen den immensen Vertrauensvorschuß, den ihnen die Verbündeten mit der Zustimmung zur Vereinigung gewährt hatten, auch einlösen würden. In einer programmatischen Erklärung zum Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrages verkündete er, daß die Deutschen zukünftig weltweit mit einer „Politik des guten Beispiels“ vorangehen würden.²⁹ Die allseits gefeierte, auf den Einsatz militärischer Gewalt verzichtende Außenpolitik der Bonner Republik sollte fortgeschrieben werden: multilateral handeln, westgebunden bleiben und den Nachbarn bei der Planung und Umsetzung einer „gesamteuropäischen Friedensarchitektur“ in nichts nachstehen – diese Art von „Verantwortungspolitik“ sollte trotz (oder gerade wegen) des „größeren Gewichts des vereinigten Deutschland“ weiterhin die Maßgabe bleiben. „Wir wissen, daß sich die Völker Europas die Frage stellen, wie wir Deutschen dieses größere Gewicht nutzen werden“, sagte Genscher damals, und er fügte hinzu: „Es kann darauf nur eine Antwort geben: Mit diesem größeren Gewicht streben wir nicht nach mehr Macht, wohl aber sind wir uns der größeren Verantwortung bewußt, die daraus erwächst.“³⁰ Im Anschluß daran formulierte Genscher acht Prinzipien einer „Politik des guten Beispiels“ für das vereinte Deutschland: (1) die allgemeine Verpflichtung auf den Frieden sowie die Grundwerte des Grundgesetzes; (2) die „europäische Berufung“ Deutschlands, die vor allem in der „einzigartigen Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich“ ihren Ausdruck finde; (3) eine „besondere Verantwortung für die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa“, die in einer „europäischen Stabilitätspolitik“ resultieren sollte, „in der die militärischen Faktoren eine immer geringere Rolle spielen“; (4) ein „zukunftsgerichtetes“ Verhältnis zur Sowjetunion und (5) zu Polen; (6) eine „größere Verantwortung (...) bei der Vertiefung und der Institutionalisierung des KSZE-Prozesses“, die auf ein „institutionalisiertes kooperatives europäisches Sicherheitssystem“ abzielen sollte; (7) eine „größere Verantwortung“ für die „Stärkung des transatlantischen Verhältnisses“, damit der Atlantik „nicht breiter“ wird, „wenn die Europäische Gemeinschaft auf dem Weg zur Europäischen Union immer mehr an Identität gewinnt“; sowie (8) eine Verantwortung für eine „neue Weltordnung“, die die „Hoffnung auf eine neue Kultur des internationalen Zusammenlebens“ nährt. Kurzum: „Die Politik des guten Beispiels verpflichtet uns, die globalen Herausforderungen anzunehmen“, und: „Alle diese Aufgaben wird das vereinte Deutschland als besondere Herausforderung verstehen“.³¹

Helmut Kohl hat dies wie Vertreter der Oppositionsparteien von SPD³² und Grünen etwas anders formuliert,³³ die außenpolitische Kernbotschaft war aber die gleiche gewesen: von den

sche Basis dieser Weltanschauung zu erschüttern, die Teilung Europas zu überwinden und mit ihr auch die Spaltung Deutschlands.“

²⁹ Vgl. Erklärung der Bundesregierung zum Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland durch den Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, am 20. September 1990, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Legislaturperiode, 226. Sitzung, S. 17803D.

³⁰ Ebenda, S. 17804C.

³¹ Ebenda, S. 17804D - 178007A; vgl. ferner Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor der 45. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26.9.1990, in: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, hrsg. aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes durch das Auswärtige Amt, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1995, S. 708.

³² Zur Position der SPD vgl. den Redebeitrag des damaligen Kanzlerkandidaten der SPD, Oskar Lafontaine, in der Bundestagsdebatte vom 20. September, DB, 11/226, S. 17809C - 17810C. Statt „jetzt schleunigst eine Verfassungsänderung herbeizureden, um den Einsatz von Bundeswehreinheiten am Golf zu ermöglichen“, sollte Deutschland nach Auffassung Lafontaines „Vorreiterrollen“ in den Bereichen Abrüstung sowie bei der Zurückhaltung beim Export von Waffen übernehmen.

³³ Vgl. etwa Fernsehansprache von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vom 2. Oktober 1990, in: Texte zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Reihe III/Band 8b - 1990

Deutschen würde in Zukunft nur Gutes zu erwarten sein – „von deutschem Boden“ würde „nur Frieden ausgehen“, wie „die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ in Artikel 2 des Zwei-plus-Vier-Vertrages „bekräftigen“ durften. Ob links oder rechts, die außenpolitische Elite offenbarte unisono ihren Glauben an das, was der britische Journalist David Marsh als das „engelhafte“ Selbstbild deutscher Außenpolitik umschrieb: eine „seraphic vision of a Germany diligently exercising its new found responsibilities in pursuit of universal brotherhood.“³⁴ „Die Welt“ jedenfalls, schien „keine Angst mehr vor den Deutschen zu haben“, wie selbst die Grünen erstaunt feststellten. Antje Vollmer führte dieses ungewohnte Weltvertrauen in die Deutschen auf grundlegende Veränderungen zurück, die durch ihre Generation bewirkt worden seien: „Ich glaube, die europäische Welt hat keine Angst mehr vor den Deutschen, weil in den beiden Teilen Deutschlands sehr viel passiert ist, weil wir 1968 aufgebrochen sind, weil es eine Entspannungspolitik und eine neue Ostpolitik gegeben hat (...), weil wir das Law-and-order Denken herausgeblasen haben aus diesem Land und weil wir, eine andere Generation, diese deutsche Gesellschaft gründlich zivilisiert und humanisiert haben.“

Ein gründlich zivilisiertes und humanisiertes Deutschland machte sich also im Jahr 1990 auf, „jetzt tatsächlich – das ist das Neue – Weltpolitik machen (zu) dürfen.“³⁵ Was eine solche Politik beinhalten würde, sagte das Programm der Grünen zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl: Die Deutschen sollten „durch ein zweigleisiges Verfahren von aktiver Blockauflösungspolitik einerseits [in einem anderen Kontext war von „Blockzersetzungspolitik“ die Rede, G.H.], und Intensivierung der blockübergreifenden Zusammenarbeit andererseits“ darauf hinwirken, daß eine „neue europäische Friedensordnung“ geschaffen würde. Da die Grünen den Deutschen aber doch nicht ganz trauten (oder zumindest nicht ganz darauf vertrauen wollten, daß „die Welt“ den Deutschen ganz traute), forderten sie zugleich noch die „Öffnung der BRD gegenüber internationalen Kontrollen sowie eine wirksame Einbindung der BRD in solche zwischenstaatliche Zusammenhänge (...), die zusätzlich eine internationale Kontrolle und Beschränkung bundesdeutschen Machtpotentials gewährleisten.“³⁶ Genschers FDP und Kohls CDU auf der einen und Vollmers und Fischers Grünen auf der anderen Seite unterschieden sich also noch erheblich im Hinblick auf die Wortwahl und die Beschreibung bestimmter außenpolitischer Ziele, in der Beschwörung der besten Absichten hinsichtlich der deutschen Verantwortung gegenüber dem Rest der Welt wollte sich aber keiner übertreffen lassen.

Bonn (Deutscher Bundes-Verlag) 1991, S. 698-700 sowie in derselben Textsammlung: Botschaft des Bundeskanzlers an alle Regierungen der Welt vom 3. Oktober 1990 (S. 704-708) und Erklärung des Bundeskanzlers, Dr. Helmut Kohl, zu den Grundsätzen der Politik der ersten gesamtdeutschen Regierung anlässlich der ersten Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages im Reichstagsgebäude in Berlin, 4. Oktober 1990 (S. 736-757).

³⁴ David Marsh, *Germany and Europe: The Crisis of Unity*, London 1995, S. 167.

³⁵ So die Abgeordnete der Grünen, Antje Vollmer, in der Bundestagsdebatte am 9.8.1990, DB, 11/220, S. 17402A-B.

³⁶ Die Grünen, *Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Bundestagswahl*, Bonn: Die Grünen 1990, S. 18, 20-21. Zu den Hintergründen der Entstehung dieses Programms sowie einzelner Formulierungen vgl. Ludger Vollmer, *Die Grünen und die Außenpolitik - ein schwieriges Verhältnis*, Münster (Verlag Westfälisches Dampfboot) 1998, S. 386-389; zu Joschka Fischers frühzeitiger Abkehr von der „Raus aus der NATO“-Position der Mehrheit der Grünen vgl. ferner Joschka Fischer, *Gespensterweg und Abenteuerei. Die Forderung der Grünen, aus der Nato auszutreten, ist reaktionär*, in: *Die Zeit*, Nr. 15 (7. April 1989).

3.1.2. [...] und weltpolitische Realitäten: Die „größere Verantwortung“ des vereinten Deutschland im Härtestest des Golf-Krieges 1990/91 („Und das war nur der Beginn einer Entwicklung“)

Die „Politik des guten Beispiels“ und die „größere Verantwortung“ der Deutschen wurden schneller als erwartet auf eine harte erste Probe gestellt – und weder im eigenen Urteil, noch im Urteil der Verbündeten und Partner schnitten die Deutschen dabei besonders gut ab. Weil die Kohl-Regierung unmittelbar nach dem Einmarsch des Irak in Kuwait zumindest kurzzeitig die Entsendung deutscher Marineeinheiten in den Golf als Teil eines WEU-Kontingents in Erwägung gezogen hatte, das zur Überwachung der Sanktionen gegenüber dem Irak entsandt werden sollte, und weil sie später im Rahmen einer NATO-Unterstützungsoperation für den Bündnispartner Türkei die betroffenen Bundeswehr-Einheiten nicht aus dem integrierten NATO-Kommando abzog,³⁷ wurde ihr aus der Opposition vorgeworfen, in Anknüpfung an die unrühmlichsten deutschen Traditionen wieder „Geopolitik mit militärischen Mitteln zu betreiben“:

„[K]aum ist die Einheit da, [werden] schon wieder deutsche Soldaten an die Front geschickt. Wir haben es jetzt mit einer qualitativen Veränderung zu tun: Zum ersten Mal nach dem Krieg handelt es sich nicht mehr um Militärdienst, sondern um Kriegsdienst für einen Teil der Soldaten. Und das ist nur der Beginn einer Entwicklung, fürchte ich. Zum ersten Mal hat man es jetzt nicht mehr mit der Verteidigung des eigenen Landes zu tun, sondern es wird mit kriegerischen Mitteln Geopolitik gemacht von unserer Regierung. Dazu sagen wir Grünen ein ganz klares Nein.“³⁸

Vor allem die Verbündeten in den USA sahen dies ganz anders. Aus diesem Blickwinkel wirkten die Deutschen wie „Drückeberger“, die sich wieder einmal hinter ihrer „Zivilmacht“-Rolle verstecken wollten, während die anderen die Kohlen aus dem Feuer holen sollten.³⁹ Im Rückblick jedenfalls erscheint der Alarmismus einer unmittelbar drohenden Militarisierung deutscher Außenpolitik reichlich übertrieben, auch wenn bereits während des Golf-Krieges erste Anzeichen zu vernehmen waren, daß der lange Abschied von der „Zivilmacht“ bereits begann. Während die anderen westlichen Verbündeten einen Krieg gegen einen neuen „Hitler“⁴⁰ führten, entledigten sich die Deutschen ihrer „größeren Verantwortung“ wie in all den

³⁷ Vgl. hierzu Gunther Hellmann, Absorbing Shocks and Mounting Checks: Germany and Alliance Burden-Sharing in the Gulf War, in: Andrew J. Bennett, Joseph Lepgold, Danny Unger (Eds.), Friends in Need. Burden-Sharing in the Gulf War, New York (St. Martin's Press) 1997, S. 165-194.

³⁸ Kaum ist die Einheit da, schickt man deutsche Soldaten zur Front. Interview mit dem Fraktionssprecher der hessischen Grünen, Joschka Fischer, zum Golfkonflikt, in: Frankfurter Rundschau, 9. Januar 1991, S. 6. Vor dem Hintergrund des Kosovo-Krieges ist im Rückblick auch noch der folgende Wortwechsel interessant: „FR: Fairerweise muß man Kohl doch attestieren, daß er sich [angesichts der Eskalation des Konflikts durch die USA, G.H.] relativ zurückgehalten hat. Fischer: Trotzdem ist der Schritt gemacht. Sie können nicht sagen: Es ist ein bißchen Sünde. In der Tat, es ist eine neue Qualität. FR: Aber es hieße Kohl überfordern, wenn er sich frontal gegen die Amerikaner und die Engländer stellen soll. Fischer: Kohl ist Kanzler und als solcher bedeutungsvoll, er hat die demokratische Legitimation. [...] Jetzt muß man aufstehen. Jetzt geht es wirklich um das massenhafte Nein“.

³⁹ Zur Reaktion im US-amerikanischen Kongress vgl. R.W. Apple, Bonn and Tokyo Are Criticized For Not Bearing More of Gulf Cost, in: New York Times, 13. September 1990, S.1 und 10; vgl. ferner die „Notengebung“ des Abgeordneten im Repräsentantenhaus, Les Aspin, Burden-sharing Report Card on the Persian Gulf Crisis, News Release, United States Congress, House Armed Services Committee, 16. November 1990, S. 6. Wie die Japaner auch bekamen die Deutschen bei Aspin nur ein „C“; im Kontrast dazu schnitt nur „das restliche Europa mit „C-“ noch schlechter ab; andere Staaten erhielten von Aspin folgende Noten: Frankreich „B“; Großbritannien „B+“; UdSSR „B“; Syrien und Jordanien „B+“; Türkei und Ägypten „A+“ und die USA selbst „A-“.

⁴⁰ Vgl. William Safire, The Hitler Analogy, in: New York Times (24. August 1990), abgedruckt in: Micah L. Sifry/Christopher Cerf, The Gulf War Reader (New York (Random House) 1991, S. 210-212; vgl. ferner Ver-

Jahren zuvor weitestgehend im Sinne von Tributzahlungen auf finanziellem Wege.⁴¹ Zwar war anfangs Krieg noch, wie Willy Brandt in Erinnerung an Gustav Heinemann im November 1990 im Bundestag sagte, die „Ultima irratio der Politik“⁴² und Saddam Hussein als „Wiedergänger Hitlers“⁴³ zu bezeichnen, um den Krieg zu rechtfertigen, war damals noch „blödsinnig“, wie Günter Grass anmerkte, weil der Vergleich „nur verunklärt und Äpfel und Birnen in einen Korb schmeißt“⁴⁴. Aber schon damals traten einige auf, die so gar nicht ins Machtstaatenlager zu passen schienen, obwohl sie sich gegen die „Friedenshetzer“ und „für diesen Krieg“⁴⁵ aussprachen. Nach außen hin schien damals die „zivile“ deutsche Welt zwar noch in Ordnung. Heidemarie Wiczorek-Zeul etwa, wollte noch „lieber 1000 Tage verhandeln, als einen Tag Krieg“⁴⁶ führen und Joschka Fischer sah noch angesichts der „großen Geschlossenheit der internationalen Staatengemeinschaft“ eine „große Chance bei der Durchsetzung der UN-Resolution – Rückzug durch Boykott“.⁴⁷ Die Mehrheit der Deutschen meinte aber schon damals, daß man Saddam Hussein mit Sanktionen nicht beikommen würde und der Einsatz von Gewalt gegen Diktatoren in solchen Situationen wohl unumgänglich wäre.⁴⁸

Der Anfang vom Ende der Bonner Republik lag insofern in mehrerer Hinsicht bereits in der Wiege der Vereinigung: unter den Bedingungen einer „neuen Welt(un)ordnung“ mit ungewohnten Kriegen und neuartigen Krisen geriet sie schon in der zweiten Jahreshälfte 1990 ins Schleudern. Seither ging es auf dem Weg in die realpolitischen Niederungen „humanitärer Interventionen“ stetig und immer schneller bergab. Bevor im Kapitel 5 etwas genauer untersucht werden soll, wo wir mittlerweile gelandet sind, lohnt allerdings noch ein Blick auf die Erwartungen, die die Experten am Anfang der 1990er Jahre formulierten, denn diese Erwartungen bilden eine (aber nicht die einzige) Folie, vor deren Hintergrund die realen Entwicklungen beurteilt werden können.

gleich Hitler-Hussein gerügt. Vor allem Juden in USA sind empört über Präsident Bush, in: Frankfurter Rundschau, 5. November 1990, S. 2.

⁴¹ Zur Erläuterung und Aufspaltung der Gesamtleistungen in Höhe von mehr als 17 Milliarden DM vgl. Hellmann, Absorbing Shocks and Mounting Checks, a.a.O. S. 167-172.

⁴² DB, 11/235, Debatte zur Lage in der Golfregion, S. 18842B.

⁴³ Hans Magnus Enzensberger, Hitlers Wiedergänger, in: Der Spiegel, Nr. 6 (4. Februar 1991), S. 26-28.

⁴⁴ Vgl. „Diese Regierung muß zurücktreten“. Interview mit Günter Grass in: taz, 16. Februar 1991, wieder abgedruckt in: Die Tageszeitung, Golf-Journal zum Wüstenkrieg, Berlin 1991, S. 68. Vgl. ähnlich Jürgen Habermas, Wider die Logik des Krieges, in: Die Zeit, Nr. 8, 15. Februar 1991, S. 40.

⁴⁵ Vgl. Wolf Biermann, Kriegshetze, Friedenshetze, in: Die Zeit, Nr. 6, (1. Februar 1991), S. 51.

⁴⁶ DPA Bericht aus Hamburg, 12. Januar 1991, zit. nach: Foreign Broadcasting Information Service (FBIS) WEU-91-009, 14. Januar 1991, S. 25-26.

⁴⁷ Kaum ist die Einheit da, a.a.O.

⁴⁸ In ihrer Mehrheit waren die Deutschen sicherlich genauso zögerlich wie Fischer, wenn es darum ging, sich für oder gegen eine Eskalation des Krieges auszusprechen. Nachdem die Amerikaner den Luftkrieg Mitte Januar allerdings begonnen hatten, meinte eine deutliche Mehrheit von 81 Prozent der Deutschen, daß den Einsatz militärischer Gewalt gegen Saddam Hussein „Korrekt“ war. Zugleich sprachen sich allerdings auch drei Viertel der Deutschen dagegen aus, daß sich die Bundeswehr direkt an diesen Maßnahmen beteiligen sollte (vgl. ADN Bericht aus Tübingen, 22. Januar 1991, in: FBIS-WEU-91-014, 22. Januar 1991, S. 22. Fischers Optimismus hinsichtlich der Wirksamkeit der Sanktionsmaßnahmen teilte die deutsche Öffentlichkeit allerdings nicht. Nur jeder dritte Befragte meinte, daß die Sanktionen etwas bewirken würden (vgl. DPA Bericht aus Frankfurt, 10. Januar 1991, in: FBIS-WEU-91-008, 11. Januar 1991, S. 11). Zu deutlichen Unterschieden zwischen öffentlicher Meinung und Expertenmeinung vgl. Hellmann, Absorbing Shocks and Mounting Checks, a.a.O., 178-181, vor allem Anm. 69 sowie Hellmann, Beyond Weltpolitik, a.a.O., Teil 3 sowie Tabellen 1-20, S. 57-71.

3.2. Die Extrapolation der Theoretiker: „Modell Bundesrepublik“ versus „Modell Viertes Reich“

Deutsche Außenpolitik nach 1945 war Außenpolitik unter besonderen Umständen – im Westen wie im Osten. Über diese Umschreibung können sich wahrscheinlich alle einigen – so verschieden auch die Erklärungen dafür sein mögen. Doch die Konnotationen des „Besonderen“ unterscheiden sich je nachdem, welche Autorinnen und Autoren konsultiert werden. Eigentümlich war sie für die einen in derselben Weise, wie auch andere Staaten aufgrund ihrer jeweils besonderen Lage eine eigen(tümlich)e Außenpolitik entwickelten. Für andere jedoch bestand das Besondere darin, daß sich zumindest in der westdeutschen Variante gewisse Abweichungen von einer (wie auch immer verstandenen) „Norm“ beobachten ließen. Nach 1945 also war (vor allem west-) deutsche Außenpolitik eine Außenpolitik von Besonderheiten – aber würde sie es auch über den markantesten Einschnitt der deutschen „Nachkriegsgeschichte“ hinaus, den Zusammenbruch der DDR und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, bleiben? Würden diese Besonderheiten – insbesondere die Ausrichtung am Multilateralismus und die Bereitschaft, sich in internationale Institutionen mit einem teilweise sehr hohen Grad an Integrationsdichte „einbinden“ zu lassen – diesen Einschnitt überdauern oder müßten sich die europäischen Nachbarn Deutschlands auf ein „entfesselt“ Deutschland, eine stetig fortschreitende Verabschiedung vom Besonderen (west)deutscher Nachkriegsaußenpolitik einstellen, eine „Normalisierung“ im Sinne der Anpassung an bestimmte Verhaltensweisen, die vergleichbaren Staaten – und das heißt zumeist: ähnlich großen Staaten – nachgesagt werden?

Ein Blick in einschlägige Literaturlisten aus den Jahren 1990-1992 zeigt, wie sehr derartige Fragen die unterschiedlichsten Expertinnen und Experten im In- und Ausland beschäftigten. Mag der eine oder die andere auch gewisse Zweifel gehabt haben, sich *als Wissenschaftlerin oder Wissenschaftler* auf das ungewisse Terrain des „Spekulativen“ zu begeben, die massiven Verwerfungen im Umfeld der internationalen Rahmenbedingungen, innerhalb dessen zukünftige deutsche Außenpolitik betrieben werden würde, und der damit einhergehende Orientierungsbedarf schien zumindest eine „essayistische“ Behandlung nahelegen. Wie bei allen Fragen, die sich um das Begriffspaar „Kontinuität und Wandel“ ranken, ging es dabei auch hier um zweierlei: zum einen um eine genauere Bezeichnung dessen, was sich wandeln oder gleich bleiben würde; zum anderen um die Formulierung eines kausalen Arguments dergestalt, daß bestimmte Bedingungen dazu führen würden, daß sich deutsche Außenpolitik verändern oder gleich bleiben würde. Im folgenden will ich in groben Zügen skizzieren, welche unterschiedlichen Argumentationsmuster für die Thesen außenpolitischer Kontinuität bzw. außenpolitischen Wandels ins Feld geführt wurden.⁴⁹

⁴⁹ Bei dieser Beschreibung geht es mir – bei allen Problemen, die mit der vermeintlichen Trennbarkeit von „Sein“ und „Sollen“ verbunden sind – zum einen primär um eine Systematisierung der *prognostischen* und nicht so sehr der *präskriptiven Aussagen*. Zum anderen werde ich – da ich weniger referieren als *systematisieren* will – nicht so sehr Positionen einzelner Autorinnen und Autoren herausarbeiten, sondern versuchen, bestimmte Argumentationsstränge zu identifizieren. Insofern ist es durchaus möglich, daß die von mir zitierten Autoren und Autorinnen durchaus mehrere Argumentationsstränge zugleich vertreten.

3.2.1. *Odysseus und die Sirenen: Die Kontinuitätsthese*

„Die Außenpolitik Deutschlands wird weitgehend der der Bundesrepublik entsprechen“⁵⁰ – dies war, unmittelbar nach der Vereinigung im Oktober 1990, die deutlichste Formulierung der Kontinuitätsthese. Innerhalb Deutschlands wurde diese These von den meisten Expertinnen und Experten geteilt⁵¹. Die Referenzpunkte zur Begründung dieser Zuversicht⁵² lagen allerdings auf ganz unterschiedlichen Ebenen: (1) der institutionellen Einbindung Deutschlands und einer damit einhergehenden Abhängigkeit von bzw. Prägung durch andere internationale Akteure; (2) einer dem entsprechenden korporatistischen Struktur im Innern, die strukturelle Barrieren gegen jegliche Form von Veränderung bereit hielt; (3) einer Fokussierung auf einen bestimmten Typus von Staat, den „Handelsstaat“ oder die „Zivilmacht“, dem die Außenpolitik der alten Bundesrepublik fast schon idealtypisch entsprochen hätte; (4) einer über Jahrzehnten gewachsenen, stabilen politischen Kultur, die insbesondere aufgrund gewisser historischer Lernerfahrungen der außenpolitischen Eliten dafür Sorge tragen würde, daß das vereinigte Deutschland nicht wieder an den Traditionen des deutschen Machtstaates anknüpfen würde.

Eines der wichtigsten Argumente für die Annahme, daß deutsche Außenpolitik auch nach der Vereinigung durch weitgehende Kontinuität gekennzeichnet wäre, sahen zahlreiche Beobachter darin, daß die *institutionelle Einbindung Deutschlands* nicht nur erhalten, sondern im Kontext der Vereinigung in vielerlei Hinsicht *gefestigt* wurde – und dies häufig aufgrund von Initiativen der Deutschen selbst. Wie Odysseus in seiner Begegnung mit den Sirenen hätten die Deutschen darauf gedrungen, die wechselseitige Fesselung anzuziehen, um den Verführungen der neuen Macht erst gar nicht erliegen zu können.⁵³ War schon der internationale Verflechtungsgrad der alten Bundesrepublik „einmalig groß“, so wurde er durch die die Vereinigung begleitenden internationalen Verhandlungsprozesse weiter ausgebaut⁵⁴: insbesondere durch bindende internationale Vereinbarungen, die nicht nur die Größe und NATO-Einbindung der Bundeswehr, sondern auch den fortgesetzten Verzicht auf „Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen“ festschrieben;⁵⁵

⁵⁰ Wilfried von Bredow / Thomas Jäger, Die Außenpolitik Deutschlands. Alte Herausforderungen und neue Probleme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1-2/91 (4. Januar 1991), S. 37.

⁵¹ Vgl. etwa Volker Rittberger, Das vereinte Deutschland und seine Außenpolitik: In der Kontinuität der Bundesrepublik, in: Jürgen Moltmann (Hg.), Christliche Existenz im demokratischen Aufbruch Europas, München 1991, S. 131-147.

⁵² „Zuversicht“ deshalb, weil diese Form der Kontinuität nahezu durchgängig positiv bewertet wurde.

⁵³ Vgl. hierzu Homer, Die Odyssee (Deutsch von Wolfgang Schadewaldt), Hamburg (Rowohlt), 1993 (1958), S. 156. Das Bild eines „deutschen Odysseus“, der sich bereitwillig an den „europäischen Mast“ hat binden lassen, benutzten als erste Robert Keohane und Stanley Hoffmann Robert Keohane, Stanley Hoffmann, Conclusion. In: dies., Joseph S. Nye, (Hrsg.), After the Cold War. International Institutions and State Strategies in Europe, 1989-1991, Cambridge (Harvard University Press) 1993: S. 389.

⁵⁴ Katzenstein, Die Fesselung der deutschen Macht im internationalen System, a.a.O., S. 75; vgl. auch Andrei S. Markovits / Simon Reich, Should Europe Fear the Germans?, in: German Politics and Society, Ausgabe 23, Sommer 1991, S. 3. Unter den Autoren, die hier zitiert werden, zählen Markovits und Reich zu jenen, die explizit Argumente für die These außenpolitischer Kontinuität *und* außenpolitischen Wandels erörtern

⁵⁵ Vgl. Artikel 3, 5 und 6 des „Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990; natürlich wurde in diesem Vertrag keine *explizite* Regelung über die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland getroffen; aber aufgrund der Formulierung in Artikel 5(3), daß „(n)ach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins (...) in diesem Teil Deutschlands auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden (können), die in gleicher

sowie durch den Beginn des „Maastricht“-Prozesses zur Vertiefung der europäischen Integration, der sich ursächlich auf die Vereinigung Deutschlands zurückführen läßt⁵⁶. Da insofern die internationalen institutionellen „Fesseln“ deutscher Macht eher angezogen als gelockert wurden, wären nur dann Zweifel an der Fortsetzung einer „auf internationale Selbstbindung abzielenden deutschen Politik“ berechtigt gewesen, wenn die Deutschen „wieder anfangen“ würden „ihre neuere Geschichte zu vergessen.“ Dafür gab es Anfang der 1990er Jahre „aber überhaupt keine Anzeichen“⁵⁷. Doch selbst wenn die „Klammer“ der NATO wegfallen würde, bliebe „ein deutscher ‚Sonderweg‘ zwischen West und Ost“ deshalb „äußerst unwahrscheinlich“, weil die ökonomischen und kulturellen Bindungen, die die Bundesrepublik eingegangen sei, viel zu eng waren⁵⁸.

Dieser Optimismus hinsichtlich einer dauerhaften „Fesselung deutscher Macht“ würde noch verstärkt angesichts der Tatsache, daß die Verankerung Deutschlands „im westlichen Interdependenzsystem“ durch „die strukturelle Entsprechung von innerstaatlicher und internationaler Politikverflechtung“ zusätzlich abgesichert sei⁵⁹, einen „demokratischen Korporatismus“, der sämtliche politischen Strukturen und Prozesse im Innern durchziehe⁶⁰ und es deshalb gerechtfertigt erscheinen lasse, das vereinte Deutschland losgelöst zu betrachten „from the history of the old authoritarian, Junker-dominated, predatory Germany of the 1870-1945 epoch“⁶¹. Das wesentliche Kennzeichen dieses „für die Innenpolitik der reichen Kleinstaaten in Nord-West-Europa“ typischen korporatistischen Systems der Sozialpartnerschaft sei darin zu sehen, daß sämtliche politischen Akteure „nur selten relativ autonom und selbständig Machtstrategien entwickeln“ könnten. Statt dessen seien sie „gekettet an ihre innenpolitischen Gegner“ und dadurch gezwungen, nicht nur im politischen Alltagsgeschäft „kleine Schritte“ zu unternehmen, sondern selbst große Reformvorhaben „kleinzuarbeiten“⁶². Da sich die Vereinigung Deutschlands im wesentlichen als „unaufhaltsame Ausdehnung westdeutscher Institutionen, Normen und politischer Praxis in die DDR“ vollzogen habe, sei auch das neue Deutschland

Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet“ sowie entsprechender Absichtserklärungen seitens der Bundesregierung, war klar, daß nach dem sowjetischen Abzug keine Bundeswehreinheiten unter nationalem Kommando entstehen sollten.

⁵⁶ Lily Gardner Feldman, The EC and German Unification, in: Leon Hurwitz / Christian Lequesne (Hg.), The State of the European Community. Policies, Institutions & Debates in the Transition Years, Boulder (Lynne Rienner Publishers), 1991, 314-318. Die einzige „Fessel“, die im Kontext der Vereinigung völlig entfernt wurde, betraf die sogenannten „Vier-Mächte-Rechte“ (vgl. hierzu Helga Haftendorn, Im Anfang waren die Alliierten. Die alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingung des außenpolitischen Handelns der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Hermann Hartwich / Göttrik Wewer (Hg.), Regieren in der Bundesrepublik V. Souveränität, Integration, Interdependenz – Staatliches Handeln in der Außen- und Europapolitik, Opladen (Leske und Budrich), 1993, S. 41-92). Als relevante Größe taucht sie allerdings in der Argumentation der Verfechter der Kontinuitätsthese nicht auf.

⁵⁷ Katzenstein, Die Fesselung der deutschen Macht im internationalen System, a.a.O., S. 78f.

⁵⁸ Gert Krell, Gleichgewicht aus der Mitte? Deutschland und die europäische Friedensordnung im neuzeitlichen Staatensystem, in: Bruno Schoch (Hg.), Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt (Suhrkamp), 1992, S. 273.

⁵⁹ Kohler-Koch, Deutsche Einigung im Spannungsfeld internationaler Umbrüche, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 32, Nr. 4, Dezember 1991, S. 608.

⁶⁰ Katzenstein, Die Fesselung der deutschen Macht im internationalen System, a.a.O., S. 69.

⁶¹ Markovits / Reich, Should Europe Fear the Germans?, a.a.O., S. 4.

⁶² Katzenstein, Die Fesselung der deutschen Macht im internationalen System, a.a.O., S. 69, vgl. auch Kohler-Koch, Deutsche Einigung im Spannungsfeld internationaler Umbrüche, a.a.O., S. 607f.

„durch und durch bundesrepublikanisch und nicht „made in united Germany““⁶³. Dramatische außenpolitische Veränderungen seien daher auch aus innenpolitischen Gründen nicht zu erwarten, da auch sie der Logik korporatistischer Problembearbeitung unterlägen.

Zu den am häufigsten benutzten Referenzpunkten der Verfechter der Kontinuitätsthese gehörten die Begriffe *Handelsstaates* und *Zivilmacht*.⁶⁴ Mit diesen Begriffen sollte vor allem jenen Paroli geboten werden, die – wie weiter unten noch eingehender zu erläutern sein wird – wenn nicht im Konzept des „Machtstaates“ selbst, so doch in einer stärker auf das Konzept der Macht rekurrierenden Begrifflichkeit die treffendere Bezeichnung für die zukünftige Orientierung Deutschlands sahen. Im Unterschied zu diesen, die eine hegemoniale Position Deutschlands innerhalb Europas gleichsam für unausweichlich hielten, betonten die Anhänger der Handelsstaats-Variante der Kontinuitätsthese, daß die Bundesrepublik dem Idealtypus des „Handelsstaates“ am nächsten komme, da sie aufgrund ihrer ausgeprägten Außenhandelsorientierung (insbesondere ihrer Abhängigkeit von Rohstoffimporten und ihrer Exportabhängigkeit aufgrund ihrer Wirtschaftskraft) sowie der damit einhergehenden Einfärbung ihrer politischen Kultur ganz bestimmte Verhaltensweisen an den Tag lege, die sich von den machtsstaatlichen Verhaltensweisen traditioneller Großmächte deutlich unterschieden. Diese Art von „Handelsstaatlichkeit“ sei in den vergangenen Jahrzehnten so sehr „zum Kern der außenpolitischen Identität der alten Bundesrepublik und zur Grundlage eines bei ihrer Gründung kaum vorstellbaren Reputationsgewinns“ geworden, daß „eine machtpolitische Kehrtwende im vereinten Deutschland sehr schnell an legitimatorische Grenzen stoßen würde“⁶⁵. Hinzu komme, daß das vereinte Deutschland in seinem inneren und regionalen Umfeld mit Problemen des Wiederaufbaus und der ökonomischen Entwicklung konfrontiert sei „to which traditional military power has no relevance whatsoever“⁶⁶. Mit anderen Worten: die ökonomischen Zwänge und die Veränderungen in der politischen Kultur, die über Zeit nicht nur erheblichen materiellen, sondern auch politischen Nutzen abgeworfen und dadurch eine neue außenpolitische Identität mit beträchtlicher Resistenz gegenüber machtsstaatlichen Veränderungsbestrebungen gestiftet haben, würden auch nach der Vereinigung handlungsleitend bleiben.

In einer weiteren Variante wurde die These von der Kontinuität deutscher Außenpolitik nicht so sehr mit einer innerstaatlich gefestigten handelsstaatlichen Identität, sondern primär mit

⁶³ Katzenstein, Die Fesselung der deutschen Macht im internationalen System, a.a.O., S. 70.

⁶⁴ Der von Richard Rosecrance (The Rise of the Trading State: Commerce and Conquest in the Modern World, New York (Basic Books), 1986) neu in die IB-Debatte eingeführte, ursprünglich aber bereits Ende des 18. Jahrhunderts (mit ganz anderen Konnotationen) von Johann Gottlieb Fichte geprägte Begriff des Handelsstaates erscheint dabei im deutschen Kontext in unterschiedlichen Varianten: dem des „nicht-interventionistischen zivilen Handelsstaates“ (Reinhard Rode, Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon?, in: Leviathan, Jg. 19, Juni 1991, S. 229-246.), des „neuen Handelsstaates“ oder des „„koperativen“ bzw. „integrierten“ Handelsstaates“ (Volker Rittberger, Nach der Vereinigung - Deutschlands Stellung in der Welt, in: Leviathan, Jg. 20, Juni 1992, S. 223 bzw. 224) oder der „Zivilmacht“ (Hanns W. Maull, Germany and Japan: The New Civilian Powers, in: Foreign Affairs, Jg. 69, Nr. 5, Winter 1990/91, S. 92-93). In der Nachfolge von Rosecrance werden die zentralen Merkmale des Handelsstaates heute immer im Gegensatz zu jenen des „Macht-“ oder „Territorialstaates“ definiert: international ausgerichtete ökonomische Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit statt militärischer Stärke, Gewinn- statt Machtmaximierung, multilaterale Abstimmung statt unilateralem Handeln. Mit dem Begriff der „Zivilmacht“ lehnte sich Maull das Konzept des Handelsstaates von Rosecrance an (Maull, S. 93, Anm. 2), wollte mit der Betonung des „zivilen“ Umgangs mit Macht allerdings die „primär ökonomische Ausrichtung“ des Handelsstaats-Konzepts abschwächen.

⁶⁵ Rittberger (1992), Nach der Vereinigung - Deutschlands Stellung in der Welt, a.a.O., S. 224; vgl. auch Rode, Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon?, a.a.O., S. 243f.

⁶⁶ Maull, Germany and Japan: The New Civilian Powers, a.a.O., S. 97.

strukturellen Veränderungen im internationalen Umfeld begründet. Diese Veränderungen äußerten sich in einer „zunehmenden Vernetzung internationaler Beziehungen und wachsender wechselseitiger Abhängigkeit“, die „einen qualitativen Wandel im internationalen System im Sinne einer zunehmenden „Entgrenzung“ bislang territorial verfaßter Politik“ darstellten und „als dauerhafte Grundlage für eine Fortsetzung jenes „liberal-kooperativen Internationalismus““ anzusehen wären, mit dem der außenpolitische Stil der Bundesrepublik charakterisiert wurde⁶⁷. Für die Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Tradition der Bundesrepublik spräche also nicht nur, daß korporatistische Strukturen im Innern und internationale Einbindung *fortbestehen*, sondern auch, daß sich die internationalen Rahmenbedingungen (zumindest im unmittelbaren regionalen Umfeld Deutschlands) in einer Weise *verändert* haben (und wahrscheinlich weiter verändern würden), die dieser Tradition bundesdeutscher Außenpolitik entgegenkommen. Selbst wenn man in diesem Zusammenhang zugestehen würde, daß sich das vereinte Deutschland „kaum um die Übernahme von mehr Verantwortung drücken“ könnte, müßte dies allerdings nicht bedeuten, daß damit das „Bild einer überkommenen Weltmacht“ den einzigen Maßstab abgeben müßte⁶⁸. Vielmehr könnte Deutschland (ähnlich wie Japan) als „Prototyp einer vielversprechenden Zukunft“⁶⁹ gelten und als „alternative *zivile* „Weltmacht“ (...) ein neues Rollenverständnis verkörpern und Akzente setzen für den kooperativen, auf Interessenausgleich bedachten Umgang mit internationalen Konflikten“⁷⁰.

Ein letztes, eng mit der „Handelsstaatlichkeit“ bzw. dem Zivilmachtcharakter Deutschlands verwandtes Argument, das Verfechter der Kontinuitätsthese Anfang der 1990er Jahre vorbrachten, bestand darin, daß die politischen, wirtschaftlichen und „intellektuellen“ Eliten ein *ausgeprägtes Bewußtsein hinsichtlich der historischen Fehlentwicklungen früherer deutscher Außenpolitik* entwickelt und insofern daraus „gelernt“ hätten, als sie alles unternehmen würden um sicher zu stellen, daß sich derartige Fehler nicht wiederholten. In diesem Sinne stünden sie stellvertretend für „the postwar triumph of the bourgeoisie with its liberal and democratic values over the traditionally imperialist and aggressive ways of the feudal and aristocratic Junkers before 1945“. Da sich darüber hinaus insbesondere die „thoroughly commercialized economic elites“ bewußt seien, daß ihr wirtschaftlicher Erfolg von der Bereitschaft anderer Länder abhängt, deutsche Produkte zu kaufen, würden sie auch weiterhin auf eine Außenpolitik setzen, die sich an Prinzipien des Ausgleichs und des wechselseitigen Vertrauens orientierte. „Cosmopolitanization and „bourgeoisification““ seien in diesem Sinne auch Ausdruck historischer Lernerfahrungen, die ihrerseits als Garantie für die Kontinuität deutscher Außenpolitik betrachtet werden könnten⁷¹.

⁶⁷ Kohler-Koch, Deutsche Einigung im Spannungsfeld internationaler Umbrüche, a.a.O., S. 606f.; vgl. auch Maull, Germany and Japan: The New Civilian Powers, a.a.O., S. 93 und Klaus Dieter Wolf, Das neue Deutschland – eine „Weltmacht“?, in: Leviathan, Jg. 19, Juni 1991, S. 253f.

⁶⁸ Wolf, Das neue Deutschland – eine „Weltmacht“?, a.a.O., S. 255.

⁶⁹ Maull, Germany and Japan: The New Civilian Powers, a.a.O., S. 93.

⁷⁰ Wolf, Das neue Deutschland – eine „Weltmacht“?, a.a.O., S. 256 (Hervorhebung im Original).

⁷¹ Markovits / Reich, Should Europe Fear the Germans?, a.a.O., S. 4f.

3.2.2. *Gulliver in Lilliput: Die These vom außenpolitischen Wandel*

Die These, daß sich Europa eher auf Veränderungen in der Außenpolitik Deutschlands einstellen müßte (und mithin „das deutsche Problem“ neue Formen annehmen würde), machten insbesondere ausländische Beobachter lange vor der Vereinigung an der Beobachtung fest, daß, auch wenn „die Deutschen durch Geschichte und Geographie gefangen“ seien⁷², ein vereintes Deutschland gleichsam unausweichlich in eine (zumindest ökonomisch) dominante Rolle hineinwachsen würde und die europäischen Nachbarn sich daher zusammenschließen müßten, „to bind the German Gulliver“⁷³. Die Vorstellung, daß die Deutschen in Europa wieder den Ton angeben würden, mußte, wie der Korrespondent des „Economist“ im Juni 1990 formulierte, aus der Perspektive der Nachbarn schon deshalb „natürlicherweise furchterregend“ wirken, weil nur ein Marsbewohner mit unschuldiger Mine die Frage nach dem „warum“ stellen könnte⁷⁴.

Die Aussage, daß das vereinte Deutschland eine herausragende Rolle in Europa spielen würde, wurde selbst von jenen geteilt, die eine weitgehende Kontinuität deutscher Außenpolitik prognostizierten. Daß Deutschland die europäische Politik aber auch „dominieren“ und sich insofern von der Außenpolitik der Bundesrepublik verabschieden würde, war demgegenüber eher eine Minderheitenposition – eine Minderheitenmeinung allerdings, der große Publizität zuteil wurde. Während die meisten in einer vertieften europäischen Integration das erfolgversprechendste Mittel sahen, die neue deutsche Macht europaverträglich einzuhegen⁷⁵, hielten einige wenige dies für ein aussichtsloses Unterfangen, da, wie die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher formulierte, ein „wiedervereinigtes Deutschland“ nicht nur „einfach zu groß und zu mächtig“ sei, sondern auch aufgrund ihres „nationalen Charakters“ wenig Gutes von den Deutschen zu erwarten sei.⁷⁶ Deutschland sei „*by its very nature a*

⁷² Jonathan Carr, *When the Wall Comes Down: A Survey of West Germany*, in: *The Economist*, 28. Oktober 1989, S. 32.

⁷³ Ebenda, S. 13, 32; Charles Krauthammer, *Return of the German Question*, in: *Time*, Nr. 33, 25. September 1989. Jonathan Swifts *Gulliver* (u.a. *Gullivers Reisen*, Frankfurt (Insel Verlag), 1993) gibt spätestens seit Ende der 1960er Jahre als Stanley Hoffmann mit dieser Metapher die Rolle Amerikas in der Welt beschrieben, eine häufig benutzte Metapher für die Beschreibung des außenpolitischen Verhaltens größerer Staaten ab. Im Hinblick auf die deutsche Rolle in Europa wurde die Metapher bereits für die alte Bundesrepublik benutzt, wenn auch in der abgeschwächten Form eines „Semi-Gulliver“ (Simon Bulmer / William E. Paterson, *West Germany's Role in Europe: Man Mountain or Semi-Gulliver?*, in: *Journal of Common Market Studies*, Jg. 28., 1989; Paterson selbst hat die Metapher später allerdings für unpassend erklärt, vgl. William E. Paterson, *Beyond Semi-Sovereignty: The New Germany in the New Europe*, in: *German Politics*, Nr. 5, August 1996, S. 183). Nach der Vereinigung wurde sie u.a. von Helga Haftendorn (*Gulliver in der Mitte Europas. Internationale Verflechtung und nationale Handlungsmöglichkeiten*, in: Karl Kaiser / Hanns W. Maull (Hg.), *Deutschlands neue Außenpolitik*. Band 1: Grundlagen, München (Oldenbourg), 1994, S.129-152) benutzt.

⁷⁴ Nico Colchester, *The Spontaneous Union – A Survey of the New Germany*, in: *The Economist*, 30. Juni 1990, S. 22. Sowohl Carr als auch Colchester betonten allerdings, daß nicht nur die 40-jährige Geschichte der Bundesrepublik und die zum großen Teil bewußt gesuchte „Einbindung“ seitens der Deutschen in westliche Institutionen, sondern auch die „erstaunliche Abwesenheit“ jeglicher nationalistischer Töne im Zuge des Einigungsprozesses (Colchester, S. 22) Gründe für eine eher optimistische Beurteilung der Zukunft lieferten.

⁷⁵ Krauthammer, *Return of the German Question*, a.a.O..

⁷⁶ Thatcher meinte, daß die meisten Politiker sich nicht trauen würden, den Kern des „deutschen Problems“ anzusprechen: sie glaube zwar nicht an eine „Kollektivschuld“, schreibt sie in ihren Memoiren, „[b]ut I do believe in national character“ – und wenn man sich die deutsche Geschichte betrachte, komme man nicht an der Schlußfolgerung vorbei, daß Deutschland seit der ersten Vereinigung unter Bismarck „has veered unpredictably between aggression and self-doubt“. Auch wenn viele dies nicht wahrhaben wollten – die „modernen Deutschen“ selbst würden dies am klarsten sehen und diese „Pein der Selbsterkenntnis“ („the agony of self-

destabilizing rather than a stabilizing force in Europe". Die Tatsache, daß dies in den vorangehenden vier Jahrzehnten nicht zum Vorschein gekommen sei, sei nicht der Einbindung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft (oder Europäische Union), sondern vielmehr „ausschließlich dem militärischen und politischen Engagement der USA in Europa und der engen Zusammenarbeit zwischen den beiden stärksten souveränen Staaten Europas – Großbritannien und Frankreich –“ zu verdanken gewesen. Nur dadurch sei es möglich gewesen, deutsche Macht effektiv auszubalancieren⁷⁷. Da sich die Franzosen, wie Thatchers Handelsminister im Juni 1990 formulierte, im Zusammenhang mit der Vereinigung „wie deutsche Schoßhunde“ benommen hätten als sie sich der „deutschen Erpressung“ einer europäischen Währungspolitik fügten⁷⁸, und da die politische Führung der USA ihrerseits nicht bereit gewesen sei, sich die eher pessimistische Sichtweise deutscher Ambitionen zu eigen zu machen, wäre der Weg für eine deutsche Hegemonie in Europa frei.

Im Unterschied zu dieser pointierten Verquickung von Argumentationen traditioneller Machtpolitik und „nationalen Charakters“, aber auch im Unterschied zu jenen, die in einer zunehmend interdependenten Welt eine strukturelle Veränderung internationaler Politik sahen, die der *Fortsetzung deutscher Einbindungspolitik entgegenkommen* würde, sahen Neorealisten wie John Mearsheimer und Kenneth Waltz im „Ende des Kalten Krieges und der Bipolarität“⁷⁹ eine *entscheidende strukturelle Veränderung*, die zu einer *veränderten* Rolle Deutschlands in der internationalen Politik führen würde. Deutschland würde unter diesen neuen Bedingungen gewachsener Macht, vor allem aber erhöhter multipolarer Unsicherheit nicht nur auf eine Abschaffung der NATO dringen (der, wie John Mearsheimer argumentierte, nach dem Ende des Kalten Krieges nur noch die Funktion der Kontrolle Deutschlands bliebe⁸⁰), sondern (ähnlich wie Japan in Asien) „seine alte Rolle in Osteuropa“ wieder übernehmen wollen und damit eine Bedingung erfüllen, die an eine Großmacht zu stellen wäre: „an adequate economic base together with the ability to develop an area of operations beyond one’s bor-

knowledge“) sei auch der eigentliche Ursprung „of German *angst*“ (Margaret Thatcher, *The Downing Street Years*, New York (Harper Collins), 1993, S. 791). Der „deutsche Charakter“ war auch Gegenstand einer Zusammenkunft Thatchers mit einer Reihe renommierter Deutschland-Experten (Hugh Trevor Roper, Norman Stone, Timothy Garton Ash, Gordon Craig und Fritz Stern) am 24. März 1990. Dem „streng vertraulichen“ Protokoll dieser Zusammenkunft ist zu entnehmen, daß zumindest auch ein Teil dieser Experten in zwei Aspekten des „deutschen Charakters“ Gründe dafür sah, „daß man sich um die Zukunft zu sorgen habe: Zum einen die Neigung der Deutschen, Dinge zu übertreiben, über die Stränge zu schlagen. Zum anderen ihre Neigung, ihre Fähigkeiten und die eigene Stärke zu überschätzen“. Zwar hätten „mehrere Anwesende (...) mit Nachdruck“ die Meinung vertreten, daß „die heutigen Deutschen sich von ihren Vorgängern sehr deutlich unterschieden“, aber „selbst die Optimisten unter uns konnten gewisse Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen der Vereinigung auf das Verhalten der Deutschen in Europa nicht unterdrücken. (...) Wir könnten nicht annehmen, daß ein vereintes Deutschland sich so reibungslos in Westeuropa einfügen würde wie die BRD. Es werde die Neigung wachsen, das Konzept „Mitteleuropa“ wiederzubeleben, in dem Deutschland die Rolle des Maklers zwischen Ost und West zufiele.“ Zwar seien am Ende des Zusammentreffens zwischen Thatcher und den Deutschland-Experten „keine formellen Schlüsse gezogen“ worden, „die tragende Botschaft“ aber sei „unmißverständlich“ gewesen: „Wir sollten nett zu den Deutschen sein“ (Geheimprotokoll „Wer sind die Deutschen?“, in: *Der Spiegel*, Nr. 29, 16.7.1990, S. 110-112).

⁷⁷ Margaret Thatcher, *The Downing Street Years*, a.a.O., S. 791.

⁷⁸ Dominic Lawson, *Saying the Unsayable about the Germans* (Interview mit Nicholas Ridley), in: *The Spectator*, 14.7.1990, S. 8-10.

⁷⁹ Kenneth N. Waltz, *The Emerging Structure of International Politics*, in: *Relations in A Multipolar World*, Hearings before the Committee on Foreign Relations, United States Senate, 101st Congress, 2nd Session, November 26, 28 and 30, 1990, Part 1, S. 213; John Mearsheimer, *Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War*, in: *International Security*, Jg. 15, Nr. 1 Sommer 1990, S. 5.

⁸⁰ Mearsheimer, *Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War*, a.a.O., S. 5f., Anm. 1.

ders”⁸¹. Da es dadurch („nach einer schwierigen Periode der Anpassung”) nicht nur sein ökonomisches Potential weiter ausbauen, sondern auch seine Interessen ausweiten würde, würde es auch „immer tiefer in die Weltpolitik verstrickt” werden⁸². Und da diese nach wie vor nach den Regeln eines Selbsthilfesystems funktionieren und jede Macht ins Hintertreffen geraten würde, die nicht über all jene Mittel verfügt, die andere Großmächte besitzen, käme es „einer strukturellen Anomalie” gleich, wenn sich eine wirtschaftliche Großmacht wie Deutschland letzten Endes nicht auch jene Waffen beschaffen würde, die in den letzten Jahrzehnten als „das große Abschreckungsmittel” gewirkt hätten: Nuklearwaffen⁸³. Dies sei umso wahrscheinlicher als Deutschland (wie Japan auch) nicht nur über das erforderliche technische „Know-how” verfüge, sondern auch kaum ersichtlich sei, wer es daran hindern sollte, diesen Schritt zu tun⁸⁴. Kurzum: die machtpolitischen Verschiebungen in seinem Umfeld würden enormen Druck auf das vereinte Deutschland ausüben, wieder jene Rolle einer europäischen Großmacht zu übernehmen, die es bereits vor dem Zweiten Weltkrieg gespielt hatte.

Einer dritten Argumentation zufolge waren es weniger machtpolitische Verschiebungen im internationalen Umfeld als *veränderungsresistente außenpolitische Praktiken der wichtigsten Partner Deutschlands und Deutschland selbst*, die über Zeit in dem Sinne zu einer „Veränderung” deutscher Außenpolitik führen könnten, als die recht eigentlich partikularen deutschen Interessen wieder als solche in den Vordergrund rücken könnten. Demzufolge sei davon auszugehen, daß „die deutsche Vision” eines immer stärker integrieren (oder zumindest: immer stärker kooperierenden) Europas von den Partnern Deutschlands in Zukunft eher noch stärker als früher als ein Projekt gesehen werde, dessen Kern darin bestehe, „nationale Politik unter dem Deckmantel des Multilateralismus zu betreiben”⁸⁵. Denn „während die deutsche Vision Fragen nationaler Macht und Souveränität durch deren Einbindung in einen multilateralen und supranationalen Rahmen zurückzudrängen versucht, transportiert sie zugleich partikulare deutsche Interessen und bestätigt damit, was sie transzendieren wollte”⁸⁶. Da unter den neuen machtpolitischen Bedingungen Europas das Denken in Kategorien des Gleichgewichts und der „nationalen” Interessen in allen Staaten eher zu- als abnehmen würde, werde sich dies auch in zunehmendem Maße in den einschlägigen europäischen bzw. transatlantischen Institutionen (d.h. der EU, der NATO und der KSZE bzw. OSZE) spiegeln. Die Folge davon könnte sein, daß die deutsche Außenpolitik „mit der deutschen Vision brechen” und sich dem Sozia-

⁸¹ Waltz, *The Emerging Structure of International Politics*, a.a.O., S. 219, 221.

⁸² Ebenda, S. 219.

⁸³ „For a country to choose not to become a great power is a structural anomaly. For that reason the choice would be a difficult one to sustain. Sooner or later the international status of countries has risen in step with their material resources. Countries with great-power economies have become great powers. Japanese and German reasons for hesitating to take the final step into the great-power arena are obvious and need not be rehearsed here. Yet when a country receives less attention and respect and gets its way less often than it feels it should, internal inhibitions about becoming a great power are likely to turn into criticism of the government for not taking its proper place in the world. Pride knows no nationality. How long can Japan and Germany live alongside other nuclear states while denying themselves capabilities similar to theirs? Conflicts and crises are certain to make them aware of the disadvantages of being without the military instruments that other powers command”. Ebenda, S. 220; vgl. auch Mearsheimer, *Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War*, a.a.O., S. 37-40.

⁸⁴ Waltz, *The Emerging Structure of International Politics*, a.a.O., S.220.

⁸⁵ Mary Hampton, *Die deutsche Vision von einer sich wandelnden Welt*, in: Schoch (Hg.), *Deutschlands Einheit und Europas Zukunft*, a.a.O., S. 302.

⁸⁶ Ebenda, S. 321.

lisierungsdruck wiederaufstehender realistischer Außenpolitikpraktiken ergeben würde, „da sie gezwungen wäre, unter widerstreitenden Beziehungen zu wählen und eine anspruchsvollere, autonome Außenpolitik zu verfolgen“⁸⁷.

3.2.3. Zusammenfassung

So unterschiedlich die Kontinuitätsthese und die These des außenpolitischen Wandels auch sein mochten, sie hatten doch auch einiges gemein. Die Referenzpunkte, die zur Begründung von Kontinuität *und* Wandel gewählt wurden, waren entweder eher *struktureller* Art (z.B. Herrschaftssystem im Innern; geopolitische Machtverschiebungen; Interdependenz; gesellschaftlich verinnerlichte historische Lernerfahrungen) oder hoben auf gewisse *typische Akteurdispositionen* ab (z.B. ein zu bestimmten Handlungsmustern neigender Typus von Staat; Charaktereigenschaften „der“ Deutschen; realpolitische „Re-Sozialisierung“ nach dem Wegfall besonderer Rahmenbedingungen). *In der Tendenz* liefen daher die meisten Projektionen auf eines der beiden eingangs erwähnten Vor-Bilder hinaus: den wiederaufstehenden, seine Fesseln abschüttelnden, für das europäische Umfeld eindeutig übermächtigen Gulliver; oder aber den geläuterten und weisen Odysseus, der sich der verführerischen Sirenen-Klänge der Macht voll bewußt ist und daher die Fesseln, die ihn an europäische Institutionen banden, eher anziehen als lockern würde. Die einen wählten ihren zentralen historischen Bezugspunkt also in der Zeit vor der Gründung der Bundesrepublik, die anderen in der Zeit vor der Wiedervereinigung. Geringfügige Neuerungen oder Anpassungen in der deutschen Außenpolitik wurden allerdings selbst von jenen eingeräumt, die eine grundsätzliche Kontinuität erwarteten. *Konkretere* Vermutungen darüber, wie diese aussehen könnten, wurden jedoch weder von den Befürwortern der Kontinuitätsthese noch von jenen angestellt, die einen stärkeren Wandel deutscher Außenpolitik erwarteten.

⁸⁷ Ebenda, S. 322.

4. Zwischenbilanz I: Zivile Vergangenheit, normale Zukunft. Ein stolzes Deutschland in den Machtwechseljahren blickt nach vorne

„Der Spiegel: Die Gründe für das Unbehagen über eine deutsche Wiedervereinigung liegen in den historischen Erfahrungen, die Europa mit dem deutschen Nationalstaat seit 1871 gemacht hat. Sind diese Ängste noch begründet?

Gordon Craig: Es ist immer falsch, die Geschichte zu vergessen. Wenn ich Franzose wäre, würde ich sehr genau über die Vergangenheit nachdenken. Ich würde mir sagen: Im günstigsten Fall bringt die Wiedervereinigung ein demokratisches Deutschland nach westlichem Muster hervor. Aber es wäre ein Staat mit 80 Millionen Menschen – 80 Millionen, die sagen: Schaut her, wir sind jetzt alle demokratisch, die Vergangenheit ist tot, wir dürfen nie wieder rückfällig werden, und wir wollen keine ausgefallenen Waffen haben. Angenommen alle möglichen Versicherungen würden von diesem neuen Staat abgegeben, so hätten wir es doch mit einem ganz anderen Deutschland zu tun als bisher.

Spiegel: Einem, das wieder zu nationalistischen Ausbrüchen fähig ist?

Craig: In diesem Deutschland würde ein neues Denken entstehen, ein neuer Stolz, eine neue Vorstellung davon, was die Deutschen sind und was ihre Rolle in Europa sein sollte. Früher oder später würde sich auch wieder jemand an die verlorenen Ostgebiete erinnern. Und alle guten Absichten, alle Beteuerungen, die diese wiedervereinigten Deutschen heute abgeben könnten, wären keine Garantie dafür, wie sich dieser Staat in zehn Jahren verhalten würde. Wenn ich Franzose wäre, würde mir all das durch den Kopf gehen, und ich würde zu der Schlußfolgerung von François Mauriac kommen: Ich liebe Deutschland so sehr, daß ich zufrieden bin, daß es davon zwei gibt.“

Gordon Craig⁸⁸

„Frage: In welcher Hinsicht verändert die Wiedervereinigung Deutschlands die europäischen Perspektiven?

Giscard: Sie hat zweierlei Folgen: Es gibt die Veränderungen im Bereich der politischen Macht und beim geographischen Gleichgewicht. [...]. Deutschland war schon zuvor die stärkste Macht in der Gemeinschaft – in wirtschaftlicher Hinsicht. Hinzu kommt nun das Potential der ehemaligen DDR. In einer ersten Phase ist sie für Deutschland vor allem eine Belastung und das wird noch einige Jahre hinaus so bleiben. Auf lange Sicht sind die demographischen Perspektiven für Deutschland eher pessimistisch. Ich weiß, das kann sich ändern. Doch ich glaube, daß wir drei Phasen erleben werden. In einer ersten Phase wird Deutschland von den Folgen der Wiedervereinigung absorbiert sein. In einer zweiten Phase werden wir einer Zunahme der deutschen Macht beiwohnen. Und es wird eine dritte Periode geben, während der sich die wirtschaftliche Macht der Deutschen nach und nach jener seiner Partner wieder angleichen wird. Nichts von alledem ist irgendwie beunruhigend.“

Valéry Giscard d'Estaing⁸⁹

Zehn Jahre sind seit der Vereinigung vergangen – und Europa hat es heute, wenn nicht „mit einem ganz anderen Deutschland“ (Craig), so doch mit einer stark veränderten Bundesrepublik zu tun. Dies zumindest ist die These, die im folgenden den Vertretern unterschiedlicher Kontinuitätsvarianten entgegengehalten wird. In vielerlei Hinsicht ist der „günstigste Fall“, den Craig in Betracht zog, eingetreten: „ein demokratisches Deutschland nach westlichem Vorbild“. Da aber „das westliche Vorbild“ nicht mehr ganz so eindeutig ist wie früher, weist

⁸⁸ Zu groß für Europa? Interview mit dem amerikanischen Historiker Gordon A. Craig über ein wiedervereinigtes Deutschland, in: *Der Spiegel*, Nr. 46/1989, S. 185.

⁸⁹ Warum sind Sie Europäer und Franzose, Monsieur Giscard d'Estaing? Ein Interview von Jürg Altwegg, in: *Frankfurter Allgemeine Magazin*, 22. November 1991, S. 103.

dieses neue Deutschland auch einige jener eher beunruhigenden Merkmale auf, die den Historiker als Spekulanten der Zukunft vor zehn Jahren nachdenklich stimmten: eine gewisse Selbstzufriedenheit des „wir sind jetzt alle demokratisch“ ist unübersehbar – trotz der aktuellen Sorgen über die Zunahme des Rechtsextremismus; „die Vergangenheit“ wurde in den letzten Jahren wiederholt für „tot“ – und dann auch wieder für ewig lebendig erklärt;⁹⁰ „wir dürfen nie wieder rückfällig werden“ gehört weiterhin zum Repertoire des Geschichtsbewältigungsdiskurses – aber „leise und undramatisch“ schreitet zugleich die „Historisierung der NS-Vergangenheit unaufhaltsam voran“;⁹¹ in ihrer überwältigenden Mehrheit wollen die Deutschen auch heute noch „keine ausgefallenen Waffen haben“ – aber die Stimmen derjenigen, die die von Fischer vor sechs Jahren befürchtete „Normalisierung“ deutscher Außenpolitik auch im Hinblick auf den deutschen Nuklearstatus fordern, sind nie ganz verstummt.⁹² Kurzum: in Deutschland *ist* „ein neues Denken“ entstanden, zögerlich zwar, aber deutlich vernehmbar, wenn man genauinhört. „Ein neuer Stolz“ ist in der Tat zu beobachten, „eine neue Vorstellung davon, was die Deutschen sind und was ihre Rolle in Europa sein sollte.“

Die programmatische Formulierung dieses neuen Stolzes stammt vom Nachfolger Helmut Kohls im Amt des Bundeskanzlers. In seiner ersten Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag faßte Gerhard Schröder das „Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation“ in folgende Worte:

„Unser Nationalbewußtsein basiert (...) nicht auf den Traditionen eines wilhelminischen „Abstammungsrechts“, sondern auf der Selbstgewißheit unserer Demokratie. Wir sind stolz auf dieses Land, auf seine Landschaften, auf seine Kultur, auf die Kreativität und den Leistungswillen seiner Menschen. Wir sind stolz auf die Älteren, die dieses Land nach dem Krieg aufgebaut und ihm seinen Platz in einem friedlichen Europa geschaffen haben. Wir sind stolz auf die Menschen im Osten unseres Landes, die das Zwangssystem der SED-Diktatur abgeschüttelt und die Mauer zum Einsturz gebracht haben. Was ich hier formuliere, ist das Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muß, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, doch nach vorne blickt.“⁹³

Zehn Jahre sind seit der Vereinigung vergangen und „die Franzosen“ haben nicht mehr die Wahl, die ihnen Gordon Craig ein Jahr vor der Vereinigung wünschte. Allzu sehr scheint sie dies aber auch nicht zu belasten – zumindest wenn man die öffentlichen Vertrauensbekundungen gegenüber den Deutschen für bare Münze nimmt. Insofern die Beschreibung von Gis-

⁹⁰ Stichworte sind in diesem Zusammenhang die Debatten, die sich um Daniel Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung, das Holocaust-Mahnmal, die Walser-Rede rankten.

⁹¹ So die Beobachtung von Stefan Reinecke bei den Gedenkfeierlichkeiten zum kaum beachteten 55. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1945; Gedenken an Kriegsende: Vorwärts und nichts vergessen, in: Der Tagespiegel, 9. Mai 2000; vgl. auch den dazugehörigen Bericht, Bundeskanzler Schröder spricht von „Befreiung“, in: Der Tagesspiegel, 9. Mai 2000. In seinem Kommentar bot Reinecke den Lesern zuerst zwei „gute Nachrichten“: daß Johannes Rau „keine Rede zum 8. Mai gehalten“ hat und daß Gerhard Schröder „eine Rede zum 8. Mai gehalten [hat] – und zwar ohne größere Peinlichkeit.“ Schröder habe eine „solide Rede“ gehalten, „immer nah am common sense und an dem beliebten Dreischritt - erinnern, bewältigen, in die Zukunft blicken.“ Die Botschaft schien daher klar: Wenn „sogar Schröder [...] gedenken [kann], ohne Anstoß zu erregen“, sind wir in der Zukunft angekommen.

⁹² Vgl. hierzu einen FAZ-Artikel vom Frühjahr 2000, der von einem Positionspapier der Jungen Union Niedersachsen berichtete, in dem eine „Entkrampfung“ der sicherheitspolitischen Diskussion hinsichtlich eines deutschen Nuklearstatus gefordert wird (Beleg recherchieren) Vgl. hierzu allerdings auch im Kontrast Harald Müller, Kernwaffen und deutsche Interessen: Versuch einer Neubestimmung, HSFK-Report 5/1999, Frankfurt am Main, Oktober 1999.

⁹³ „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“. Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, 10. November 1998, in: Bulletin, Nr. 74 (11. November 1998), S. 910.

card d'Estaing aus dem Jahre 1991 auch heute noch als Leitlinie dienen kann, befinden sich die Deutschen derzeit aus französischer Perspektive irgendwo zwischen der ersten und der zweiten Phase: zwischen der Phase der Absorption mit den „innerdeutschen“ Folgen der Vereinigung sowie der Phase, in der die anderen Europäer „einer Zunahme der deutschen Macht beiwohnen“. „Nichts von alledem“ aber scheint „irgendwie beunruhigend“ – diese Vertrauensbotschaft, die Giscard bereits 1991 verkündete, ist bei den gemeinsamen deutsch-französischen Auftritten immer besonders deutlich zu vernehmen – und sie wird vom Nachfolger „des Dicken“ im Bundeskanzleramt auch besonders geschätzt.⁹⁴ Man könnte fast meinen, daß sich darin so etwas wie eine Lehre der Vergangenheit spiegeln könnte: da man früher den Fehler begangen hatte, den Deutschen zu mißtrauen und dadurch ihr (ohnehin geringes) Selbstvertrauen weiter unterminierte, spricht man sich heute selbst Mut zu und den Deutschen umso deutlicher das Vertrauen aus, das sie anscheinend so dringend brauchen – ganz entsprechend jener Politikempfehlung, die die Berater von Margaret Thatcher als Ergebnis des Chequers-Seminars mit Deutschland-Experten im Frühjahr 1990 formulierten: „We should be nice to the Germans“.⁹⁵

Das neue, andere Deutschland, so die These, die im folgenden entfaltet und begründet werden soll, ist in vielerlei Hinsicht „anders“ als es von den meisten, die sich Anfang der 1990er Jahre mit Deutschlands Zukunft beschäftigt hatten, erwartet worden ist. Allerdings ist immer noch ziemlich unklar, ob dieses ganz andere Deutschland eher Anlaß „zum Jubeln oder zum Haareraufen“ gibt. Joschka Fischers Prognose vom 3. Oktober 1990,⁹⁶ daß es sich in den ersten zehn Jahren nach der Vereinigung „erwiesen haben“ dürfte, welche dieser beiden Varianten eintreten würde, läßt sich eindeutig weder im einen noch im anderen Sinne bestätigen. Dies zumindest wäre meine Einschätzung und ich vermute auch, daß Fischer selbst am 3. Oktober 2000 nicht in jenen „deutschen Jubel“ ausbrechen wird, den er sich im Oktober 1990 für den zehnten Jahrestag „aufgehoben“ hatte.

4.1. Das alte und das neue Deutschland beschreiben

Bevor ich versuche, diverse Facetten dieses „anderen Deutschland“ zu beschreiben, möchte ich jedoch einige prominente entgegengesetzte Sichtweisen darstellen. Diese Sichtweisen unterscheiden sich von meiner dadurch, daß sie entweder die Kontinuitätslinien mit dicken Strichen hervorheben oder aber ohne allzu große Umschweife „das Neue“ an der deutschen Außenpolitik loben oder im Umkehrschluß dieses „Neue“ heftig kritisieren. Im Kontrast dazu wird es mir darum gehen, die Elemente des Wandels deutscher Außenpolitik hervorzuheben und dabei eine gewisse „Janusköpfigkeit“ hervortreten zu lassen. Im Zweifelsfall werde ich dabei die Veränderungen eher überzeichnen, weil mit diesen (von mir so wahrgenommenen:

⁹⁴ Vgl. die Aussage von Schröder in seiner ersten Regierungserklärung, daß „[a]uch unsere Nachbarn in Europa wissen, daß sie uns als Deutschen umso mehr trauen können, je mehr wir Deutschen selbst unserer eigenen Kraft vertrauen“; „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“, a.a.O. Als „den Dicken“ bezeichnete Gerhard Schröder seinen Amtsvorgänger Helmut Kohl beim Weltwirtschaftsforum in Davos Anfang 1999; vgl. William Drozdiak, *Schroder Is Finding Shoes of „Fat Man” Painful to Fill*, in: *Washington Post*, 3. Februar 1999, S. A12 sowie Werner Adam, *Schröders Debüt in Davos*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3. Februar 1999, S. 2.

⁹⁵ *What the PM learnt about the Germans* (Abdruck des vertraulichen Memorandums über eine Zusammenkunft zwischen der britischen Premierministerin und sechs Deutschland-Experten, zumeist Historiker am 24. März 1990; dieses Treffen kreiste um die zentrale Frage „how has Germany changed, and how do we live with reunification“), in: *The Independent on Sunday*, 15. Juli 1990, S. 19.

⁹⁶ Vgl. das Eingangszitat, a.a.O. .

„neuen“) Entwicklungen in Zukunft möglicherweise größere Probleme im Hinblick auf Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt verbunden sein könnten.

Beschreibungen gehören im Selbstverständnis der meisten Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler zu den einfachen Aufgaben wissenschaftlicher Arbeit. Sie sind in gewisser Weise das Schwarzbrot des wissenschaftlichen Alltags, ein wenig verlockender aber unumgänglicher erster Schritt im Prozeß einer wissenschaftlichen Untersuchung. „Der Analytiker (...) muß objektive Sachverhalte unverhüllt beschreiben“⁹⁷ – bevor er in einem zweiten Schritt „die Herausforderung der Erklärung“⁹⁸ angeht. Vor diesem Hintergrund ist die Feststellung des amerikanischen Politikwissenschaftlers Stephen van Evera in einer neueren „Einführung in die Methoden der Politikwissenschaft“ zu verstehen, daß „rein beschreibende“ Arbeiten „bei anderen Politikwissenschaftlern überhaupt nicht gut ankommen“⁹⁹. Wie problematisch dieses Verständnis von Beschreibung allerdings ist, zeigt sich bereits an einem einfachen Beispiel. Wenn man auf der einen Seite die Begriffe „Deutschland“, „Bundesrepublik“ und „BRD“ nimmt und sie mit den Begriffen „Großmacht“, „Zivilmacht“ oder „Militärmacht“ verknüpfen wollte, dann würde ein einigermaßen repräsentatives Beschreibungs-Set ungefähr so lauten: (1 und 2) „Deutschland ist eine (oder: keine) Großmacht“; (3 und 4) „Die Bundesrepublik ist eine (oder: keine) Zivilmacht“; (5 und 6) „Die BRD ist eine (oder: keine) Militärmacht“.¹⁰⁰ Allein diese sechs Sätze nebeneinander zu stellen reicht schon aus, um zu verdeutlichen, daß Bezeichnungen und Beschreibungen keine unproblematischen Eingaben für die vermeintlich *eigentlichen* wissenschaftlichen Zwecke der Erklärung darstellen. Vielmehr sind sie, wie Ludwig Wittgenstein sagt, „Instrumente für besondere Verwendungen“¹⁰¹,

⁹⁷ Hans-Peter Schwarz, Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin: Siedler Verlag 1994, S. 76.

⁹⁸ Gary King, Robert O. Keohane, Sidney Verba, Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research, Princeton: Princeton University Press, 1994, S. 15. In diesem Sinne wird auch eine neuere Dissertation zu den deutsch-russischen Beziehungen seit 1990, die unter der Ägide von Robert Keohane entstanden ist, von der Autorin mit folgenden Worten eingeleitet: „It is not difficult to describe German-Russian relations. More difficult - and far more interesting - is to explain why those relations take the form they do“, Celeste Wallander, Mortal Friends, Best Enemies. German-Russian Cooperation after the Cold War, Ithaca: Cornell University Press 1999, S. 11.

⁹⁹ Stephen van Evera, Guide to Methods for Students of Political Science, Ithaca: Cornell University Press 1997, S. 95.

¹⁰⁰ Im akademischen Diskurs zur Außen- und Sicherheitspolitik finden sich diese Sätze zwar nicht in Reinform, aber wenn man gewisse Qualifizierungen hinzudenkt, findet man diese als Kernbeschreibungen etwa in den Arbeiten von Christian Hacke, Hanns Maull und Reinhard Mutz; vgl. u.a. Christian Hacke, Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Berlin 1993(2) (in einer neueren Auflage wurde der Titel zwar umgekehrt und mit einem Fragezeichen versehen, inhaltlich macht Hacke allerdings keine signifikanten Abstriche im Vergleich zu seiner früheren Argumentation; vgl. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, Berlin: Ullstein 1997(3)); Hanns W. Maull, Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland: Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik, in: Europa-Archiv, 47. Jg., Folge 10 (1992), S. 269-278 sowie Reinhard Mutz, Militärmacht Deutschland? Die Bundeswehr auf der Suche nach ihrer Zukunft, in: ders., Friedhelm Solms, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1994, Münster: Lit Verlag 1994, S. 213-228.

¹⁰¹ „Was wir ‚Beschreibungen‘ nennen, sind Instrumente für besondere Verwendungen. Denke dabei an eine Maschinenzzeichnung, einen Schnitt, einen Aufriß mit den Maßen, den der Mechaniker vor sich hat. Wenn man an eine Beschreibung als ein Wortbild der Tatsachen denkt, so hat das etwas Irreführendes: Man denkt etwa nur an Bilder, wie sie an unsern Wänden hängen; die schlechtweg abzubilden scheinen, wie ein Ding aussieht, wie es beschaffen ist. (Diese Bilder sind gleichsam müßig.)“ Ludwig Wittgenstein, Philosophische Untersuchungen, in: ders., Werkausgabe Band 1, Frankfurt (Suhrkamp) 1997(1953), Nr. 291.

d.h. mit ihnen werden *qua Beschreibung* spezifische Zwecke in einem umfassenderen „Sprachspiel“ verfolgt.

Diese Vorbemerkungen sind – wie die nachfolgenden Ausführungen deutlich machen werden – deshalb wichtig, weil zahlreiche *konkurrierende* Beschreibungen angeboten werden, wie heute deutsche Außenpolitik bzw. Deutschlands Rolle in Europa und der Welt zu charakterisieren wäre. Im folgenden werde ich einige prominente Beispiele solcher Beschreibungen vorstellen. Daß diese als „prominent“ präsentiert werden, ist natürlich eine Wertung, die bereits als Teil einer bestimmten wissenschaftlichen Strategie meinerseits zu verstehen ist¹⁰² – einer Strategie, die darin bestehen wird, diese ausgewählten „prominenten“ Beschreibungen von alternativen Beschreibungen abzugrenzen, wie ich sie im übernächsten Schritt selbst entwickeln werde. Der Anspruch, der damit (natürlich) einhergeht, besteht darin, daß meine eigenen alternativen Beschreibungen insofern treffender sind, als sie ein „angemesseneres“ Bild der „tatsächlichen“ Entwicklung deutscher Außenpolitik liefern und – dies ist aus dem Blickwinkel der Wissenschaft im strengen Sinne besonders wichtig – damit auch eine solidere Grundlage bereitstellen, um systematisch über alternative Zukünfte nachzudenken und gegebenenfalls auch Politikempfehlungen zu formulieren.

Wenn man sich vor diesem Hintergrund das, was man im allgemeinen „den außenpolitischen Diskurs“ nennt, genauer ansieht, lassen sich zugespitzt drei prominente Typen von Beschreibungen unterscheiden: (1) Die Auffassung, daß Deutschland zehn Jahre nach der Vereinigung wieder zum Konzert der Großmächte gehört. Die Konnotationen, die dabei mitschwingen, reichen von eher nüchtern-emotionslosen Analysen in der Tradition eines „realistischen“ Weltbildes bis hin zu Reaktionen der Erleichterung oder gar des Stolzes, daß Deutschland „endlich“ seine „Machtvergessenheit“ (H.-P. Schwarz) aufgegeben hat und sich nunmehr „wie andere Großmächte auch“ verhält. (2) Die spiegelbildliche Auffassung, daß Deutschland schneller als die größten Pessimisten erwartet (bzw. befürchtet) hatten, den Bruch mit der „zivilen“ Tradition der Bonner Republik vollzogen hat und sich nunmehr wie andere Großmächte auch sich vor allem militärisch zu profilieren sucht. (3) Die Auffassung, daß sich im außenpolitischen Verhalten der Deutschen zwar einiges verändert habe, die grundlegende Identität einer „Zivilmacht“ aber nach wie vor am besten beschreibe, was dieses neue Deutschland auszeichne.

Hinter pointierten Überschriften wie den folgenden verstecken sich natürlich zumeist komplexere Argumentationsketten, auf die ich auch etwas ausführlicher eingehen werde. Ich werde an dieser Stelle aber bewußt darauf verzichten, das (natürlich vorhandene) breite Spektrum differenzierter Sichtweisen neuer deutscher Außenpolitik zu präsentieren, wie ich dies in einigen früheren Arbeiten versucht habe.¹⁰³ Solche Differenzierungen wären sicherlich vor allem

¹⁰² Richard Rorty würde wohl sagen, daß es sich hierbei um die (unvermeidliche) „Rhetorik des Siegerstandpunktes“ handelt; vgl. u.a. das Kapitel „Private irony and liberal hope“ in Richard Rorty, *Contingency, irony, and solidarity*, Cambridge: Cambridge University Press 1989, S. 73-95.

¹⁰³ Vgl. Gunther Hellmann, *Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany*, in: *Mershon International Studies Review*, Vol. 40, Supplement 1 (April 1996), S. 1-39, ders., *Jenseits von „Normalisierung“ und „Militarisierung“: Zur Standortdebatte über die neue deutsche Außenpolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 1-2/97 (3. Januar 1997), S. 24-33, sowie ders., *„Machtbalance und Vormachtdenken sind überholt“: Zum außenpolitischen Diskurs im vereinigten Deutschland*, in: *Monika Medick-Krakau (Hrsg.), Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland (Festschrift für Ernst-Otto Czempiel zum 70. Geburtstag)*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1999, S. 97-126. Die Systematisierung, die ich hier anbiete, unterscheidet sich von der früheren Beschreibung des außenpolitischen Diskurses in Deutschland, wie sie sich in diesen Beiträgen findet. Damit will ich nicht behaupten, daß diese früheren Beschreibungen nicht mehr zutreffen, sondern lediglich andeuten, daß die „Verwendungszwecke“ (im Wittgenstein'schen Sinne) hier andere sind als damals. In den früheren Arbeiten ging es mir stärker darum, unterschiedliche außenpolitische *Gesamtstrategien* im Diskurs zu identifizieren. In diesem Beitrag geht

dann angebracht, wenn es darum ginge, im Wittgenstein'schen Sinne „Übersicht“ über den gegenwärtigen außenpolitischen Diskurs herzustellen.¹⁰⁴ Dies ist hier aber nicht mein primäres Anliegen. In diesem Beitrag geht es mir eher darum, meine eigene Beschreibung von anderen abzuheben und auf dieser Grundlage dann einige Politikempfehlungen zu formulieren.

es mir stärker um die Frage, welches innerhalb des Expertendiskurses die dominierenden Sichtweisen sind im Hinblick auf die *Rolle* Deutschlands in Europa und der Welt.

¹⁰⁴ An anderer Stelle entwickle ich als Teil eines größeren Forschungsprojektes zur deutschen Außenpolitik eine eher ungewöhnliche wissenschaftstheoretische Begründung für die „wissenschaftliche“ Aufbereitung und Bearbeitung von „Problemen“ wie sie etwa die Analyse zeitgenössischer deutscher Außenpolitik darstellen. Ich kann an dieser Stelle nicht ausführlicher auf diese Wittgenstein'sche oder auch pragmatistische Herangehensweise nicht im Detail eingehen. Ich möchte allerdings kurz skizzieren, worin sich das Verständnis von wissenschaftlichen „Problemen“ von gängigen sozialwissenschaftlichen Interpretationen unterscheidet. In Anlehnung an Wittgenstein könnte man sagen, daß ein wissenschaftliches Problem „die Form: 'Ich kenne mich nicht aus'“ hat (vgl. Wittgenstein, *Philosophische Untersuchungen*, a.a.O. Nr. 123). Die Lösung solcher „Probleme“ besteht nicht darin, daß man zielstrebig nach „Erklärungen“ im kausalanalytischen Verständnis der Naturwissenschaften sucht. Vielmehr geht es darum, daß wir uns erst einmal darüber klar werden müssen, wo wir einen ersten Ansatzpunkt gewinnen könnten, um uns „auskennen“ zu lernen, d.h. uns darüber klar werden, wie mögliche Antworten auf eine „was“-Frage (statt eine „warum“-Frage) überhaupt aussehen könnten. Dabei handelt es sich ganz offensichtlich um Fragen der Beschreibung, *womit* ich eigentlich konfrontiert bin. Weil wir aber allzu häufig einen Gegenstand mit einem *bestimmten* („vorbelasteten“) Blick betrachten, verstehen wir nicht „was schon offen vor unsern Augen liegt“ (Wittgenstein, *Philosophische Untersuchungen*, a.a.O., Nr. 89). Begriffe wie „Großmacht“ oder „Zivilmacht“ spielen etwa im außenpolitischen Diskurs Deutschlands deshalb eine wichtige Rolle, weil sie die (konkurrierenden) Platzhalter für das sind, was (allem Anschein nach) „vor unseren Augen liegt“. Der Anschein muß aber trügen, denn nicht alles paßt zusammen. Die Tatsache, daß solche konkurrierenden Begriffe zur Beschreibung derselben Sache in unterschiedlichen Zusammenhängen im außenpolitischen Diskurs auftauchen, deutet darauf hin, daß sie *bestimmte* Funktionen in außenpolitischen Sprachspielen erfüllen. Dazu gehören Funktionen, die wir unter Aussagen wie „besser verstehen“, aber auch solche, die wir unter Aussagen wie „politisch verändern“ zusammenfassen, d.h. „deskriptive“, „explanative“ und „normative“ Funktionen von Beschreibungen lassen sich nicht so klar trennen. Es geht daher auch hier nicht darum, einen (vermeintlich) „richtigen“ Begriff zur Charakterisierung deutscher Außenpolitik zu „finden“ (oder zu „erfinden“), sondern vielmehr darum, das diskursive Bedeutungsumfeld grob zu vermessen und abzustecken, in dem unterschiedliche Begriffe gebraucht werden. Gerade weil wir „den Gebrauch unserer Wörter nicht *übersehen*“, bedarf es nach Wittgensteins Überzeugung einer „übersichtlichen Darstellung“, die „das Verständnis“ vermitteln soll, welches „darin besteht, daß wir die Zusammenhänge sehen“. Daher die Wichtigkeit des Findens und Erfindens von Zwischengliedern“, die Übersichtlichkeit herstellen (Wittgenstein, *Philosophische Untersuchungen*, a.a.O., Nr. 122, Hervorhebung im Original; zur Zentralität des „Begriffs der übersichtlichen Darstellung“ vgl. auch Joachim Schulte, Wittgenstein. Eine Einführung, Stuttgart: Philipp Reclam Jun. 1989, S. 108-112 sowie Judith Genova, Wittgenstein. A Way of Seeing, New York und London (Routledge) 1995).

4.2. Varianten eines nicht gar so anderen Deutschland: Prominente Beschreibungen im außenpolitischen Diskurs

4.2.1. (Endlich) Wieder „Großmacht“

Eine erste prominente Beschreibung neuer deutscher Außenpolitik rekurriert auf das traditionelle Vokabular und Analyseinstrumentarium der realistischen Schule.¹⁰⁵ Die Bundesrepublik ist diesem Blickwinkel zufolge am 3. Oktober 1990 „gleichsam über Nacht wieder in die Rolle einer kontinentalen Großmacht mit weltpolitischem Gewicht“ „katapultiert“ worden.¹⁰⁶ Die anfängliche „Unentschlossenheit“, die sich im Falle der Deutschen etwa im Golfkrieg gezeigt habe, sei verständlicher „Ausdruck einer tiefen Verunsicherung über die neue Lage und die ungewohnte Rolle“ gewesen.¹⁰⁷ Da die alte Bundesrepublik „in vitalen Fragen allenfalls eine bedingte Handlungsfähigkeit“ besessen hatte, konnte es nicht „überraschen, daß die Republik, als sie im Jahre 1990 unerwartet in die Pflicht souveränen Agierens als europäische Großmacht genommen wurde, hilflos und verunsichert wirkte“.¹⁰⁸ Wie die Stichworte „Kambodscha“, „Somalia“, oder „Jugoslawien“ zeigten, häuften sich jedoch in den nachfolgenden Jahren die internationalen Konflikte. „Je stärker die Völkergemeinschaft“ dabei „gefordert“ war, desto „häufiger klopfen ihre Vertreter an das Tor des soeben vereinigten und gerade nach außen stabil, leistungsfähig und tatkräftig wirkenden Deutschland.“¹⁰⁹ Spätestens mit dem

¹⁰⁵ Zu den Experten, die (mehr oder weniger emotionslos-nüchtern) eine Analyse deutscher Außenpolitik in realistischen Kategorien vornehmen, gehören neben den beiden im folgenden etwas ausführlicher behandelten Historikern Schöllgen und Schwarz vor allem folgende Autoren: Egon Bahr (Die „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik. Mündige Partnerschaft statt bequemer Vormundschaft, in: Internationale Politik, 54. Jg., Nr. 1 (Januar 1999), S. 41-52), Arnulf Baring (Die Berliner Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 32-33/99 (6. August 1999), S. 9-15), Christian Hacke (Beitrag in „Aussenpolitik“ 1999), Werner Link (Alternativen deutscher Außenpolitik, in: Zeitschrift für Politik, 46. Jg., Heft 2 (1999), S. 125-143, sowie ders., Deutschland im multipolaren Gleichgewicht der großen Mächte und Regionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 24/2000 (9. Juni 2000), S. 22-30.) und Sven Papcke (Zur Neuorientierung deutscher Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 12/98 (13. März 1998), S. 3-13. Wie immer wenn unterschiedliche Experten unter einer so provokativen Kategorie wie der der „Großmacht“ subsumiert werden, versteht es sich von selbst, daß im Detail beachtliche Unterschiede in ihrer Argumentation festzustellen sind. Dies betrifft etwa unterschiedliche Einschätzung der Frage, unter welchen Bedingungen militärische Mittel eingesetzt werden dürfen oder sollen. Egon Bahr etwa zählt in dieser Frage sicherlich eher zu der Gruppe der Kritiker militärisch gestützter Außenpolitik. Allerdings gehört er ganz eindeutig auch zu denjenigen, die vehement die „Machtentwöhnung“ der alten Bundesrepublik kritisieren und unmißverständlich fordern, daß Deutschland endlich „wieder machtgewohnt werden [muß]. Machtgewöhnung ist ein anderes Wort für Normalität“ (Egon Bahr, Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik, München (Blessing) 1998, S. 18) – und „normal“, das sollten die Deutschen endlich werden, wie Bahr in offensiver Verteidigung von Martin Walser fordert. Gerade diese Debatte habe gezeigt, „daß wir noch kein normales Volk sind. Aber wir können es werden und sollten es wollen. Die leidige deutsche Frage ist erledigt; sie stört nicht mehr“ (Bahr, Die „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik, a.a.O., S. 42).

¹⁰⁶ Gregor Schöllgen, Zehn Jahre als europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B24/2000 (9. Juni 2000), S. 6-12, hier S. 6. Schöllgen gehört nicht zuletzt deshalb zu den gewichtigen Stimmen im Diskurs über die deutsche Außenpolitik, weil er als Historiker auch Lehrveranstaltungen im Rahmen der zweijährigen Ausbildung deutscher Diplomaten des Auswärtigen Amtes anbietet; von seinen früheren Arbeiten, in denen er vor allem eine „Angst vor der Macht“ bei außenpolitischen Entscheidungsträgern kritisiert hatte, vgl. vor allem ders., Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik, Berlin: Ullstein 1993 sowie ders., Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 1999.

¹⁰⁷ Schöllgen, a.a.O., S. 7-8.

¹⁰⁸ Schöllgen, a.a.O., S. 8

Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 und den parallel dazu eskalierenden Krisen auf dem Balkan sei allerdings „das ‚Ende des Trittbrettfahrens‘ erreicht“ gewesen und den meisten klar geworden, „daß die ‚Qualität‘ des Engagements dem ‚gewachsenen Gewicht‘ Deutschlands entsprechen müsse.“¹¹⁰ Die Teilnahme Deutschlands an den NATO-Operationen auf dem Balkan im Kosovo-Krieg sei daher nur konsequent gewesen – gleichsam als Krönung der „in der Ära des Kalten Krieges bewährte[n] vollständige[n] Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft und die dadurch erfolgte ‚Zivilisierung‘ der Deutschen“. Alles in allem habe die Entwicklung der letzten zehn Jahre gezeigt,

„wie grundlegend sich die Bundesrepublik in dieser Hinsicht vom Deutschen Reich unterscheidet. Anders als die deutsche Weltmachtpolitik in jener Epoche hielt sich Bonns Außenpolitik nicht nur von unberechenbaren, spektakulären Alleingängen fern, vielmehr war sie wie die Politik keines zweiten vergleichbaren Landes darauf bedacht, in Absprache und Kooperation mit den Nachbarn und Verbündeten vorzugehen.“¹¹¹

Als herausragende Beispiele hierfür nennt Schöllgen die Osterweiterung von NATO und EU. Diese „Neuordnung der Verhältnisse zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn“ kam „allerdings keinen Augenblick zu früh“, da sich „der Druck auf die nördliche Halbkugel“ in den 90er Jahren „enorm erhöht“ habe. Die größte Herausforderung Deutschlands liege daher auch in Zukunft darin, ob es gelinge

„‚zusammen mit Amerika und den anderen europäischen Großmächten in der ersten Reihe [zu] stehen, um die allen gemeinsamen vitalen außenpolitischen Interessen zu fördern und zu verteidigen‘. [...] Die feste, vollständige und weiter zu intensivierende Integration in die internationalen Gemeinschaften bleibt die entscheidende Voraussetzung für einen angemessenen und souveränen Umgang mit diesen Herausforderungen.“¹¹²

Hans-Peter Schwarz, der in den 1980er Jahren als großer Kritiker der „Machtvergessenheit“ der deutschen Außenpolitik bekannt geworden war und zu Zeiten der Kohl-Regierung vor allem die Fixierung der deutschen Außenpolitik auf einen Ausbau der supranationalen Strukturen im europäischen Integrationsprojekt kritisiert hatte, begrüßt die jüngsten Entwicklungen ebenso wie Schöllgen. Mitte der 1990er Jahre hatte er bereits darauf hingewiesen, daß Deutschland nunmehr „die Zentralmacht Europas“ sei, eine Macht, die sich darüber klar werden müsse, daß ihre Interessen strukturell anders gelagert seien als jene ihrer westeuropäischen Partner, vor allem der beiden größten, England und Frankreich.¹¹³ Dies bedeute zwar nicht, so Schwarz Mitte der 1990er Jahre, daß Deutschland sich von der Europäischen Union abwenden oder verstärkt unilateral handeln solle. Allerdings werde künftig „die Außenpolitik Deutschlands, auch die Europapolitik, (...) aus objektiven Gründen egoistischer, rechenhafter,

¹⁰⁹ Schöllgen, a.a.O., S. 9.

¹¹⁰ Schöllgen, a.a.O., S. 11; Schöllgen zitiert hier Aussagen des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog, die er im März 1995 in einer Grundsatzrede vor der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ gemacht hatte.

¹¹¹ Schöllgen, a.a.O., S. 12. Etwas früher (S. 7) schreibt Schöllgen allerdings, daß der „diplomatische Alleingang“ Deutschlands im Konflikt um die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens im Jahr 1991 als einseitiges „Vorpreschen“ zu verstehen war und auch so verstanden wurde (er löste nämlich „unerwartet heftige Reaktionen“ aus). Das „Vorpreschen der Bundesrepublik“ habe sich aber „keineswegs vom Verhalten anderer Großmächte in vergleichbaren Situationen“ unterschieden. Und: „Wie die nachfolgenden Jahre zeigen sollten, förderte der nachlassende Außendruck auf die westliche Gemeinschaft die Neigung mancher Mitglieder zu unangesprochenen Alleingängen“.

¹¹² Schöllgen, a.a.O., S. 12.

¹¹³ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Zentralmacht Europas, Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin (Siedler Verlag) 1994, S. 87-92 sowie ders., Außenpolitische Agenda für das Fin de siècle, in: Merkur, 48. Jg., Nr. 9/10 (September/Oktober 1994), S. 776-778.

schwerbeweglicher und eben vorrangig an Gesichtspunkten eines vergleichsweise eng konzipierten nationalen Interesses ausgerichtet sein.“¹¹⁴

Nach dem ersten Jahr der rot-grünen Koalition hat Schwarz seinerseits eine Art Zwischenbilanz vorgelegt. Deutschland erscheint darin nicht nur „objektiv gesehen“ weiterhin als „die Zentralmacht Europas“, sondern auch in der Kontinuität der alten Bundesrepublik als „Ruhige Kraft“ (im Sinne eines „Gegenentwurfes zum ´ruhelosen Reich“). Die „wirtschaftlich sehr starke, politisch aber sehr vorsichtige Bundesrepublik“ habe diese Rolle „nach bedrückenden Anfängen bis zur Gegenwart“ erfolgreich gespielt und „Europa weiß das“ auch.¹¹⁵ Da mit Regierungswechseln aber häufig „tiefgreifende Kurskorrekturen“ einhergingen, stelle sich schon die Frage, ob auch „die rot-grüne Koalition mit ihren Spitzenpolitikern sowie dem Unterfutter von Hinterbänklern und Parteiaktivisten in der Lage [ist], unprovokierend, ohne allzuviel Geräusch, aber effektiv diese Kontinuität deutscher Außenpolitik fortzusetzen“.¹¹⁶ In der Beantwortung dieser Frage unterscheidet Schwarz zwei Phasen: eine erste, in der die neue Regierung „etwas lärmig, zerfahren, mit partiell inkohärenter Außenpolitik“ begann. Dieser folgte aber „rasch eine zweite Phase, in der sich die neuen Herren Respekt erwarben und in der sie lernten, nicht nur in großen Zügen, sondern auch im Detail zur Kontinuität zu finden und diese, wo es geboten war weiterzuentwickeln.“¹¹⁷ Unter den „äußeren Umständen“, die als „Katalysator“ die erste „diffuse Probierphase zu Ende brachten“ wirkten drei Faktoren: (1) die deutschen Erfahrungen während der EU-Ratspräsidentschaft, während „dieser sehr bewegliche Kanzler“ als Ergebnis „einer Art europäischen Erziehungsprozesses“ „nicht nur rhetorisch, sondern auch praktisch erst einmal“ zur Kontinuität der früheren Europapolitik zurückgekehrt sei; (2) der schnelle Rückzug von Außenminister Fischer, nachdem „die Aussichtslosigkeit“ seines „Vorstoßes für einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen deutlich geworden ist“;¹¹⁸ (3) und entscheidend: die „vorbehaltlose Beteiligung der rot-grünen Regierung am Luftkrieg gegen Jugoslawien“, die die „denkbar stärkste Bekräftigung der NATO- und der Amerika-Treue darstellte“.

Vor allem mit dieser letzten Entscheidung habe sich die rot-grüne Koalition „unwiderruflich festgelegt“ und dabei einen entscheidenden Beitrag geleistet, daß Deutschland „von jetzt an in allen Fragen, bei denen es um Militäreinsätze geht, so normal wie alle anderen Staaten im Bündnis“ auch handeln kann. „Es entscheidet von Fall zu Fall, wobei wie auch anderswo außenpolitische und innenpolitische Güterabwägung die entscheidende Rolle spielt.“ Wenn man sich die moralistisch-interventionistische Tradition amerikanischer Außenpolitik ansehe, käme zumindest die Frage auf, ob nicht auch die deutsche Außenpolitik in diesem Sinne „amerikanischer“ geworden sei.¹¹⁹ Schwarz sieht dafür gewisse Anzeichen, ist sich aber noch nicht ganz sicher. In jedem Fall aber habe die rot-grüne Koalition eine bedeutsame „Kurskorrektur“ vollzogen, mit dem Ergebnis, daß die deutsche Außenpolitik heute „viel homogener als zu Beginn“ wirkt. Die einzige größere Unklarheit nimmt Schwarz auf dem Gebiet der Ausgestaltung der Beziehungen im Dreieck Berlin, Paris und London wahr. Hier müsse sich in den nächsten Jahren erweisen, ob sich eher der „britischere“ Bundeskanzler

¹¹⁴ Schwarz: Die Zentralmacht Europas, a.a.O., S. 92.

¹¹⁵ Hans-Peter Schwarz, Die Zentralmacht Europas auf Kontinuitätskurs. Deutschland stabilisiert den Kontinent, in: Internationale Politik, 54. Jg., Nr.11 (November 1999), S. 1-10, hier S. 1.

¹¹⁶ Schwarz, a.a.O., S. 2.

¹¹⁷ Schwarz, a.a.O., S. 2.

¹¹⁸ Schwarz, a.a.O. S. 5.

¹¹⁹ Schwarz, a.a.O. S. 6.

oder sein „föderalistischer“ Außenminister („das grüne Findelkind Kohls und Genschers“¹²⁰) durchsetze.¹²¹ Schwarz' zentrale Politikempfehlung jedenfalls ist klar:

„Den Kontinuitäten ist nicht zu entkommen, und die Zentralmacht Europas fährt am besten, wenn sie den Kontinent als 'ruhige Kraft' zu stabilisieren bemüht ist. Daß dies eine neue, überlegte Form der Gleichgewichtspolitik in der EU und im gesamten europäischen Staatensystem erfordert, ist jedoch den Deutschen noch nicht richtig ins Bewußtsein gedrungen. Die Staatskunst kann auch künftig nicht durch gläubiges Vertrauen auf die komplizierte institutionelle Mechanik von Integrationsinstitutionen ersetzt werden.“¹²²

Darüber hinaus empfiehlt Schwarz der Regierung, „die Unterfinanzierung der Bundeswehr“ zu beseitigen¹²³ und mit der „Zivilgesellschaft“ eine „Grundsatzdiskussion“ über den Stellenwert der „Menschenrechtspolitik“ zu führen. Dabei müsse beachtet werden, daß „Außenpolitik stets einen breiten Fächer von Zielen zu verfolgen hat, die allesamt Beachtung verdienen – also etwa europapolitische Prioritäten, Bündnisfordernisse, Interessen der Exportindustrie [...], sachgerechte Migrationspolitik, Menschenrechtspolitik und manches andere mehr.“ Jedenfalls, so schließt seine Zwischenbilanz, dürfe „der rationale Diskurs über die außenpolitischen Ziele [...] vor den Tabus idealistischer Menschenrechtspolitik nicht haltmachen.“¹²⁴

4.2.2. (Schon) Wieder „Militärmacht“

Eine zweite Gruppe von Beobachtern teilt in vielerlei Hinsichten die Referenzgrößen des realistischen Blickwinkels, unterscheidet sich allerdings insofern sehr grundlegend von den Befürwortern einer neuen deutschen Großmachtrolle als sie den vermeintlich emotionslos-nüchternen „objektiven“ Blick gleichsam subversiv konterkariert und auf deutliche kritische Distanz geht. Das Codewort dieser Kritik, die „Militärmacht“ Deutschland, soll an der „Großmacht“ vor allem die unbeliebte „militaristische“ Seite herauszustellen, die nicht so sehr die Kontinuitätslinie zur Bonner Republik hervorkehrt, sondern drohende Wiederanknüpfungen an die Machtstaatstraditionen Deutschlands in den Mittelpunkt des Blicks rückt. Das vereinigte, wieder voll souveräne Deutschland erscheint darin als eine Macht, die als ebenbürtiges Mitglied in den Kreis der alten Großmächte zurückkehren möchte – jener Großmächte, die sich noch immer anmaßen, nicht nur über die Köpfe anderer Staaten und Gesellschaften hinweg „Ordnung“ schaffen zu müssen, sondern auch meinen, diesen Ordnungsauftrag vor allem mit militärischen Mitteln erfüllen zu können. Mit dem Hinweis, daß die Bundeswehr heute außerhalb der deutschen Grenzen weit öfter in Erscheinung trete als früher, geht der Vorwurf einher, daß sich darin eine gewichtige und höchst unerwünschte Verlagerung in der Wahl außenpolitischer Instrumente zeige.¹²⁵

¹²⁰ Schwarz, a.a.O., S. 3.

¹²¹ Schwarz, a.a.O., S. 7-9.

¹²² Schwarz, a.a.O., S. 9.

¹²³ Schwarz, a.a.O., S. 8-9.

¹²⁴ Schwarz, a.a.O., S. 9-10.

¹²⁵ Auch hier gilt, daß unterschiedliche Autoren unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Im folgenden werde ich mich mit den Arbeiten von Reinhard Mutz auf die pointierte Kritik eines „Militärmacht“-Kritikers konzentrieren. Positionen, die mit dieser Kritik an manchen Stellen sympathisieren, wenn auch nicht in jedem Detail übereinstimmen, finden sich insbesondere in den jährlichen „Friedensgutachten“ der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg; vgl. hierzu insbesondere die „Stellungnahmen und

Der Friedensforscher Reinhard Mutz gehört zu denjenigen, die diese Tendenz deutscher Außenpolitik zur Militarisierung seit Anfang der 1990er Jahre am stärksten kritisiert haben. Mitte der 90er Jahre hatte er das Etikett „Militärmacht“ noch mit einem Fragezeichen versehen, im zehnten Jahre nach der Vereinigung hat er dieses Fragezeichen durch ein Ausrufezeichen ersetzt.¹²⁶ Bereits anlässlich der Veröffentlichung des „Weißbuch 1994 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr“ durch das Verteidigungsministerium konstatierte Mutz eine bedenkliche Verschiebung im sicherheitspolitischen Diskurs weg vom „erledigten Verteidigungsauftrag“ auf der einen Seite und hin zur Bildung neuer „Verteidigungsidentitäten“ (zumeist unter europäischem Deckmantel) sowie zur Ausbildung einer neuen „Verteidigungskultur“ auf der anderen. Im Mittelpunkt dieser – aus Mutz’ Sicht *drohenden* – neuen „Verteidigungskultur“ stand „die neue Formel der Krisenbewältigung im erweiterten geographischen Umfeld“.¹²⁷ Diese Formel mußte vor allem deshalb zu denken geben, weil „mit dem Satz, die Fähigkeit zur Verteidigung bleibe das Fundament der Sicherheit Deutschlands“, dann etwas „nicht stimmen“ konnte, wenn „der Verteidigungsfall nur noch eine unbestimmte, wenig wahrscheinliche Eventualität“ darstellte.¹²⁸ Mutz vermutete daher, daß sich dahinter wie auch hinter dem „Normalitäts“-cum-„Verantwortungs“-Diskurs des konservativen Lagers vor allem die Absicht verbarg, in den wirklich wichtigen (d.h. militärischen) Fragen der Weltpolitik wieder wie andere Großmächte auch „mitmischen“ zu können.¹²⁹ Offenbar meinte Normalität in diesem Diskurs „das gewohnheitsmäßig und allgemein Übliche, das sich – weil es viele oder alle tun – gleichsam von selbst versteht (am erwähnten Beispiel des Golf-Konflikts also: Kriegführen)“. „Normalitätsverweigerung“ hätte ja heißen müssen, „eine Sonderrolle zu beanspruchen“¹³⁰ – und von da, so die Implikation, wäre es nicht mehr weit zum Sonderwegsverdacht gewesen, den die bundesrepublikanische Außenpolitik schon immer gefürchtet hatte, wie der Teufel das Weihwas-

Empfehlungen“ der beiden letzten Jahre, sowie die Einzelbeiträge (1999) von Müller/Schoch, Lutz und Meyer sowie (2000), Gießmann, Lutz. Zu einem differenzierten Blick auf deutsche Außenpolitik unmittelbar nach dem Regierungswechsel (und vor dem Kosovo-Krieg) vgl. ferner Harald Müller, Macht und Ohnmacht. Deutsche Außenpolitik vor dem Ende? Frankfurt am Main (Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog) 1998.

¹²⁶ Vgl. Reinhard Mutz, Militärmacht Deutschland? Die Bundeswehr auf der Suche nach ihrer Zukunft, in: ders., Friedhelm Solms, Gert Krell (Hg.), Friedensgutachten 1994, Münster (Lit Verlag) 1994, S. 213-228 sowie ders., Auf schiefer Bahn: Deutsche Außenpolitik - Militarisierung ist mehr als ein Schlagwort geworden, in: Freitag - Die Ost-West-Zeitung, 4. August 2000, auch verfügbar unter <http://www.rrz.uni-hamburg.de/ifsh/schiefe.htm>.

¹²⁷ Mutz, Militärmacht Deutschland?, a.a.O., S. 214-216.

¹²⁸ Mutz, a.a.O., S. 215. Mutz bezog sich hier auf die Nr. 254 des Weißbuches. Unter der Überschrift „Fazit“ wurde dort im ersten Teil „die Lage“ in folgenden Worten resümiert: „Militärische Konflikte, die Deutschlands Existenz gefährden können, sind unwahrscheinlich geworden, vor allem solange [sic!] sich Deutschland im Verbund mit der Nordatlantischen Allianz die Fähigkeit zu seinem Schutz bewahrt. Im zukünftigen strategischen Umfeld sind militärische Risiken nur noch Teil eines breiten Spektrums sicherheitspolitischer Einflußgrößen. Vor diesem Hintergrund gilt es, Risiken schon am Ort ihres Entstehens und vor ihrer Eskalation zu einem akuten Konflikt mit einer vorbeugenden Politik aufzufangen. Sicherheitsvorsorge muß als erweiterte Schutzfunktion verstanden werden. Die Fähigkeit zur Verteidigung bleibt auch in diesem sicherheitspolitischen Konzept das Fundament der Sicherheit Deutschlands und der Nordatlantischen Allianz. Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im erweiterten geographischen Umfeld unter einem völkerrechtlich legitimierenden Mandat müssen aber im Vordergrund der Sicherheitsvorsorge stehen“; Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr, Bonn 1994, S. 39.

¹²⁹ Mutz zitiert an einer Stelle eine Aussage des ehemaligen Außenministers Kinkel, der 1993 am Rande der UN-Vollversammlung in New York als Grund für die deutsche Insistenz auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat gesagt habe „Wir wollen mitmischen“, Mutz, a.a.O., S. 228.

¹³⁰ Mutz, a.a.O., S. 220-221.

ser. Ein neues „Verständnis von Sicherheitspolitik als nationaler Interessenpolitik“ trat hinter diesen Normalitätsformeln deutlich hervor. Die „Bezugnahme auf Interessen, die zu wahren sind, statt auf Probleme, die es zu lösen gilt“, war wieder „allgegenwärtig“ geworden¹³¹ und der „unselige wilhelminische Geist“ durfte wieder „die militärische Bundeswehrführung“ beseelen.¹³² Neben die „Normalität“ trat mit dem Begriff der „Verantwortung“ ein „weiterer Suggestivbegriff“, dessen „unreflektierter Gebrauch meist nichts anderes transportiert als den Appell, Skupel gegenüber militärischer Machtanwendung abzulegen.“¹³³ Vor diesem Hintergrund schwante Mutz bereits Mitte der 90er Jahre nichts Gutes:

„Augenmaß, Fingerspitzengefühl, Zurückhaltung waren Gütesiegel der Außen- und Sicherheitspolitik der alten Bundesrepublik Deutschland. Übermut, und Geltungsdrang lösen sie ab. ‚Wir sind da‘, läßt der deutsche Verteidigungsminister in großflächigen Zeitungsanzeigen die Bundeswehr kundtun. ‚Wir wollen mitmischen‘, ergänzt der deutsche Außenminister – wobei und wofür, steht erst an zweiter Stelle.“¹³⁴

Sechs Jahre später ist etwas klarer, wo das „da“ der Bundeswehr ist und wo die Deutschen wieder „mitmischen“. Das Personal an den Spitzen der Ämter hat sich zwar geändert. Wo Rüge und Kinkel als „Plisch und Plum der 90er Jahre“ schon vor sechs Jahren „jene Vernetzung von Militär- und Außenpolitik [betrieben haben], die einmal das Rückgrat souveräner Staaten gebildet hatte“¹³⁵, tragen jetzt Scharping und Fischer Verantwortung. Aus Mutz' Sicht hat sich die Situation dadurch aber nicht zum Besseren gewandelt, ganz im Gegenteil. Zwar sei mittlerweile die „halbherzige“ Antwort von Helmut Kohl auf die Anfrage der Amerikaner während des Golf-Krieges („Zahlen ja, schießen nein“) vergessen und „die Schießhemmung verflogen“, aber „zu einer schlüssigen Haltung im Umgang mit ihrer Waffenmacht hat sich die deutsche Politik noch immer nicht verstanden.“ Schon die Eskalation der Anti-Saddam-Koalition gegen den „offenen Bruch des Völkerrechts“ sei ein „Interventionskrieg“ gewesen, denn die „illegale Gewalt“ Saddam Husseins konnte kein „beliebiges Vielfaches legaler Gegengewalt“ rechtfertigen. Mit der deutschen Beteiligung am Kosovo-Krieg sei der „letzte Danm“ gebrochen und die auch für das Grundgesetz „ohne wenn und aber“ zwingende Norm des Gewaltverzichts „außer zur Selbstverteidigung und zur Gewährleistung des Friedens unter Autorität der Weltorganisation“ vergessen. Natürlich habe ein Staat wie die Bundesrepublik „auswärtige Interessen“. Aber

„Soldaten gehörten bisher nicht zu denen, die mit der Wahrnehmung betraut waren. Militarisierung der Außenpolitik? Vor kurzgriffigen Schlagworten sei gewarnt. Aber wie soll man es nennen, wenn in immer mehr amtlichen Äußerungen von militärischen Interessen der Bundesrepublik die Rede ist? Wenn militärische Aktivitäten neben die zivilen, politischen, diplomatischen, ökonomischen Mittel aufrücken in das ganz reguläre Instrumentarium außenpolitischer Interessenvertretung?“¹³⁶

¹³¹ Mutz, a.a.O., S. 222.

¹³² Mutz, a.a.O., S. 225. Mutz verweist an dieser Stelle auf „den politischen Anspruch der Streitkräfte [...] „auch in Abwesenheit einer konkreten Bedrohung konstitutives Element des Staates“ zu sein. Dieses Zitat stammt von Klaus Naumann (dem damaligen Generalinspekteur der Bundeswehr), aus dem Beitrag Standortbestimmung. Ansprache auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 5. Oktober 1993 in Mainz, in: BMVg (Hg.) Informationen zur Sicherheitspolitik, Oktober 1993, S. 31.

¹³³ Mutz, a.a.O., S. 225. Zur Problematisierung des Diskurses über die gewachsene außenpolitische „Verantwortung“ vgl. auch Michael Kreile, Verantwortung und Interesse in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B5/96 (26. Januar 1996), S. 3-11.

¹³⁴ Mutz, a.a.O., S. 228.

¹³⁵ Jürgen Habermas, Vergangenheit als Zukunft. Das alte Deutschland im neuen Europa? Ein Gespräch mit Michael Haller, München (R. Piper) 1993, S. 193.

4.2.3. Immer noch „Zivilmacht“

Im Unterschied zu den beiden vorangehenden Positionen, die (lobend oder kritisierend) ihre Kontinuitätslinien dort anknüpfen, wo die Realisten ansetzen würden, zeichnen die Vertreter einer dritten Sichtweise eine Kontinuitätslinie von jenen außenpolitischen Eigenschaften der Bonner Republik in die Gegenwart, die gemeinhin als Wesensmerkmale der „Erfolgsgeschichte“ bundesdeutscher Außenpolitik beschrieben werden. Die Berliner Republik erscheint hier nicht als „Großmacht“ und schon gar nicht als „Militärmacht“, sondern als hochmoderne „Zivilmacht“, die die besten nicht-militärischen Traditionen deutscher Außenpolitik trotz gewisser „pragmatischer“ Anpassungen an eine veränderte Lage fortführt.

Da ist zum einen die Beschreibung der Zivilmacht „Berliner Republik“ von Karl-Rudolf Korte, die unmittelbar nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 entstanden ist. Für Korte strahlte die neue Republik eine „unbefangene und gelassene“ „Normalität“ aus, ein neues „Selbstbewußtsein“ im „Stil der neuen Sachlichkeit“. Ein „Stilwechsel“ sei nachvollziehbar, hin zu „dosierter Erinnerungsarbeit bei gleichzeitiger lockerer Unbefangenheit“, eine „neue Rhetorik“, allerdings „bei gleichbleibenden Interessen“. Das herausragende Merkmal der neuen wie der alten Bundesrepublik sei am besten als „aktive Anpassung interpretierbar“. „Wandel“ sei zwar auch festzustellen, aber er habe „noch keine Formen“, nur „ein Richtungsetiktet: Die konstruktiv-gelassene Normalität einer unbefangenen Nation“, die das Gute und Zivile der Bonner Republik durch die Wechseljahre hindurch bewahrt und sich im wesentlichen auf „einen aktiven, gestaltend-steuernden Nachvollzug der internationalen Lage“ beschränkt.¹³⁷

Hanns Maull, der den Begriff der Zivilmacht zwar nicht erfunden, aber für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und Japan geprägt hat, beschreibt diese Veränderungen etwas anders. Mit dem Vorteil (oder auch Nachteil) des Beobachters der Nach-Kosovo-Zeit nimmt er eine „wichtige Evolution“ in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik wahr, behauptet jedoch auch, daß Deutschland nach wie vor als eine internationale Macht beschrieben werde könne, die „closely approximates the civilian power ideal“.¹³⁸ Wie nur wenige andere wissenschaftliche Beobachter hat sich Maull in den vergangenen zehn Jahren mit der Entwicklung deutscher Außenpolitik beschäftigt und dabei auch zahlreiche größere Publikations- und Forschungsprojekte durchgeführt.¹³⁹ Seine zentrale These, daß auch die vereinigte Bundesrepublik Deutschland einen neuen Typus von Macht darstelle, hat sich dabei zwar weiterentwickelt, im Kern aber nicht verändert. „Zivilmacht“, so schrieb Maull Anfang der 1990er Jahre, sei eine „bestimmte Form der Einflußnahme auf den Gang der internationalen Beziehungen mit den Zielsetzungen der Zähmung organisierter sozialer Gewaltanwendung, der Verrechtlichung der sozialen Beziehungen, der Entwicklung partizipatorischer Formen der Entscheidungsbildung, der Kanalisierung der Konfliktaustragung und schließlich der sozialen Gerechtigkeit.“ Eine Zivilmacht als Akteur würde, so Maull damals weiter, „primär auf

¹³⁶ Dies und alle vorangehenden Zitate aus Mutz, Auf schiefer Bahn, a.a.O..

¹³⁷ Alle Zitate entstammen dem nach dem Regierungswechsel vom Herbst 1998 entstandenen Beitrag von Karl-Rudolf Korte, Unbefangen und gelassen. Über die außenpolitische Normalität der Berliner Republik, in: Internationale Politik, Nr. 12/1998 (Dezember), S. 3-12, hier S. 3, 6, 8, 9, 11.

¹³⁸ Vgl. Hanns W. Maull, Germany and the Use of Force: Still a „Civilian Power“? in: Survival, 42. Jg., Nr. 2 (Summer 2000), S. 56.

¹³⁹ Zu diesen anderen Experten, die sich in den letzten Jahren zumeist in größeren Forschungsprojekten intensiv mit deutscher Außenpolitik nach der Vereinigung befaßt haben, zählen in Deutschland unter anderen Christian Hacke, Karl Kaiser, Volker Rittberger und Michael Staack.

nichtmilitärische Instrumente zur Durchsetzung ihrer Ziele (setzen). Sie muß jedoch auch in der Lage sein, sich gegen militärische Gewaltanwendung wirksam zu schützen und Prinzipien notfalls auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen.“¹⁴⁰ Drei Definitionsmerkmale zeichneten Zivilmächte demnach aus: (1) ein politischer Wille, aktiv an der Mitgestaltung der internationalen Beziehungen teilzunehmen, ohne dabei allerdings einen exklusiven Führungsanspruch zu erheben; (2) eine erklärte Bereitschaft zum Verzicht auf nationalstaatliche Handlungsautonomie, die ihrerseits in drei Verhaltensmustern zum Ausdruck kam: (a) der Bereitschaft zum Souveränitätsverzicht im Rahmen supranationaler institutioneller Strukturen; (b) der Bereitschaft zu multilateraler Politikkoordination in Bereichen, in denen supranationale Institutionen (noch) nicht verfügbar sind; und (c) im Bemühen um kollektive Legitimierung eines militärischen Gewalteinsatzes; (3) die Bereitschaft, das eigene Verhalten internationalen Normen zu unterwerfen, auch wenn kurzfristige Eigeninteressen dem entgegenstehen.

Gemessen an diesen Kriterien war die alte Bundesrepublik nur in Teilen eine Zivilmacht. Das zweite und das dritte Kriterium – also die Bereitschaft zum Verzicht auf nationalstaatliche Handlungsautonomie sowie die Bereitschaft, das eigene Verhalten internationalen Normen zu unterwerfen – erfüllte sie zwar, der politische Wille und die Möglichkeiten, aktiv an der Mitgestaltung der internationalen Beziehungen teilzunehmen, fehlten allerdings weitgehend. Letzteres hat sich in den vergangenen zehn Jahren verändert – als Folge von „Herausforderungen“ bzw. „neuen Anforderungen“ von innerhalb wie auch außerhalb Deutschlands.¹⁴¹ Vor allem in der „Kosovo Krise“ sei, so Maull, deutlich geworden, daß Deutschland „zwei kritische Marksteine“ überschritten hatte, die bislang für die bundesrepublikanische Zivilmachtrolle kennzeichnend waren: (1) die Teilnahme der Bundeswehr an den NATO-Luftangriffen sowie (2) die Teilnahme an diesen militärischen Operationen trotz fehlenden Mandates der Vereinten Nationen.¹⁴² Vor allem letzteres stelle eine „bedeutsame Abkehr vom Idealtypus der Zivilmacht dar“. Aber wie alle anderen Abweichungen könne „auch diese erklärt werden, ohne eine grundlegende Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik unterstellen zu müssen.“¹⁴³ Kurzum: Die „besondere außenpolitische Identität [der Deutschen, G.H.], die in der Unterstützung des Multilateralismus, der Institutionalisierung und der supranationalen Integration ihren Ausdruck fand und die darauf abzielte, den Einsatz von Gewalt in den internationalen Beziehungen durch nationale und internationale Normen einzudämmen [...] dauert an [„survived beyond unification“]“. ¹⁴⁴ Was es an Veränderungen gegeben hat, ist „evolutionärer“ nicht „revolutionärer“ Art.

¹⁴⁰ Hanns. W. Maull, *Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik*, in: *Europa Archiv*, 47. Jg., Folge 10 (25. Mai 1992), S. 269-278, hier S. 271 und 273; vgl. ferner ders., *Germany and Japan: The New Civilian Powers*, in: *Foreign Affairs*, 69. Jg., Nr. 5 (Winter 1990/91), S. 91-106, dort zu den Definitionsmerkmalen vor allem S. 92, 93, 102, 103; sowie ders., *Zivilmacht Bundesrepublik? Das neue Deutschland in der internationalen Politik. Ein Gespräch mit Hanns W. Maull*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 38. Jg., Nr. 8 (August 1993), S. 934-948.

¹⁴¹ Maull, *Germany and the Use of Force*, a.a.O., S. 56.

¹⁴² Maull, a.a.O., S. 59f.

¹⁴³ Maull, a.a.O., S. 72.

¹⁴⁴ In einer Fußnote verweist Maull an dieser Stelle darauf, daß diese Einschätzung auch das Ergebnis eines größeren Forschungsprojektes von Volker Rittberger sei („a comparative evaluation [...] which essentially confirms the superior explanatory power of the ‘civilian power’ theorem“, Maull, a.a.O., S. 78, Anm. 1). Da die Ergebnisse des Projektes, das Anfang diesen Jahres abgeschlossen wurde, noch nicht veröffentlicht sind, kann hier nicht im Detail darauf eingegangen werden. Aufgrund der Veröffentlichung von Teilergebnissen (Maull stützt sich auf Volker Rittberger, *Deutschlands Außenpolitik nach der Vereinigung. Zur Anwendbarkeit theoretischer Modelle der Außenpolitik: Machtstaat, Handelsstaat oder Zivilstaat*, in: Wolfgang Bergem, Volker Ronge,

„The evolution of German policies regarding the use of force since 1990 has represented a security-policy reorientation *within* Germany’s traditional post-war foreign-policy identity as a civilian power. [...] The old ‘culture of restraint’ nevertheless continued to cast its shadow over Germany during the (Kosovo) crisis. First, the combat contribution of the Bundeswehr was confined to a handful of reconnaissance and ECR-Tornados, and the government firmly ruled out any deployment of ground troops. Second, throughout the crisis Berlin put particular emphasis on humanitarian assistance [...]. Third, Berlin pushed for a political solution to the conflict early on (with the Fischer Plan, which became the basis for the joint position of the G8), and it played an important role in bringing Russia and the Security Council back into the picture. Upon closer inspection, the presumed ‘normalisation’ of Germany’s security policy thus resembles anything but a reversion to traditional Great Power behavior. It does, however, close the post-Cold War security-policy gap which had opened between Germany and its principal NATO allies with the 1991 Gulf War.“¹⁴⁵

Vor diesem Hintergrund gibt es auch im Blick auf die Zukunft keinerlei Grund für Besorgnis: „Germany will continue to be guided by its old principles, and it will continue to try to reconcile them as much as possible with the new exigencies of a radically different security environment. A direct challenge to the civilian-power role concept is therefore unlikely in the foreseeable future.“¹⁴⁶

Georg Weißno (Hg.), *Friedenspolitik in und für Europa*, Opladen (Leske und Budrich) 1999, S. 83.108) läßt sich aber folgendes sagen. Die Projekte von Rittberger und Maull unterscheiden sich u.a. darin, daß die Bedeutung und Funktion bestimmter theoretischer Kenntnisse und Konzepte im Hinblick auf die Analyse deutscher Außenpolitik nach 1990 unterschiedlich gewichtet wird. Während in Hanns Maulls Arbeiten Trennlinien zwischen Beschreibung und Erklärung weniger streng gezogen werden, ist das Projekt von Volker Rittberger explizit dem Wissenschafts- und Theorieverständnis verpflichtet, wie es prominent von Gary King, Robert Keohane und Sidney Verba vertreten wird (vgl. King, Keohane, Verba, *Designing Social Inquiry*, a.a.O.) Diesem Verständnis zufolge ist, wie bereits oben diskutiert, Beschreibung im Verhältnis zu Erklärung sowohl weniger problematisch wie auch weniger interessant. Rittberger und seine Mitarbeiter sind daher auch sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, bestimmte Facetten deutscher Außenpolitik „essayistisch“ zu beschreiben. Ihr eigenes Anliegen besteht im Kontrast dazu primär darin, die „empirische Analyse“ deutscher Außenpolitik voranzubringen, d.h. konkret, den Erklärungswert verfügbarer oder zu rekonstruierender Theorien der internationalen Beziehungen bzw. der Außenpolitikanalyse zu überprüfen. Das sehr umfangreiche Projekt hat zu diesem Zweck einige prominente Theorien getestet und dabei festgestellt, daß die Erklärungskraft jener Theorie am größten ist, die in den Internationalen Beziehungen zumeist unter dem Namen „Konstruktivismus“ diskutiert wird. In zahlreichen Fallstudien hat sich demgegenüber die Erklärungskraft dreier Konkurrenten (traditioneller Neorealismus, modifizierter Neorealismus und utilitaristischer Liberalismus) als weit weniger überzeugend herausgestellt. Insofern ist Maulls Einschätzung sicherlich gerechtfertigt, daß normbasierte Erklärungen für die Entwicklung deutscher Außenpolitik seit 1990 auch im Tübinger Projekt am besten abschneiden. Aufgrund früherer Arbeiten von Volker Rittberger kann man allerdings davon ausgehen, daß er zögern würde, „die“ Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland auf einen einzigen (beschreibenden) Begriff zu bringen, bzw. ein Konzept wie das der „Zivilmacht“ ins Zentrum seiner theoretischen Analyse zu stellen; vgl. u.a. Kapitel 10 (Volker Rittberger und Wolfgang Wagner, „German Foreign Policy Since Unification – Theories Meet Reality“) in: Volker Rittberger, Hg., *German Foreign Policy Since Unification*, zur Veröffentlichung vorgesehen bei Manchester University Press).

¹⁴⁵ Maull, a.a.O., S. 76. Die Unterscheidung zwischen „Evolution“ und „Revolution“ findet sich S. 61.

¹⁴⁶ Maull, a.a.O., S. 77. Als weitere längere Arbeit, die vor dem Hintergrund der vorgeschlagenen Dreiertypologie eher mit der Sichtweise Maulls übereinstimmt vgl. Michael Staack, *Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System*, Paderborn (Schöningh) 2000.

5. Zwischenbilanz II: Groß, zivil und mächtig wie wenige andere. Die neuen „machtpolitischen Realitäten“ mit einer deutschen Großmacht

„Military power no longer brings political control, but then it never did. Conquering and governing are different processes. Yet public officials and students alike conclude from the old-age difficulty of using force effectively that force is now obsolescent and that international structures can no longer be defined by the distribution of capabilities across states. How can one account for the confusion? In two ways. The first (...) is that the usefulness of force is mistakenly identified with its use. (...) The second source of confusion about power is found in its odd definition. We are misled by the pragmatically formed and technologically influenced American definition of power – a definition that equates power with control. Power is then measured by the ability to get people to do what one wants them to do when otherwise they would not do it. That definition may serve for some purposes, but it ill fits the requirements of politics. To define „power“ as „cause“ confuses process with outcome. To identify power with control is to assert that only power is needed in order to get one’s way. That is obviously false, else what would there be for political and military strategists to do? To use power is to apply one’s capabilities in an attempt to change someone else’s behavior in certain ways. Whether A, in applying its capabilities, gains the wanted compliance of B depends on A’s capabilities and strategy, on B’s capabilities and counterstrategy, and on all of these factors as they are affected by the situation at hand. Power is one cause among others, from which it cannot be isolated. The common relational definition of power omits consideration of how acts and relations are affected by the structure of action. To measure power by compliance rules unintended effects out of consideration, and that takes much of the politics out of politics. (...) What, then, can be substituted for the practically and logically untenable definition? I offer the old and simple notion that an agent is powerful to the extent that he affects others more than they affect him. The weak understand this; the strong may not.“

Kenneth Waltz¹⁴⁷

„Das Schwergewicht der machtpolitischen Realitäten dominiert das internationale Mächtesystem mehr als die subjektiven Zufälligkeiten, und diese machtpolitischen Realitäten sind in ihren institutionellen Formen und in den ‚Figuren‘ der internationalen Machtverteilung in einem hohen Maße von subjektiven Motiven und Ideologien unabhängig.“

Joschka Fischer¹⁴⁸

Die drei Typen prominenter Beschreibungen eines gar nicht so anderen Deutschland im vorangehenden Kapitel weisen im Vergleich untereinander beträchtliche Spannungen auf. Hinter allen stehen Experten deutscher Außenpolitik, die in ihren jeweiligen „wissenschaftlichen Gemeinschaften“ ein beträchtliches Renommee genießen. Die Widersprüche oder Spannungen, die sich im Vergleich dieser Beschreibungen untereinander ergeben, deuten aber auch darauf hin, daß nicht alle zugleich zutreffend sein können. Diese Tatsache verweist darauf, daß grundlegenden „Weltbildern“ eine entscheidende Rolle zukommt, wenn es darum geht, „machtpolitische Realitäten“¹⁴⁹ zu beschreiben.¹⁵⁰ Nach meiner Auffassung spricht viel

¹⁴⁷ Kenneth N. Waltz, *Theory of International Politics*, Reading, Massachusetts: Addison-Wesley Publishing Company 1979, S. 191-192.

¹⁴⁸ Fischer, a.a.O., S. 186.

¹⁴⁹ Fischer, *Risiko Deutschland* a.a.O., S. 186.

dafür, daß alle drei Sichtweisen treffend und verzerrend zugleich sind. Sie kehren für sich genommen jeweils wichtige Aspekte neuer deutscher Außenpolitik hervor, sind zugleich aber auch deshalb verkürzend, weil sie einzelne Aspekte überzeichnen und dabei auch Gegensätze konstruieren, die es so nicht notwendigerweise geben muß.

Wenn man diese vermeintlichen Gegensätze auflöst, so meine Argumentation in den nachfolgenden Abschnitten, dann läßt sich ein vielschichtigeres Bild deutscher Außenpolitik zeichnen, das den neuen „machtpolitischen Realitäten“ in Deutschland, Europa und der Welt eher entspricht. Dieser alternativen Sichtweise zufolge ist Deutschland heute zweifelsohne wieder eine Großmacht, die ihr Verhältnis zum Einsatz militärischer Gewalt im Mutz'schen Sinne normalisiert wie auch entnormalisiert hat. Strenge normative Vorgaben, die gegen den Einsatz militärischer Gewalt stehen, haben nicht mehr dieselbe Wirkung wie noch vor zwei oder gar zehn Jahren. Darin sind sich sogar Mutz und Maull einig. In diesem Sinne hat auch eine „Normalisierung“ deutscher Außenpolitik stattgefunden, die man zurecht als Resozialisierung im Sinne einer *normalen Großmacht* beschreiben könnte. Die neue Großmachtnormalität Deutschlands drückt sich allerdings nicht so sehr darin aus, daß es neben Schecks (wie zur Zeit des Golfkrieges) nun auch Soldaten schickt (wie im Kosovo-Krieg), sondern immer mehr darin, daß es, wie die Verbündeten und Partner derselben Gewichtsklasse auch, ein beträchtliches Maß an Eigenständigkeit demonstriert, d.h. daß es immer stärker geneigt ist, weder das eine noch das andere zu tun, sondern selbstbewußt seine „nationalen Interessen“ gegen den Rest der Welt zu verfolgen. Dies ist zwar in vielerlei Hinsicht die alte Normalität einer Großmacht, die unter den Bedingungen eines ausgehenden 20. Jahrhunderts, in dem die neue Lust am Regieren diesseits des Nationalstaates vielen anachronistisch vorkommt, recht merkwürdig anmutet.¹⁵¹ Teil dieser Normalität ist es aber auch, daß sie ganz offensichtlich Elemente des Zivilen aufgehoben hat – und auch dies wie vergleichbare demokratische Großmächte des Westens auch. „Normalisierung“ bedeutet daher nicht nur, daß im außenpolitischen Diskurs Deutschlands ein neues Verständnis der Geltung ziviler Normen zu beobachten ist. Es bedeutet auch, daß der Mythos der Differenz zwischen einer deutschen Zivilmacht auf der einen Seite und anderen großen westlichen Demokratien (wie Frankreich oder Großbritannien), die typologisch eher zum „Machtstaatenlager“ gerechnet wurden, mittlerweile zerstört worden ist. Man mag diese Art der „Normalisierung“ begrüßen oder verdammen, sie zu leugnen wäre aber töricht. Im folgenden werde ich vor diesem Hintergrund meine eigene Zwischenbilanz nach zehn Jahren neuer deutscher Außenpolitik ziehen.

5.1. Diskursive Verschiebungen und machtpolitische Veränderungen

Für die meisten Beobachter waren die Veränderungen der außenpolitischen Rahmenbedingungen an der Wende der 1990er Jahre sehr weitreichend. Mit der Vereinigung hatten sich die „machtpolitischen Realitäten“ zugunsten Deutschlands verschoben. Das vereinigte Deutschland hatte wie auf einen Schlag an „Gewicht“ zugenommen, frühere (selbstgewählte

¹⁵⁰ Zur Bedeutung solcher „Weltbilder“ (im Wittgenstein'schen Sinne) für die Herausbildung wissenschaftlicher Weltbilder der neuen internationalen Beziehungen vgl. Gunther Hellmann, *Das Wasser, der Fluß und sein Bett. Weltbilder der neuen (i)nternationalen Beziehungen* (Rezensionsessay zu Werner Link, *Die Neuordnung der Weltpolitik, Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, München: Verlag C.H. Beck 1998 und Michael Zürn, *Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt: Suhrkamp Verlag 1998), in: *Neue Politische Literatur*, 45. Jg., Nr. 1 (2000), S. 23-37.

¹⁵¹ Vgl. hierzu Michael Zürn, *Regieren jenseits des Nationalstaates*, Frankfurt: Suhrkamp 1998. Wie sehr dieses Bild allerdings dem klassischen realistischen Bild entspreche, zeigt die Analyse von Werner Link, *Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, München: C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1998.

und fremdbestimmte) politische Abhängigkeiten abgeworfen und zugleich ein sichereres Umfeld gewonnen. In der Wahrnehmung der Deutschen selbst waren diese Veränderungen allerdings weit weniger dramatisch. Zumindest ergab sich daraus, wie zahlreiche Äußerungen deutscher Politiker Anfang der 1990er Jahre zeigen, kein Anlaß, grundlegende Veränderungen in der deutschen Außenpolitik vorzunehmen. „Wahrnehmungen“ und „machtpolitische Realitäten“ werden sich früher oder später allerdings angleichen müssen, wie Joschka Fischer meint – und zumeist folgen erstere letzteren. Und in der Tat, auf dem Weg von der Bonner zur Berliner Republik ist es zu merklichen Verschiebungen in den Selbst- und Fremdwahrnehmungen der Deutschen und in der Folge eben auch – trotz der rituellen Rhetorik der außenpolitischen Kontinuität – zu Verschiebungen in den außenpolitischen Orientierungen gekommen. Wie lassen sich diese Veränderungen beschreiben und welche Folgen wird dies für die Zukunft der deutschen Außenpolitik in einigen zentralen Bereichen haben?

Die Ausgangssituation in den Jahren 1990/91 hat die Deutschen sicherlich in vielerlei Hinsicht unvorbereitet getroffen. Unter diesen Bedingungen lag es nahe, auf alte Erfolgsrezepte zurückzugreifen und die neue (damals noch nicht „Berliner Republik“ genannte) Bundesrepublik gänzlich in die Tradition der vergangenen 40 Jahre zu stellen. Wie der Schock des Golfkrieges 1990/91 zeigte, funktionierten die alten Rezepte allerdings nur noch in eingeschränktem Maße, weil sich die Anforderungen an die deutsche Regierung von außen wie auch von innen zunehmend änderten.

5.1.1. „Partner in der Führung“ und „natürlicher Anwalt“

Die Erwartungen an die Deutschen aus Ost und West stiegen nicht nur gewaltig an, sondern sie unterschieden sich auch zunehmend von dem, was gewichtige andere Akteure früher erwartet hatten. Zudem deuteten sie verstärkt in ganz unterschiedliche Richtungen.

Für die USA, die die Bundesrepublik bereits 1989 zu einem „partner in leadership“ erklärt hatten, war mit dem Ende des Ost-West-Konflikts zwar die Bedeutung Europas insgesamt zurückgegangen, die Bedeutung Deutschlands im neuen Europa allerdings tendenziell gestiegen. Daß Deutschland ein verlässlicher Verbündeter der USA bleiben würde, schien damals zumindest mittelfristig sicher und war für die Zukunft der NATO auch von entscheidender Bedeutung. Dies allein reichte allerdings aus amerikanischer Sicht nicht mehr aus, denn da sich die Aufgabenstellung der NATO ändern mußte („out of area or out of business“) und dies ohne die Deutschen weder möglich noch wünschenswert schien, mußten sich die Deutschen aus ihrer früheren – teils selbstgewählten, teils von den Verbündeten auferlegten – militärischen „Zurückhaltung“ lösen. Der Golfkrieg 1990/91 war in dieser Hinsicht für die Deutschen ein Vorbote der zukünftigen Entwicklungen und Erwartungen, was den meisten deutschen Entscheidungsträgern eher Unbehagen bereitete.

Für Frankreich (wie auch einige andere westeuropäische Nachbarstaaten) war bereits im Jahr der Vereinigung klar, daß dieses neue Deutschland umso stärker in Europa eingebunden werden mußte. Insofern war der Fall der Mauer in gewisser Weise auch die Geburtsstunde des Vertrags von Maastricht. Jenseits des Projekts einer gemeinsamen europäischen Währung waren die französischen Ambitionen für die Deutschen aber ambivalent, denn für die weitergehenden Anliegen der Deutschen war Frankreich weniger zu begeistern: weder die Vorstellung eines „Kerneuropa“ als fester Anker einer dann auch nach Mittel- und Osteuropa ausdehnenden Europäischen Union,¹⁵² noch die Vorstellung eines Ausbaus der demokratischen Legitimation der Europäischen Union fanden größere Unterstützung in Frankreich. Französi-

¹⁵² Vgl. das sogenannte „Schäuble-Lamers Papier“: CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Überlegungen zur Europäischen Politik, Bonn, 1. September 1994.

schen Präferenzen zu folgen hätte aus deutscher Sicht zum damaligen Zeitpunkt bedeutet, daß man die Europäische Union auf das Konzept einer demokratisch halbierten „Westunion oder Südwestunion“ beschränkt, mit dem sich die Bundesrepublik, wie der frühere Außenminister Kinkel 1994 formulierte, „nie identifiziert“ hatte, da aus deutscher Sicht insbesondere die Erweiterung „einen wesentlichen Schritt“ auf dem Weg darstellte, „die Balance in Europa wiederherzustellen“.¹⁵³ Aus diesem Grunde sahen (und sehen) es einige Beobachter als un- ausweichlich an, daß „wir uns mit Frankreich auf begrenzte Konflikte einlassen“ müssen.¹⁵⁴

Im Unterschied zu Frankreich und den südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten war diese Erweiterung auch das zentrale Anliegen der mittelosteuropäischen Nachbarn Deutschlands und der baltischen Staaten. Sie sahen in Deutschland ihren wichtigsten „Anwalt“¹⁵⁵ und drängten darauf, daß sich die Deutschen in den westlichen Institutionen EU und NATO für ihre Interessen – vor allem im Hinblick auf ihre Einbeziehung in diese Institutionen – einsetzten. Diese Anwaltsrolle konfligierte aber nicht nur mit dem französischen Anliegen einer „westunionsver- träglichen“ (d.h. langsamen) Erweiterung der EU, sondern sie konfligierte auch mit der Erwartungshaltung Rußlands, das seinerseits die Deutschen als Anwalt für eine „rußlandverträgli- che“ EU-Erweiterungsstrategie und (vor allem) eine Einbeziehung in westliche Entsch- eidungsstrukturen im Rahmen der NATO reklamierte.¹⁵⁶

Schon dieser kurze Blick zeigt, daß diese divergierenden, häufig auch konfligierenden Erwar- tungen nur schwer miteinander vereinbar waren. Zwar versuchte die deutsche Politik unter der Regierung Kohl diese Spannungen mithilfe des alten Erfolgsrezeptes des „sowohl-als-auch“ aufzufangen,¹⁵⁷ aber da für die Exekutive der Zwang zum Ausgleich dieser unterschiedlichen Erwartungen nicht mehr so stark war wie in vorangehenden Jahrzehnten und sich vor allem in der Europapolitik innenpolitische Akteure (wie die Länder im Rahmen der Grundgesetzände- rung zur Mitbestimmung in Fragen der europäischen Integration) ein gewichtigeres außenpo- litisches Mitspracherecht erstritten hatten und zudem eine neue Generation im Laufe der 1990er Jahre in die Entscheidungszentren der Macht aufrückte, funktionierten die alten inter- nen Ausgleichsmechanismen weit weniger als früher.

¹⁵³ Regierungserklärung vom 10. März 1994, zit. nach Das Parlament, Nr. 11 vom 18. März 1994, S. 2. Diese Äußerungen Kinkels waren damals Anlaß für einige kritische Anmerkungen des französischen Botschafters, François Scheer, der öffentlich davor warnte, daß „die nationale Komponente“ im deutsch-französi- schen Verhältnis wieder Überhand gewinnen könnte, eine Äußerung, die anschließend zu einem diplomatischen Eklat führte, vgl. hierzu Claus Gennrich, In Paris regt sich leises Mißtrauen gegen den größeren deutschen Nachbarn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. März 1994, S. 1-2 sowie Joachim Schildt, Bonn, Paris und die wachsende Gemeinschaft, in: Frankfurter Rundschau vom 17. November 1994, S. 14.

¹⁵⁴ Arnulf Baring, „Wir sind eine geborene Mittelmacht“, in: Civis mit Sonde, Heft 1 (1996), S. 57.

¹⁵⁵ Als „natürlicher Anwalt“ ihrer Interessen wurde Deutschland von zahlreichen mittelosteuropäischen Staaten reklamiert, vgl. etwa Krzysztof Skubiszewski, Deutschland: Anwalt Mitteleuropas. Eine polnische Sicht der deutschen Europa-Politik, in: Internationale Politik, 52. Jg., Nr. 2 (Februar 1997), S. 29-33.

¹⁵⁶ Vgl. Andrei Zagorski, Rußlands Erwartungen an Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B1-2/97 (3. Januar 1997), S. 46-53, vor allem S. 51-52.

¹⁵⁷ Zur Kunst des „Sowohl-als-auch“ vgl. Hellmann, Jenseits von „Normalisierung“ und „Militarisierung“, a.a.O., S. 29-31.

5.1.2. Der Generationswechsel zur gnadenarmen 68er Generation

Daß parallel zu den Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen im Laufe der 1990er eine neue Generation an die Schalthebel der Macht vorgerückt ist, ist zwar keine Folge der machtpolitischen Verschiebungen im internationalen System, ist aber in ihren Konsequenzen nicht weniger bedeutsam. In den Worten Gerhard Schröders stellte der Machtwechsel „auch ein[en] Generationswechsel im Leben unserer Nation“ dar – hin zu einer Generation, die sich „mit der ‘Gnade’ einer ‘späten Geburt‘“ nicht „herausreden“ wollte – was ohnehin „niemand“ könne, wie Schröder in einem Seitenhieb auf seinen Vorgänger festhielt.¹⁵⁸ Wenn man ein Merkmal herausgreifen sollte, das diese neue gnadenarme (aber nicht unbegnadete) Generation von der vorangehenden unterscheidet, dann ist es dies, daß hier ein neues Selbstbewußtsein sichtbar wird, das sich deutlich abhebt von der wesentlich durch die Verarbeitung der Nazi-Zeit geprägten Generation der „Befangenen“.

Bereits in den letzten beiden Regierungen Kohl nahmen mit Klaus Kinkel und Volker Rühle Vertreter der Nachkriegsgeneration wichtige außenpolitische Funktionen ein. Beide standen aber nicht nur in hohem Maße in der Tradition der Bonner Republik, sondern außenpolitisch auch im Schatten des Kanzlers selbst. Der Regierungswechsel im Herbst 1998 stellte insofern in der Tat einen „Generationswechsel im Leben unserer Nation“ dar. Die neuen Traditionslinien, an die diese Generation anknüpfen will, liegen einerseits in der „Tradition von Bürgersinn und Zivilcourage“.¹⁵⁹ Andererseits ist es aber auch – in den Worten Gerhard Schröders – eine Generation, die „ohne Schuldkomplexe herumlaufen“ will, die das deutsche Volk „schon lange“ für ein „normales Volk“ hält und die sich – zumindest was den Bundeskanzler selbst angeht – „da mittendrin“ sieht. Aus der Sicht dieser neuen Generation überwog bei der vorangehenden die „Befangtheit“: „Die Generation vor meiner hat gesagt: Wir sind (Europäer), weil das die richtige Antwort auf die deutsche Geschichte ist. (...) Jetzt muß hinzukommen, daß wir sagen: Die Deutschen sind nicht nur Europäer, weil sie es sein müssen, sondern mindestens auch, weil sie wollen und es dazu gar keine Alternative gibt.“ Aus Schröders Sicht besteht der Fortschritt, der mit seiner Generation einhergeht, daher darin, daß die Deutschen nun „unbefangener die eigenen Interessen vertreten“ können.¹⁶⁰

Diese Veränderungen sind allerdings nicht auf die Regierung alleine beschränkt, denn zwischen Schröder und einigen seiner wichtigsten Gegenspieler aus der Opposition von CDU/CSU gibt es keinen wesentlichen Unterschied. Wie für Schröder ist auch für Edmund Stoiber oder Roland Koch, den bayerischen bzw. hessischen Ministerpräsidenten, die Zeit der europäischen Visionen vorbei. Europa müsse „aus der Welt der Träume“ herausgenommen und „zur Welt der Realität hingeführt“ werden, sagt Schröder.¹⁶¹ Die Zeit, in der man glaubte, die „in der europäischen Identität belastete deutsche Identität auffangen zu können (...) ist

¹⁵⁸ „Jede Generation hinterläßt der ihr nachkommenden Hypotheken, und niemand kann sich mit der ‚Gnade‘ einer ‚späten Geburt‘ herausreden“; „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“. Regierungserklärung des Bundeskanzlers, a.a.O., S. 902.

¹⁵⁹ „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“. Regierungserklärung des Bundeskanzlers, a.a.O., S. 902.

¹⁶⁰ „Eine offene Republik“. Gespräch mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, in: Die Zeit, Nr. 6 (4. Februar 1999), S. 33-34; vgl. hierzu auch die Beobachtungen des französischen Schriftstellers Bernard-Henri Lévy, der in einer persönlichen Begegnung mit Schröder „eine unerwartete Heftigkeit“ registrierte, als er Schröder auf zwei damals aktuelle Themen ansprach (die Wehrmachtsausstellung und Daniel Goldhagens Buch) ansprach, die zu den weniger „normalen“ Aspekten Deutschlands gehören; Bernard-Henri Lévy, Ein paar Versuche, in Deutschland spazieren zu gehen (Teil I), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Februar 1999, S. 50.

¹⁶¹ „Europa aus der Welt der Träume in die Realität führen“. Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, in: Süddeutsche Zeitung, 11. Februar 1999, S. 10.

vorbei“, meint etwa Stoiber.¹⁶² Und selbst linke Politiker wie der grüne deutsche Umweltminister Jürgen Trittin, der früher nicht nur den „Anti-Militarismus“, sondern auch den „Internationalismus“ auf seine Fahnen geschrieben hatte, hegen heute keinen allzu großen Enthusiasmus mehr für das europäische Projekt, wenn es darum geht, deutsche (hier: „ökologische“) Interessen durchzusetzen. Der deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping und, mehr noch, der deutsche Außenminister Joschka Fischer sind in dieser Hinsicht wohl die einzigen Ausnahmen. Bei Scharping erscheint der Europaenthusiasmus allerdings deshalb in einem ganz anderen Licht als bei seinen befangenen Vorgängern, die noch eindeutig zur Klasse der „Fluchteuropäer“¹⁶³ gehörten, weil sich bei ihm zwei deutsche Zivilmachtstraditionen (Multilateralismus und europäischer Supranationalismus) mit einer (deutschen und nicht-deutschen) Machtstaatstradition („mehr (militärische) Verantwortung“ gekleidet in den Imperativ der „Europafähigkeit“) verknüpfen. Fischer erscheint vor diesem Generationshintergrund fast wie der letzte „Kohlianer“.

Mit dem Korrespondenten des britischen Economist kann man daher einen entscheidenden Wandel der deutschen Politik darin sehen, daß Deutschland seit dem Herbst 1998 „erstmal von Politikern regiert wird, die ihren Landsleuten trauen“.¹⁶⁴ Für die Nachbarn wird dieses neue Selbst-Vertrauen wohl in Zukunft in zunehmendem Maße darin zum Ausdruck kommen, daß diese neue (und vor allem jede nachfolgende) Generation weit weniger als früher bereit sein wird, aus Rücksicht auf die deutsche Vergangenheit gegenwärtigen Konflikten aus dem Wege zu gehen oder Zugeständnisse zu machen. Eine wichtige Frage ist insofern, inwieweit die Interessen der Deutschen und ihrer Nachbarn, Verbündeten und Partner übereinstimmen, kompatibel sind oder konfliktieren – bzw. von den Deutschen als übereinstimmend, kompatibel oder konfliktierend konstruiert werden. Auf diese Frage werde ich später zurückkommen.

5.1.3. *Zivile Werte + normale Identität + nationale Interessen = Real(o)politik*

Die seit Anfang der 1990er Jahre geführte Debatte über Deutschlands nationale Interessen ist der klarste Ausdruck dieses Generationswechsels. Zwei Ebenen sind in diesem Zusammenhang zu unterscheiden: zum einen der sich verändernde Diskurs über Deutschlands Identität, zum anderen die Frage, was dies für die Formulierung deutscher Interessen bedeute.

Auf einer sehr grundsätzlichen Ebene ging und geht es um die Identität des vereinigten Deutschland. Weit stärker als dies vor 1990 der Fall war, haben seit der Vereinigung die Stimmen derjenigen an Gewicht gewonnen, die für eine „Normalisierung“ deutscher Außenpolitik plädieren. Dieses Plädoyer bezieht sich vor allem auf das Grundverständnis der Republik, und es schließt heute traditionelle Vertreter der Rechten ebenso ein wie der Linken. Die Rhetorik, die eine sich selbst „Normalisierungsnationalisten“ nennende Gruppe in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zur Beschreibung einer notwendigen spirituellen Erneuerung „deutschen Selbstbewußtseins“ anwandte,¹⁶⁵ wurde damals noch scharf kritisiert, ist mittlerweile

¹⁶² Interview mit Edmund Stoiber, in: Süddeutsche Zeitung, 2. November 1993, S. 14.

¹⁶³ Der Begriff stammt von Joschka Fischer, vgl. Gespräch in der Zeitung „Die Zeit“ zusammen mit Chevenement a.a.O.. Er spielt an auf das europapolitische Konzept einer „fuite en avant“ (oder „Flucht nach vorne“), das in der Überzeugung bestand, daß man die Integrationsbande zwischen den Nationalstaaten immer enger schnüren – und insofern in „die Zukunft“ eines immer stärker integrierten Europa „flüchten“ – müsse, damit einen die „Vergangenheit“ nationalstaatlicher Rivalitäten und, damit einhergehend, das Risiko neuer Konflikte nicht mehr „einholen“ könne.

¹⁶⁴ John Grimond, The Berlin Republic. A Survey of Germany, in: The Economist, 6. Februar 1999, S. 21.

¹⁶⁵ Vgl. hierzu Rainer Zitelmann, Karlheinz Weißmann, Michael Grossheim (Hrsg.), Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt/Main: Propyläen 1993 sowie Heimo Schwilke, Ulrich Schacht (Hrsg.), Die selbstbewußte Nation (3. Auflage), Berlin: Ullstein 1995.

aber durch das Schlagwort Gerhard Schröders von der "selbstbewußten, erwachsenen Nation" hoffähig geworden. Stand ursprünglich das „verzerrte“ Bild deutscher Geschichte und die „metaphysische Verklärung“ der Westbindung durch „linksliberale und konservative Intellektuelle“¹⁶⁶ im Mittelpunkt normalisierungsnationalistischer Kritik, so wird heute unter der Stichwort der „Normalität“ zwar weniger die Bindung an den Westen, wohl aber vermehrt das „negative Nationalgefühl“ und die „Machtentwöhnung“ (E. Bahr) der vergangenen fünfzig Jahre kritisiert. Die einen, wie etwa Arnulf Baring, fordern, daß Deutschland „eine aufgeschlossene Grundeinstellung“ zu sich selbst und seiner eigenen, weit über Auschwitz hinausreichenden Geschichte entwickeln und dabei auch bereit sein müsse, an solche geschichtlichen „Mythen“ anzuknüpfen, die es ihm erlauben, heute als Nation „Großes“ zu vollbringen.¹⁶⁷ Für andere, die, wie etwa Egon Bahr, nicht unbedingt im Ruf stehen, zu den konservativen Normalisierern zu gehören, gilt dies aber nicht minder.

„Die Gelegenheit, nach den Extremen des Nationalismus und seines Gegenteils das Gleichgewicht zu finden, könnte für die neue Bundesregierung um so eher nutzbar sein, je selbstverständlicher ihre Repräsentanten unbefangener als ihre Vorgänger in die Zukunft des 21. Jahrhunderts sehen. Nach Machtversessenheit und Machtvergessenheit könnten sie natürliches Machtbewußtsein einer Nation entwickeln, die stolz und ohne Überheblichkeit ihre Interessen vertritt, ihre Grenzen kennt und ihre Möglichkeiten ausschöpft.“¹⁶⁸

Dies würde auch einschließen, daß die Deutschen endlich „die Nerven aufbringen, unvermeidliche Irritationen ob der ungewohnt mündig gewordenen Deutschen durchzustehen“.¹⁶⁹

Formulierungen wie diese wären noch vor zehn Jahren völlig undenkbar gewesen. Sie stehen heute zwar noch nicht unbedingt für eine Mehrheitsmeinung innerhalb der außenpolitischen Elite als Ganzes, sind aber durchaus repräsentativ für ein einflußreiches und parteiübergreifendes Segment des außenpolitischen Diskurses. Äußerungen wie diese deuten jedenfalls auf eine Verschiebung in der Selbstwahrnehmung hin, die sich in weniger drastischer Form auch bei anderen findet. Wo die Repräsentanten der Bonner Republik, wie etwa Helmut Kohl, die „Kultur der Zurückhaltung“ und den „Geist der Bescheidenheit“ in den Vordergrund rücken¹⁷⁰, betonen die Anhänger der neuen deutschen Normalität, daß es „das Natürlichste der Welt“ sei, daß wir uns benehmen wie jeder andere Staat der Welt auch – oder, wie es Gerhard Schröder formulierte: „So wie die anderen das auch machen, steht uns das auch zu“.¹⁷¹ In der Europapolitik sollte dies anfangs durch eine Abkehr von der „Scheckbuchdiplomatie“ Helmut Kohls zum Ausdruck kommen, denn damit habe sich Kohl nur „das Wohlwollen unserer Nachbarn mit Nettozahlungen gleichsam erkaufen“ wollen. Statt dessen wollte Schröder an-

¹⁶⁶ Zitelmann/Weißmann/Grossheim, Westbindung, a.a.O., S. 10.

¹⁶⁷ Vgl. Arnulf Baring, Die Berliner Republik. Erwartungen und Herausforderung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32-33 (6. August 1999), vor allem S. 12-13.

¹⁶⁸ Bahr, Die "Normalisierung" der deutschen Außenpolitik, a.a.O., S. 45.

¹⁶⁹ Bahr, Die "Normalisierung" der deutschen Außenpolitik, a.a.O., S. 46.

¹⁷⁰ Diesen "Geist der Bescheidenheit" stellte Helmut Kohl in seiner ersten großen Rede nach seiner Abwahl an den Anfang von fünf Handlungsmaximen für Deutschland. In einem deutlichen Seitenhieb auf seinen Nachfolger warnte Kohl vor allem davor, "unseren gewachsenen Einfluß, von dem alle wissen, selbstgefällig zur Schau zu stellen!" Die einzige andere Handlungsmaxime mit außenpolitischen Bezügen betraf "die einzigartige Freundschaft mit unserem Nachbarn Frankreich", "eines der kostbarsten Geschenke der Geschichte der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts"; vgl. Helmut Kohl, "Wer in Berlin regiert, muß sich in die Kontinuität des in Bonn Geschaffenen stellen", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Juli 1999, S. 8.

¹⁷¹ Rede des Bundeskanzlers auf der Bundesdelegiertenkonferenz der SPD zur Europawahl 1999 am 8. Dezember 1998 in Saarbrücken, zit. nach: http://www.spd.de/archiv/europa/Eur19981208_896.html.

fänglich die ungleichen Beitragsleistungen der Mitgliedsländer zu Lasten Deutschlands „ganz selbstbewußt und interessengerecht (...) in Ordnung“ bringen.¹⁷² Im Rahmen des Berliner EU-Gipfels ist ihm dies dann zwar nicht gelungen, Aussagen wie diese machten aber deutlich, daß Schröder von seiner Grundeinstellung her weit stärker bereit ist, deutsche Interessen im Sinne Egon Bahrs offensiv – und das heißt auch unter Inkaufnahme von Irritationen bei den Partnern und Verbündeten – zu vertreten.

Die Sehnsucht nach Normalität („so wie die anderen auch“) und selbstbewußter Interessendurchsetzung deckt sich auch mit einem zunehmendem Bedürfnis innerhalb der deutschen Bevölkerung. Zwar hat in den letzten Jahren das Bewußtsein um das „Besondere“ der negativen Aspekte deutscher Geschichte eher noch zugenommen (vgl. Tabellen 1a und 1b im Anhang), zur gleichen Zeit hat sich aber auch das Bedürfnis nach selbstbewußtem Auftreten und der Durchsetzung spezifisch deutscher Interessen deutlich verstärkt. Daß die Deutschen „vor allem (ihre) eigenen Interessen durchsetzen“ und „selbstbewußter“ und „ohne schlechtes Gewissen wegen der deutschen Vergangenheit“ auftreten sollten, findet heute weit mehr Zustimmung als in der Vergangenheit; 40 Prozent bzw. 51 Prozent sind dieser Auffassung, während nur noch 27 Prozent meinen, daß die Deutschen ihre „wirtschaftliche und politische Stärke nicht zu sehr betonen, sondern (sich) in ein gemeinsames Europa einfügen“ sollten (vgl. Tab. 2). Zudem ist – in Umkehrung früherer Umfragedaten – eine Mehrheit der Deutschen mittlerweile der Auffassung, daß Deutschland „eine Führungsrolle in Europa übernehmen muß“, weil „sonst unsere Interessen im Vereinten Europa zu wenig berücksichtigt“ werden (vgl. Tab. 3).¹⁷³ Und obwohl die Deutschen die außenpolitischen Leistungen Helmut Kohls sehr hoch einschätzen, meinten bereits Anfang 1999 – also lange vor der Diskreditierung Kohls durch die Veröffentlichung des Parteispendenskandals – mehr als 80 Prozent, daß sie es „gut“ finden, daß Gerhard Schröder „selbstbewußter in Europa auftritt als Kohl“ (vgl. Tab. 4).

Diese Veränderungen sowohl im Elitendiskurs wie auch in der öffentlichen Meinung markieren als solche keine radikale Abkehr von den außenpolitischen Grundtugenden der Bonner Republik, aber sie signalisieren eine Schwerpunktverlagerung in gewichtigen Grundorientierungen, die sich früher oder später auch in konkreten politischen Entscheidungen widerspiegeln dürften.

Auf einer zweiten, eher pragmatischen Ebene des Diskurses über nationale Interessen sind seit der Vereinigung ebenfalls merkliche Veränderungen festzustellen. Dies ist eine wenig erstaunliche Entwicklung angesichts der Tatsache, daß die Deutschen heute angesichts der oben skizzierten Veränderungen der Rahmenbedingungen wenn nicht stärker, so doch in ganz anderer Weise als früher gefordert sind zu formulieren, was ihre Interessen ausmacht. Die neue Betonung der nationalen Interessen (oder gar „des nationalen Interesses“ im Singular¹⁷⁴) ver-

¹⁷² Vgl. Erklärung der Bundesregierung. Vorschau auf den Europäischen Rat in Wien am 11./12. Dezember 1998 und Ausblick auf die deutsche Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999, abgegeben von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 10.12.1998, in: Bulletin, Nr. 80 (14.12.1998), S. 967.

¹⁷³ Eine ähnliche Umfrage habe ich selbst vor wenigen Wochen in einem Seminar mit ca. 70 Studierenden an der Universität Frankfurt – einer Universität, die früher vor allem für ihre „linke“ Einstellungen bekannt war – durchgeführt; ca. 80% dieser Deutschen, die zwischen 19 und 23 Jahren alt waren, unterstützen die Auffassung, daß Deutschland eine Führungsrolle übernehmen müsse. Diese Daten sind zwar nicht repräsentativ, aber sie decken sich mit anderen Umfragedaten bzw. Beobachtungen und bestätigen die angesprochenen Verschiebungen.

¹⁷⁴ Vgl. Christian Hacke, Nationales Interesse als Handlungsmaxime für die Außenpolitik Deutschlands, in: Karl Kaiser, Joachim Krause (Hrsg.) Deutschlands neue Außenpolitik, Band 3: Interessen und Strategien, München Oldenbourg 1996, S. 3-13.

klärt aber die Vergangenheit, weil sie in Anlehnung an die obskure Unterscheidung zwischen „Interessen“ und „Werten“ unterstellt, daß frühere Bundesregierungen international nur für „Werte“ eingetreten seien – oder, wie der frühere Bundespräsident Roman Herzog 1995 formulierte, „nur internationalen Altruismus im Schilde“¹⁷⁵ führten und nicht auch „nationale Interessen“ verfolgt hätten. Natürlich taten sie dies, wenn auch unter ganz anderen Bedingungen.¹⁷⁶ Trotzdem kritisierten Anfang der 1990er Jahre selbst jene, die (wie etwa Karl Kaiser) die Außenpolitik der Bonner Republik über viele Jahre unterstützend begleiteten, die „relativ passive Einstellung in der Außenpolitik, das Fehlen einer systematischen Beschäftigung mit den eigenen Interessen und die äußerst zurückhaltende Durchsetzung eigener Interessen“. Deutsche Außenpolitik stünde heute, so Kaiser 1994, „vor der Aufgabe, mehr als in der Vergangenheit einen eigenen Standpunkt zu entwickeln, der die Interessen des Landes reflektiert und der in die multilaterale Aktion eingebracht wird.“¹⁷⁷ Damit deutete er an, daß er zwar keine grundsätzliche Neuorientierung für notwendig erachtete, wohl aber eine Änderung des „Stils“, d.h. eine Abkehr von der „Machtvergessenheit“ der Bonner Republik.¹⁷⁸ Das „Insistieren auf Kontinuität“, so assistierte Michael Stürmer damals, reiche nicht mehr aus, die Bundesrepublik müsse, „um ihre Interessen zu wahren, Führung entwickeln“,¹⁷⁹ oder, wie selbst der zurückhaltende deutsche Außenminister nach dem Kosovo-Krieg formulierte, in internationalen Institutionen zwar „nicht lauter, aber wirksamer sprechen“.¹⁸⁰

Auch wenn die neue Betonung der nationalen Interessen per se (noch) keine Abkehr von alten Grundorientierungen bedeutet, so handelt es sich dabei doch auch um eine wichtige und weitreichende Veränderung. Dort wo früher ein fast schon instinktives Bemühen um die Betonung der Übereinstimmung deutscher Interessen mit „europäischen“ oder „transatlantischen“ Inte-

¹⁷⁵ Roman Herzog, Die Globalisierung der deutschen Außenpolitik ist unvermeidlich. Rede des Bundespräsidenten beim Festakt zum 40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 13. März 1995 in Bonn, in: Bulletin, Nr. 20 (15. März 1995), S. 164.

¹⁷⁶ Es lohnt sich in Erinnerung zu rufen, daß vielleicht die Entgegensetzung von „nationalen“ und europäischen Interessen, nicht aber die allgemeine Rede von den „nationalen Interessen“ eine Erfindung der Berliner Republik ist. In einer grundlegenden Informationsbroschüre des Auswärtigen Amtes „[z]ur Außenpolitik und zu den internationalen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland“ aus dem Jahr 1981 (also noch zur Zeit der sozial-liberalen Koalition), hieß es in der abschließenden Zusammenfassung: „Außenpolitik ist Interessenpolitik. Sie geht aus vom nationalen Interesse, deutlicher gesagt: vom Eigennutz. Aber kein Staat dieser Erde kann heute seine nationalen Interessen allein und aus sich selbst heraus verwirklichen. Es ist nicht möglich, daß es der Bundesrepublik Deutschland *allein* gutgeht, daß sie allein politisch, wirtschaftlich und sozial stabil ist, daß nur ihre eigene Sicherheit garantiert ist. Dazu sind die Völker dieser Erde viel zu stark miteinander verflochten in gegenseitiger Abhängigkeit. Auf dieser Erde gibt es [...] eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen. Kein Staat kann sich die Erde so gestalten, wie er sie gerne hätte. Das können die Großmächte nicht, das kann schon gar nicht ein kleines Land wie die Bundesrepublik Deutschland. Aber alle stehen unter einem gleichen Gebot: Sie müssen in Frieden miteinander leben, wenn sie überleben wollen. Das ist das gemeinsame *Interesse*. Daß einmal alle Menschen ein Leben in Freiheit und Menschenwürde leben können: das ist ein gemeinsames *Ziel*, dem auch unsere Außenpolitik dient.“ Ein Land lebt nicht für sich allein. Zur Außenpolitik und zu den internationalen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Reihe Bürger-Informationen, Bonn August 1981(2), S. 168 (Hervorhebung im Original).

¹⁷⁷ Karl Kaiser, Das vereinigte Deutschland in der internationalen Politik, in: Karl Kaiser, Hanns W. Maull (Hrsg.), Deutschlands neue Außenpolitik. Band 1: Grundlagen, München: Oldenbourg 1994, S. 9 und 8.

¹⁷⁸ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985.

¹⁷⁹ Michael Stürmer, Deutsche Interessen, in: Karl Kaiser, Hanns W. Maull (Hrsg.), Deutschlands neue Außenpolitik. Band 1: Grundlagen, München: Oldenbourg 1994, S. 59.

¹⁸⁰ „Nicht lauter, aber wirksamer sprechen“, Interview mit Joschka Fischer, in Frankfurter Rundschau, 10. Juli 1999, S. 8.

ressen im Vordergrund stand, wird heute zumindest grundsätzlich die potentielle Differenz zu anderen Akteuren unterstellt. Bei den meisten Beobachtern bedeutet dies zwar nicht, daß sich daraus notgedrungen auch eine *tatsächliche substantielle Differenz* ergeben müsse. Sowohl Michael Stürmer als auch Karl Kaiser betonen beispielsweise die Bedeutung der europäischen bzw. transatlantischen multilateralen Kontexte als Handlungsrahmen deutscher Außenpolitik weiterhin.¹⁸¹ Allerdings sind mehr als früher sowohl im „konservativen“ wie im „linken“ Lager Stimmen zu vernehmen, die aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen auch grundlegendere Differenzen zwischen Deutschland und seinen wichtigsten Partnern ausmachen. Egon Bahr etwa sieht im Blick auf die europäische Sicherheitsarchitektur einen grundlegenden Interessensunterschied zwischen Deutschland bzw. Europa und den USA,¹⁸² Arnulf Baring hingegen im Blick auf Osteuropa eine „deutlich merkbare Rivalität“ im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien, die beide für Deutschland „keinen verlässlichen Rückhalt“ böten.¹⁸³

5.1.4. *Wanderungsbewegungen im Spektrum des außenpolitischen Diskurses*

Zusammenfassend kann daher festgehalten werden, daß die oben skizzierten Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen dazu beigetragen haben, daß sowohl eine neue Debatte über die deutsche Identität geführt als auch der Diskurs über das Spezifische der deutschen Interessen und einen neuen Stil deutscher Außenpolitik angefacht wurde. Beide Entwicklungen stellen per se noch keine Verschiebungen der Substanz deutscher Außenpolitik dar, aber sie schaffen dafür wichtige Voraussetzungen, die vorher in dieser Form nicht vorhanden waren. Wenn der Stil deutscher Außenpolitik unter den Bedingungen der Bonner Republik in treffender Weise als „Sowohl-als-auch“-Politik beschrieben werden konnte, dann könnte man sagen, daß eine Politik des „Ja, aber“ zum Markenzeichen der Außenpolitik der Berliner Republik geworden ist. Das „Ja“ steht für die allzeit beschworene Kontinuität der deutschen Außenpolitik, das „aber“ für die neuen Akzente, für eine neue Entschiedenheit, deutsche Interessen offensiv zu vertreten. Bundeskanzler Schröder ist hier der prototypische Repräsentant der neuen Generation. Gewiß, Schröder sagt immer wieder „Ja“ zu den unveränderten Grundorientierungen der deutschen Außenpolitik, wozu die „Integration in die westliche Staatengemeinschaft“, die „Partnerschaft mit Frankreich“ und die Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit der deutschen Außenpolitik insgesamt gehören. Aber mit der Formulierung, daß aus seiner Sicht deutsche Außenpolitik „von Berlin aus (...) *noch klarer als bisher* als das erkennbar sein (muß), was ihr Wesen ausmacht: als Politik in Europa, für Europa und von Europa aus“,¹⁸⁴ macht er auch keinen Hehl daraus, daß er in Europa das, was er als „eine Poli-

¹⁸¹ „Handlungsfähigkeit für Deutschland bedeutet zuerst und zuletzt westliche Bündnisfähigkeit“, Stürmer, Deutsche Interessen, S. 61; vgl. auch Kaiser, Das vereinigte Deutschland in der internationalen Politik, S. 13.

¹⁸² Vgl. „Ein Deutschland, das Nein sagen kann“, Gespräch mit Egon Bahr, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11 (November 1999), S. 1313-1314 sowie Bahr, Die „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik, S. 45-48.

¹⁸³ Arnulf Baring, Aus dem Stabilbaukasten. Helmut Kohls Weg nach Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Februar 1997, S. 37; vgl. auch Baring, Wie neu ist unsere Lage, in: Internationale Politik, 50. Jg., Heft 4 (April 1995), S. 17-20 sowie ders., Die Berliner Republik, a.a.O. .

¹⁸⁴ „Verlässlichkeit in den internationalen Beziehungen“. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur offiziellen Eröffnung des Sitzes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 2. September 1999 in Berlin, in: Bulletin, Nr. 55 (20. September 1999), S. 573, Hervorhebung G.H.; vgl. hierzu auch Günter Bannas, Schröder: Frankreich und Deutschland bleiben Schwungräder der europäischen Einigung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. September 1999, S.1-2.

tik des 'aufgeklärten Eigeninteresses'" bezeichnet, offensiver vertreten will, als seine Vorgänger.¹⁸⁵

Schröders neue „Unbefangenheit“ ist jedoch kein Unikum. Er bildet lediglich die Spitze eines Eisberges diskursiver Verschiebungen, die sozusagen die ganze Republik erfaßt haben. Wollte man diese Verschiebungen bildlich darstellen, wäre es wohl am treffendsten, diese Veränderungen in einem Koordinatensystem aus zwei Achsen abzubilden. Die Längsachse würde dabei für ein Kontinuum stehen, auf dem Einstellungen und Überzeugungen abgebildet wären, die sich um das Verhältnis der Deutschen zu sich selbst und ihren Partnern drehen. Verkürzt könnte man die Pole dieser Achse als „national“ versus „supranational“ bezeichnen, wobei jedem dieser beiden Adjektive weitere Begriffe oder Aussagen zugeordnet werden könnten, die insofern zum selben Sprachspiel gehören, als hier gewisse Familienähnlichkeiten festzustellen sind. Dem „nationalen“ Pol wären etwa Begriffe zuzuordnen wie „deutsche Interessen“, „unilateral“ oder „Autonomie“ sowie Aussagen wie: „Deutschland muß 'Nein' sagen lernen“ oder „die Deutschen müssen endlich die Nerven aufbringen, unvermeidliche Irritationen mit den Verbündeten durchzustehen“.¹⁸⁶ Am anderen Ende des „supranationalen“ Pols stünden Begriffe wie „europäische“ oder „globale Interessen“, „multilateral“, „Integration“ oder „Einbindung“ und Aussagen wie: „die nationalen und die europäischen Interessen Deutschlands sind identisch“;¹⁸⁷ oder: „Deutschland taugt weder zu Alleingängen noch zu raumgreifender Weltpolitik, auch nicht im Namen von Werten und Moral“; oder: „Die Vollendung der europäischen Integration bleibt unsere Berufung und unser Hauptinteresse.“¹⁸⁸

Die Querachse würde im Verhältnis dazu für ein Kontinuum stehen, auf dem Einstellungen und Überzeugungen abgebildet wären, wie die Deutschen zu sich selbst im Hinblick auf ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft stehen. Der eine Pol mit dem Stichwort „Befangenheit“ stünde für jene Überzeugung, die eine starke historische Prägung und Verantwortung deutscher Außenpolitik an den Verbrechen des Dritten Reiches festmacht und „Auschwitz“ nicht auf die Vergangenheit der Bonner Republik begrenzt, sondern auch zum „Fundament“

¹⁸⁵ "Verlässlichkeit in den internationalen Beziehungen". Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder, a.a.O., S. 575. Der Bundeskanzler kann sich diejenigen, die ihn loben oder kritisieren, zwar nicht heraussuchen, bemerkenswert ist allerdings, daß seine Außenpolitik weit mehr Unterstützung von Historikern erfährt, die als konservativ oder CDU-nahestehend gelten, als dies bei Helmut Kohl der Fall war; vgl. hierzu die oben etwas ausführlicher dargestellten früheren und aktuelleren Arbeiten zur deutschen Außenpolitik von Gregor Schöllgen und Hans-Peter Schwarz.

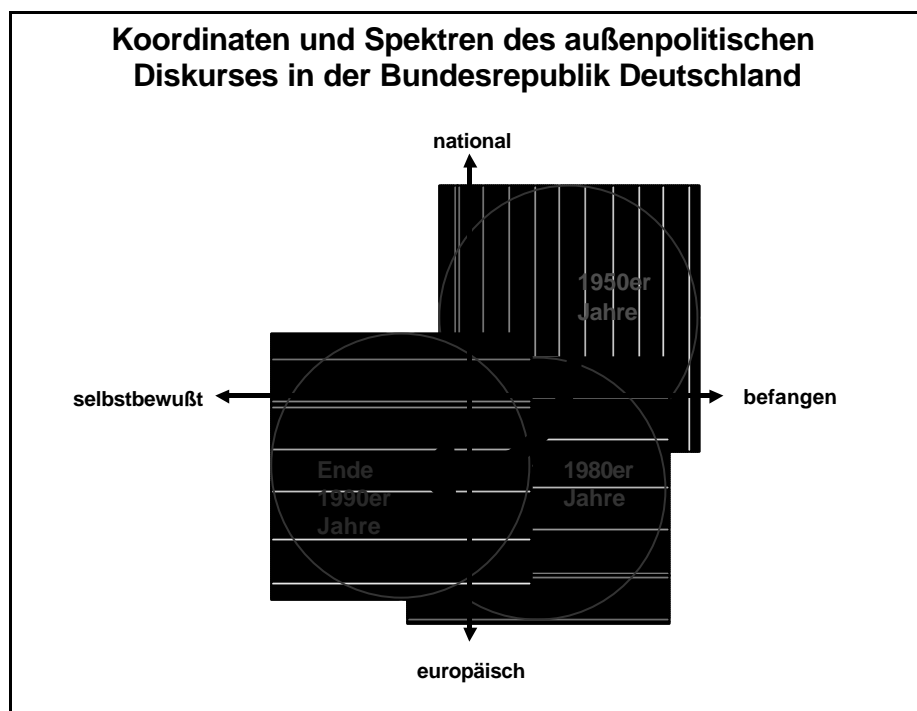
¹⁸⁶ Bahr, Die "Normalisierung" der deutschen Außenpolitik, S. 46 sowie "Ein Deutschland, das Nein sagen kann", Gespräch mit Egon Bahr, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11 (November 1999), S. 1311-1323.

¹⁸⁷ Vgl. etwa die Aussage des früheren Außenministers Hans-Dietrich Genscher am Tag vor dem Mauerfall im Deutschen Bundestag: „Gerade in dieser dynamischen Phase der europäischen Politik ist es bedeutsam, sich Gewißheit über das Verhältnis unserer nationalen und unserer europäischen Interessen zu verschaffen. Diese Interessen sind identisch. Der folgenschwerste Fehler deutscher Politik würde es sein, die deutschen Interessen in einen Gegensatz zu unseren europäischen Interessen und zu unserer europäischen Friedenspolitik zu bringen (...). (N)ichts können wir erreichen ohne oder gar gegen unsere europäischen Nachbarn in West und Ost. Aber alles können wir erreichen mit Europa. Wir haben unser Schicksal untrennbar mit dem des ganzen Europas verbunden. Wir dürfen deshalb unsere Politik nicht enteuropäisieren. Es bleibt dabei: Europa ist unser Schicksal und ist unsere Chance. Es ist die einzige, die wir haben. Wir haben keine andere. Das bedeutet: Unsere Politik ist umso nationaler, je europäischer sie ist. Die Erfahrung lehrt: Nur als gute Europäer können wir auch gute Deutsche sein.“ Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 11. Legislaturperiode, 173. Sitzung (8. November 1989), S 13050D und 13051D.

¹⁸⁸ Die beiden letzten Aussagen stammen von Joschka Fischer, Kluge Selbstbeschränkung, multilaterale Interessenvertretung. Überlegungen zur Neujustierung der deutschen Außenpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. November 1999, S. 8.

der Berliner Republik erklärt wissen will.¹⁸⁹ Andere Begriffe auf dieser Seite wären „Zivilmacht“, „wirtschaftlicher Riese und politischer Zwerg“, „Kultur der Zurückhaltung“ oder „Bescheidenheit“ – Merkmale also, die bis vor kurzem nahezu einhellig als herausragende Kennzeichen der „Erfolgsgeschichte“ Bonner Außenpolitik gewertet wurden. Am anderen Ende des Pols stünde das Stichwort „Selbstbewußtsein“¹⁹⁰ sowie Begriffe bzw. Formulierungen wie „wir sind ein normales Volk“; „wie die anderen auch das machen, steht uns das auch zu“; „nach vorne blicken“; „selbstbewußter in Europa auftreten“ oder „Auschwitz gegen Deutschland zu instrumentalisieren wäre unerträglich“¹⁹¹ (vgl. Schaubild 1, S. 59).

Schaubild 1



¹⁸⁹ Die Aussage Joschka Fischers, daß „das einzige Fundament der neuen Berliner Republik“ im Imperativ eines „Nie-mehr-Auschwitz“ bestehe, findet sich bei Bernard-Henri Lévy, Ein paar Versuche, in Deutschland spazierenzugehen (Teil II), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Februar 1999, S. 46. Fischer formulierte diesen Imperativ im Zusammenhang seiner Feststellung, daß alle Demokratien eine normative „Basis, einen Boden“ bräuchten. So wie dieser Boden für Frankreich das Jahr 1789, für die USA die Unabhängigkeitserklärung und für Spanien der spanische Bürgerkrieg sei, so sei dies für Deutschland Auschwitz.

¹⁹⁰ Vgl. hierzu Bernard-Henri Lévy, der seine Spaziergangseindrücke aus Deutschland mit der Charakterisierung des „normalen“ Deutschen Gerhard Schröder beginnt und mit dem „europäischen Verfassungspatrioten“ Joschka Fischer endet; Lévy, Ein paar Versuche, in Deutschland spazierenzugehen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.1999, S. 50 und 18.2.1999, S. 45-46.

¹⁹¹ Vgl. etwa die folgende Aussage von Egon Bahr: Es dürfe „nicht so sein, daß Deutschland der Weg in die Normalität versperrt wird oder das Land sich selbst blockiert, weil dem Wort Auschwitz nie zu entkommen sein wird. Das Stigma darf die Zukunft nicht belasten. Die Vergangenheit darf den Weg in die Gesundheit nicht ausschließen. Wer immer aus dem Ausland auf Deutschland blickt, wird immer auch an unsere Geschichte denken. Sofern sie den Generationen vorgehalten wird, die nach 1939 geboren wurden, sind bisher versäumte Leistungen an die Opfer nachzuholen, aber angemahntes deutsches Wohlverhalten, eingefordert wegen und abgeleitet von der unrevidierbaren Hitlerei, ist schon deshalb abzulehnen, weil letztlich die Instrumentalisierung *Hitlers* gegen Deutschland unerträglich wäre“, Bahr, Die „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik, a.a.O., S. 42, Hervorhebung im Original.

Würde man in diesem Koordinatensystem grob die Zentren und Grenzen des außenpolitischen Diskurses in den letzten Jahrzehnten verorten wollen, dann würde man die 1950er Jahre wohl zu großen Teilen im „Nordosten“, die 1970er im „Südosten“, die 1980er Jahre etwas verschoben in nordwestlicher Richtung aber weiterhin mit einem Schwerpunkt im „Süden“ und die heutige Zeit auf der Mitte der Querachse stark im Westen und mit der Tendenz, weiter in Richtung „Norden“ zu wandern. Mit anderen Worten: aus den national-befangenen Anfängen der Bonner Republik hat sich der Diskurs zunächst langsam, aber dann immer schneller in Richtung unbefangen-selbstbewußt verschoben, wobei die Wanderungsbewegung aus dem „nationalen“ Norden zunächst in den „europäisch-supranationalen“ Süden wanderte um anschließend seit etwa den 1980 Jahren eine Wende zu vollziehen und in den „nationalen“ Norden zurückzukehren.

In einer graphischen Darstellung wie dieser lassen sich wie in einer Wittgenstein'schen „Maschinenzeichnung“¹⁹² unterschiedliche Aspekte und Funktionen des außenpolitischen Diskurses abbilden. Beispielsweise ließen sich auf diese Art sowohl wichtige außenpolitische Entscheidungsträger verorten wie auch die Grenzen unterschiedlicher „außenpolitischer Koalitionen“ abbilden. Der Effekt dieser Art der Beschreibung des außenpolitischen Diskurses bestünde darin, eine neue (oder zumindest perspektivisch anders gelagerte) Sichtweise deutscher Außenpolitik zu gewinnen und dadurch auch Veränderungen in neuer Art sichtbar zu machen. Ich werde darauf später nochmals kurz zurückkommen.

Erschöpft sich aber das „Neue“ der Außenpolitik der Berliner Republik in machtpolitischen Veränderungen oder einem neuen außenpolitischen Stil, wie dies in den letzten Teilkapiteln diskutiert wurden, oder in Diskursverschiebungen, wie sie eben beschrieben wurden? Oder hat sich auch die Substanz der deutschen Außenpolitik verändert? Mit dieser Frage werde ich mich im nächsten Abschnitt beschäftigen, indem ich die Entwicklung deutscher Außenpolitik in ausgewählten Politikfeldern, vor allem im Hinblick auf wichtige bilaterale Beziehungen untersuche.

5.2. Andeutungen einer neuen „großen Strategie“: Außenpolitische Einbindungen, Anbindungen und Entbindungen

„Auch Realisten erkennen an, daß Staaten manchmal durch Institutionen wirken. Allerdings sind sie davon überzeugt, daß solche Institutionen egoistische Nutzenkalküle von Staaten widerspiegeln, die sich aus der internationalen Machtverteilung ergeben. Die mächtigsten Staaten in diesem System schaffen und prägen Institutionen dergestalt, daß sie ihren Anteil an der internationalen Macht behaupten oder sogar erhöhen.“

John Mearsheimer¹⁹³

„Institutionen sind doch kein Selbstzweck. Institutionen sind Instrumente.“

Joschka Fischer¹⁹⁴

¹⁹² Vgl. oben, Anm. (101??).

¹⁹³ John J. Mearsheimer, The False Promise of International Institutions, in: International Security, Vol. 19, No. 3 (Winter 1994/95), S. 13.

¹⁹⁴ Streitgespräch Joschka Fischer contra Jean-Pierre Chevènement, in: Die Zeit, Nr. 26/2000, http://www.ZEIT.de/tag/aktuell/200026.titelei_.html.

„Frankfurter Rundschau: Ist die Stimme Deutschlands in der internationalen Politik lauter, vernehmbarer geworden?

Joschka Fischer: Ich hoffe, sie ist nicht lauter geworden. Aber ich hoffe auch, daß sie dort vernehmbarer ist, wo es darauf ankommt – in den internationalen Institutionen, innerhalb der EU, innerhalb der Vereinten Nationen und der Nato. Ich wünsche mir, daß wir dort nicht lauter, aber wirksamer sprechen.“

Joschka Fischer¹⁹⁵

Integration in die westliche Staatengemeinschaft im allgemeinen und die Partnerschaft mit Frankreich und den USA im besonderen sowie eine auf Entspannung gerichtete Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten waren Kernbestandteile der außenpolitischen „Staatsräson“ der Bonner Republik. Daß unter geographischen Gesichtspunkten die alten Schwerpunkte deutscher Außenpolitik auch die neuen sind, wird nicht überraschen. Trotzdem sind seit der Vereinigung auch hier Verschiebungen nicht zu übersehen. Diese Verschiebungen sind die Folge unterschiedlicher Entwicklungen. Zum einen erscheinen die östlichen Nachbarstaaten Deutschlands seit Anfang der 1990er Jahre als neues Handlungsfeld deutscher Außenpolitik, wie dies zuvor nie der Fall war. Dieses neue Handlungsfeld wird als ein Aktionsbereich wahrgenommen, in dem sowohl neue Gestaltungschancen als auch Handlungsdruck bestehen. Zweitens hat sich mit den weltpolitischen Veränderungen insgesamt auch eine Prioritätenverschiebung in der amerikanischen Politik im Hinblick auf Europa ergeben, die der deutschen Außenpolitik nicht mehr wie früher die Wahl zu lassen scheint, sich *nicht* zwischen Paris und Washington entscheiden zu müssen.¹⁹⁶ So zumindest kann unter anderem die Unterstützung der Bundesregierung für den Ausbau einer eigenständigen europäischen Verteidigungspolitik *auch* interpretiert werden.¹⁹⁷ Drittens haben die Veränderungen innerhalb der Europäischen Union wie auch in ihrem geographischen Umfeld Macht- wie auch Problemverschiebungen zur Folge, die die deutsche Politik heute ganz anders fordern als noch vor zehn Jahren. Insofern kann es nicht überraschen, daß sich der Fokus der deutschen Außenpolitik vom „europäisch-atlantischen Westen“ stärker in die „europäische Mitte“ verlagert hat.

Das Bewußtsein um die eigene Bedeutung als „Zentralmacht Europas“ ist in Deutschland jedenfalls gewachsen, und es macht sich sowohl in den bilateralen Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten, wie auch innerhalb internationaler Institutionen, die nach wie vor den zentralen Ankerplatz wie auch das wichtigste Spielfeld („dort [...], wo es darauf ankommt“, wie Fischer sagt) Deutschlands ausmachen, deutlicher bemerkbar. All dies bedeutet keinen „Abschied vom Westen“, aber es bedeutet auch nicht, daß „der Westen“ noch eine treffende Kategorie darstellt, um deutsche Außenpolitik im Jahr 2000 zu beschreiben. Die Deutschen sind weiterhin und in mancherlei Hinsicht sogar noch stärker als vor zehn Jahren „eingebunden“ in ein Netzwerk internationaler Institutionen. Allerdings haben sich auch in diesen Institutionen die Rahmenbedingungen und damit die Aussichten zur Durchsetzung deutscher Interessen wesentlich verändert.¹⁹⁸ Diese Aussichten sind heute zwar prinzipiell schon deshalb

¹⁹⁵ „Nicht lauter, aber wirksamer sprechen“, Interview mit Joschka Fischer, in Frankfurter Rundschau, 10. Juli 1999, S. 8.

¹⁹⁶ Vgl. Matthias Dembinski, Die Zukunft des politischen Westens. Zum Spannungsverhältnis zwischen europäischen und transatlantischen Strukturen in der Sicherheitspolitik, HSFK-Report 4/1999 Frankfurt 1999 sowie Bernd W. Kubbig, Matthias Dembinski, Alexander Kelle, Unilateralismus als alleinige außenpolitische Strategie? Die amerikanische Politik gegenüber UNO, NATO und der chemiewaffen-Organisation in der Ära Clinton, HSFK-Report Nr. 3/2000, Frankfurt 2000.

¹⁹⁷ Vgl. Gunther Hellmann und Wolfgang Wagner, Getrennt marschieren oder zusammen? Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Nato, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Juni 2000, S. 10.

größer als vor zehn Jahren, weil den Deutschen mehr Macht *unterstellt* wird und insofern deutscher „Abnutzungsmultilateralismus“ eigentlich auf geringere „Gegenwehr“ trifft als früher. Die Dialektik institutioneller Macht besagt aber auch – und dies zumal in den internationalen Beziehungen und im deutschen Fall – daß sich umso schneller Gegenmacht bildet, je stärker egoistische deutsche Nationalinteressen durchgesetzt werden sollen, und damit die geschätzte oder zumindest respektierte Praxis früherer Bonner Abnutzungsdiplomatie durch einen neuen Berliner Blitzkriegsmultilateralismus ersetzt wird. Der Fall der gescheiterten Besetzung des IWF-Chefsessels durch den Deutschen Koch-Weser wie auch der Glücksfall der deutschen Vermittlung während des Kosovo-Krieges, auf die ich später noch detaillierter eingehen werde, sind Paradebeispiele für Fluch und Segen deutscher Außenpolitik in und durch internationale Institutionen. Sie belegen auch, welche Gratwanderungen deutsche Diplomaten vollziehen müssen und können, wenn sie in internationalen Institutionen „wirksamer sprechen“ wollen.

Bevor ich darauf aber eingehe, möchte ich einige klassische Politikfelder deutscher Außenpolitik bzw. zwischenstaatliche Beziehungen etwas genauer dahingehend in den Blick nehmen, inwiefern sich in diesen Bereichen in den letzten Jahren Veränderungen ergeben haben.

5.2.1. *Ein deutsches Deutschland in einem deutscheren Europa*

Für die Gründungsväter der Bundesrepublik und für alle Bundeskanzler, die selbst noch den Zweiten Weltkrieg erlebt hatten, war das Projekt der europäischen Integration nicht nur eine rationale Antwort auf die Herausforderungen nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch eine emotionale Angelegenheit. Für die meisten Deutschen hat sich dies in den letzten Jahrzehnten allerdings geändert. Die europäische Integration ist heute (weit stärker als dies früher der Fall war) ein Projekt, das wesentlich unter dem Kostenfaktor beurteilt wird. Der „permissive Konsens“, der die deutsche Europapolitik bis weit in die 1980er Jahre hinein geprägt hatte, hat sich aufgelöst. Manche sprechen bereits von einem „Paradigmenwechsel“ in der deutschen Europapolitik, der sich vor allem darin äußert, daß die frühere normative Begründung der europäischen Integration als Friedensprojekt zusehends verdrängt wird durch Effektivitäts- bzw. Effizienzüberlegungen. Zwar unterstützen nach einer Umfrage des Eurobarometer vom Juli 1999 noch immer 44 Prozent der Deutschen die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union, im Vergleich zum Jahr der Vereinigung 1990, als Spitzenwerte von mehr als 70 Prozent Unterstützung erreicht wurden, ist dies allerdings ein dramatischer Rückgang. Hinzu kommt, daß immer weniger Deutsche der Auffassung sind, daß Deutschland „die politische Einigung Europas vorantreiben und auf nationale Unabhängigkeit verzichten“ sollte. Waren Anfang der 1990er Jahre noch 46 Prozent dieser Auffassung, so meinten 1996 bereits 52 Prozent der Deutschen, daß man „die Europäische Union belassen (sollte) wie sie ist.“ Noch erstaunlicher war, daß 21 Prozent gar der Auffassung zuneigten, daß Deutschland „eine national unabhängige Politik außerhalb der Europäischen Union verfolgen“ sollte, eine Zahl, die nur wenig hinter jenen 26 Prozent rangierte, die auch 1996 noch die europäische Integration vorantreiben wollten (vgl. Tab. 6). Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man nach den Vor- und Nachteilen der deutschen EU-Mitgliedschaft fragt. Im Vergleich zu 1990, als noch 60 Prozent der Deutschen fanden, daß die EU-Mitgliedschaft Deutschland nütze (ca. 20 Prozent meinten damals, daß sie den Deutschen nicht nütze), meinen heute 39 Prozent, daß es nicht vorteilhaft sei für Deutschland, Mitglied der EU zu sein (während nur noch 35 Prozent denken, daß die Mitgliedschaft von Nutzen ist). Unabhängig davon, wie die Frage jeweils formuliert wird, läßt sich dieser Trend in sämtlichen Umfragen feststellen (vgl. auch Tabellen 5a und 5b).

¹⁹⁸ Zur Diskussion theoretischer Aspekte deutscher Außenpolitik in Internationalen Institutionen aus einem rekonstruierten realistischen Blickwinkel vgl. Baumann/Rittberger/Wagner in: ZIB.

Diese deutlich skeptischere Einstellung der deutschen Bevölkerung ist bislang innerhalb der politischen Führung noch nicht ganz durchgeschlagen, aber das Insistieren von Bundeskanzler Schröder am Beginn seiner Kanzlerschaft, daß der deutsche Anteil am EU-Haushalt deutlich reduziert werden müsse, war sicherlich nicht nur Ausdruck des neuen Selbstbewußtseins, sondern auch eine Antwort auf einen wachsenden Widerstand innerhalb der deutschen Bevölkerung gegen die hohen Beitragszahlungen. Anders als sein Vorgänger, der das Projekt des Euro bis zuletzt auch gegen breite Widerstände in der öffentlichen Meinung durchgesetzt hat, ist Schröder viel eher bereit, Stimmungen in der öffentlichen Meinung nachzugeben. Dies reicht bis zur Wortwahl, wie eine Formulierung vom Dezember 1998 zeigte, als Schröder im Rahmen einer Rede im beginnenden Europawahlkampf davon sprach, daß die deutschen Beitragszahlungen „in Europa verbraten“ werden.¹⁹⁹ Daß Schröder seine Forderungen nach einem Thatcher-ähnlichen Beitragsrabatt während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft letzten Endes fallen ließ, hatte wohl weniger damit zu tun, daß er seine grundsätzlichen Auffassungen geändert hatte. Viel mehr spricht dafür, daß er sich angesichts des Rücktritts seines Finanzministers und der Doppelkrise der zurückgetretenen Europäischen Kommission und des Kosovo-Krieges ein Scheitern des Berliner Gipfeltreffens einfach nicht leisten konnte und er deshalb auch bereit war, die Rechnung zu bezahlen, die ihm vor allem die Briten und Franzosen präsentierten.

Nun ist es sicherlich richtig, daß der deutsche Europa-Enthusiasmus bereits unter der Regierung Kohl merklich zurückgegangen war (Fischer sprach in diesem Zusammenhang desöfteren von einer europapolitischen „Verstoiberung“ von CDU/CSU). Der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Friedrich von Ploetz, argumentierte bereits 1997, daß die deutsche Europa-Politik notwendigerweise „britischer“ werden müsse.²⁰⁰ Die stärkere Ausrichtung an Kosten-Nutzen-Kalkülen ist insofern nicht nur durch den Generationswechsel zu erklären, sondern u.a. auch eine Folge deutlicherer Widerstände in der öffentlichen Meinung und der gewachsenen Mitsprachrechte der Länder in europäischen Angelegenheiten. In allen Fragen, die sich auf die Länderhaushalte auswirken, gehören sie mittlerweile – unabhängig davon, von welcher Partei sie mehrheitlich regiert werden – zu den kritischen Stimmen im europapolitischen Diskurs.

Diese deutlichere Skepsis zeigt sich sogar in der Frage der Erweiterung der EU, die für die Vorgänger-Regierung ein zentrales, teilweise auch normativ begründetes Projekt darstellte, für das es in mancherlei Hinsicht sogar bereit war, einen Konflikt mit dem wichtigsten Bündnispartner Frankreich einzugehen. In der rot-grünen Koalition dominieren auch hier (wie bereits in der Spätphase der Regierung Kohl) viel stärker als früher Kosten-Nutzen-Kalküle. Zwar zählt auch für die neue Regierung die Erweiterung der EU zu einem Kernanliegen, aber anders als die Regierung Kohl will sich die Regierung Schröder nicht durch die frühzeitige Nennung von Terminen unter Zeitdruck setzen lassen.²⁰¹ Auch darin kann sie auf die Unterstützung der deutschen Öffentlichkeit bauen, denn im Unterschied zum Elitendiskurs domi-

¹⁹⁹ Rede des Bundeskanzlers auf der Bundesdelegiertenkonferenz der SPD zur Europawahl 1999 am 8. Dezember 1998 in Saarbrücken, zit. nach: http://www.spd.de/archiv/europa/Eur19981208_896.html.

²⁰⁰ Peter Hort, Die deutsche Europapolitik wird „britischer“. Bonn stellt das Integrationsmodell in Frage und orientiert sich mehr an Kosten und Nutzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Oktober 1997.

²⁰¹ „Die EU darf nach dem Ende des Kalten Krieges nicht auf Westeuropa beschränkt bleiben, sondern es liegt im Wesen der europäischen Integrationsidee, daß sie gesamteuropäisch angelegt ist. Darüber hinaus lassen die geopolitischen Realitäten auch gar keine ernsthafte Alternative zu. Wenn dies richtig ist, dann hat die Geschichte 1989/90 bereits über das OB der Osterweiterung entschieden, allein das WIE und das WANN muß noch gestaltet und entschieden werden.“ Die Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft. Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 12. Januar 1999, in: Bulletin, Nr. 2 (14. Januar 1999).

nieren in der breiteren Öffentlichkeit viel stärker die Vorbehalte gegenüber der Erweiterung. Nach einer Umfrage des Eurobarometer vom Juli 1999 sind im Durchschnitt nur 38 Prozent der Deutschen für die Erweiterung der EU – angesichts der Priorität, die die Bundesregierung diesem Projekt zuweist, eine erstaunliche Zahl, die im europäischen Vergleich auch nur von den noch skeptischeren Franzosen und Österreichern unterschritten wird.²⁰² Unterstellt man, daß Gerhard Schröder in Fragen der Europapolitik eher bereit ist, die öffentliche Meinung ins (wahlpolitische) Kalkül zu ziehen als sein ihre Vorgänger, dann läge zumindest ein Vorteil darin, daß in dieser Frage weniger Anlaß für deutsch-französische Meinungsverschiedenheiten bestehen sollten als früher.

Im Unterschied zu diesen beiden Aspekten der deutschen Europapolitik hat die deutsche Unterstützung für das Projekt einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Verstärkung der verteidigungspolitischen Dimension keinen wesentlichen Einbruch erlitten. Die Deutschen zählen nach wie vor zu den stärksten Befürwortern.²⁰³ Da der Anspruch auf eine europäische „Führungsrolle“ in dieser Hinsicht auch weit weniger stark ausgeprägt ist, als etwa in Fragen der Wirtschafts- oder Währungspolitik (vgl. Tabelle 7) scheint dies auch weiterhin einer der zentralen Bereiche zu sein, in dem Deutschland und Frankreich ihrer gemeinsamen Rolle als „Motor der europäischen Integration“ gerecht werden können. Eine gewichtige Einschränkung wäre hier allerdings zu machen: Die Ressourcen, die nötig wären, um die sehr weit reichenden Ambitionen zu realisieren, die im Kommuniqué des Kölner Gipfeltreffens formuliert wurden, werden auf absehbare Zeit in Deutschland nicht aufzubringen sein. Die von Finanzminister Eichel vorgegebenen Kürzungen im Verteidigungshaushalt von insgesamt 19 Milliarden DM bis zum Jahr 2003 werden vor allem große Einschnitte im Hinblick auf den Friedensumfang der Bundeswehr und ihre Ausrüstung zur Folge haben.²⁰⁴ Folgt man der Einschätzung Scharpings, dann waren die Militärausgaben selbst auf dem Niveau des Verteidigungshaushaltes *vor* den angekündigten Sparmaßnahmen bereits mehr als ungenügend. Insofern wird die Kluft zwischen den sicherheitspolitischen Ansprüchen im Hinblick auf den Ausbau einer europäischen Verteidigungsidentität auf der einen und den finanziellen Möglichkeiten auf der anderen Seite sich eher noch dramatisch vergrößern, falls nicht einschneidende Veränderungen vorgenommen werden sollten, die jedoch zumindest im Moment eher unwahrscheinlich erscheinen.²⁰⁵ Daß es den Verteidigungshaushalt als Steinbruch für das ambitionierte „Sparpaket“ der Schröder-Regierung bislang weit stärker getroffen hat als andere Bereiche, hat vor allem damit zu tun, daß es bislang nicht nur keine einflußreiche Lobby gab, die sich für eine Ausweitung der Verteidigungsaufgaben für europäische Zwecke einsetzte, sondern in der Partei der Grünen sogar einflußreiche Stimmen innerhalb der Bundesregierung vorhanden sind, die zwar aus Überzeugung für das Projekt der europäischen Integration plädieren und die Einbindung Deutschlands als eine wichtige Sicherheitsmaßnahme gegen eine Renationalisierung betrachten, die aber zugleich davor warnen, daß diese Selbsteinbindung häufig nur dafür benutzt werde, um „die nationalen Machtprojektionen (zu verschlei-

²⁰² European Commission, Eurobarometer. Public Opinion in the European Union, Report No. 51, July 1999, S. 73.

²⁰³ European Commission, Eurobarometer, a.a.O., S. 58.

²⁰⁴ Falls es zu den angekündigten Einsparungen kommt, wird eine Absenkung des Friedensumfangs der Bundeswehr von derzeit ca. 335000 auf ca. 220000 Soldaten unumgänglich sein, wenn die Wehrpflichtarmee erhalten bleibt, bzw. auf ca. 177000 Soldaten reduziert werden müssen, falls eine Freiwilligenarmee eingeführt wird vgl. hierzu die Berechnungen bei Hans-Dieter Lemke, Bundeswehr 2010. Aktuelle Sparzwänge und ihre Folgen, Stiftung Wissenschaft und Politik, August 1999 (SWP-AP-3109).

²⁰⁵ Allerdings haben die vergangenen zwei Jahre auch gezeigt, daß die militärpolitische Überraschungsfähigkeit der rot-grünen Koalition nicht unterschätzt werden sollte.

ern), die sich der Integrationsstrukturen bedienen“.²⁰⁶ Hinzu kommen persönliche Rivalitäten zwischen dem Bundeskanzler und Rudolf Scharping, die sich in der Vergangenheit ebenfalls auf den Verteidigungshaushalt auswirkten. So hatte zwar der Bundeskanzler die Vereinbarungen des Kölner EU-Gipfels als einen wichtigen Schritt nach vorne gewertet, zugleich aber nicht nur entsprechende Ressourcen für derartige Aufgaben nicht eingeplant, sondern seinem Verteidigungsminister eher noch weitergehende Belastungen auferlegt. Insgesamt reiht sich daher auch die deutsche Außenpolitik im Hinblick auf eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in das Bild eines viel stärker selbstbezogenen, den Kostenfaktor (statt die längerfristigen Visionen) in den Mittelpunkt der Überlegungen rückenden Akteurs ein.

5.2.2. *Im Bündnis als „normale“ Alliierte erwachsen geworden: Der Bundeswehr-Helm stößt an die Decke*

Die weitreichendste Veränderung in der deutschen Außenpolitik ist sicherlich im Hinblick auf die militärische Rolle Deutschlands festzustellen. Dieser Prozeß begann bereits 1991 mit dem Krieg um Kuwait, und er erreichte seinen Höhepunkt in der deutschen Entscheidung zur Teilnahme an den militärischen Operationen der NATO im Kosovo.²⁰⁷ In gewisser Weise kann man allerdings sagen, daß diese sehr weitreichenden Veränderungen insofern in hohem Maße in der Tradition der Bonner Republik standen, als die Deutschen bereit waren, wie früher den Forderungen der Verbündeten zu entsprechen. Der gewichtige Unterschied war, daß sich diese Forderungen grundlegend verändert hatten. Früher waren die Verbündeten lediglich an einem militärischen Beitrag zur Verteidigung gegen einen möglichen Angriff des Warschauer Paktes interessiert. Dies bedeutete, daß sich die Westdeutschen entweder ausschließlich oder doch zumindest wesentlich auf den Fall der Landesverteidigung vorbereiten sollten. Nach 1990 wollten sich die Verbündeten, allen voran die Amerikaner, damit aber nicht mehr zufrieden geben. Vielmehr bestanden sie auf einem angemessenen militärischen Beitrag für die von der Allianz für notwendig erachteten „out-of-area“ Operationen. Die Deutschen folgten diesem Verlangen eher zögerlich, gaben aber – unterstützt durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1994 – sukzessive ihre Widerstände auf, trotz der Tatsache, daß die Bundeswehr, wie der Kanzler gesagt hat, angesichts der zurückliegenden Kürzungen „mit dem Helm an die Decke“ stoße.²⁰⁸ Daß angesichts dessen ausgerechnet die erste eindeutig linke Regierung in Deutschland seit der Weimarer Republik die Entscheidung zugunsten der Teilnahme im Kosovo-Krieg traf, macht das Ausmaß dieser Veränderung deutlich – vor allem dahingehend, daß sich die Regierung Schröder aufgrund von Bündnisverpflichtungen nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, ein „unsicherer Kantonist“ zu sein. Hinzu kommt, daß diese Entscheidung für Schröder Teil der von ihm gewünschten „Normalisierung“ der deutschen Außenpoli-

²⁰⁶ So formulierte dies einer der wichtigsten außenpolitischen Vordenker der Grünen bereits Anfang der 1990er Jahre (vgl. Albert Statz, Das Recht auf Selbstbestimmung muß einhergehen mit der Pflicht zur Selbstbeschränkung: Zur politischen Strategie einer grün-alternativen Außenpolitik, in: Fuchs, Katrin/Oertzen, Peter von/ Volmer, Ludger (Hrsg.): Zieht die Linke in den Krieg? Beiträge zur Debatte um Kampfeinsätze aus rot-grüner Sicht, Köln 1993, S. 190.) Dieses Denken hat sich zwar durch die Regierungsbeteiligung der Grünen, vor allem die Mitverantwortung der rot-grünen Bundesregierung für den Krieg im Kosovo, etwas relativiert, bei den Verhandlungen über die Einschnitte im Verteidigungshaushalt wurde allerdings deutlich, daß vor allem die Grünen den auch von ihnen empfundenen Sparzwang als Vehikel nutzen wollten, um eine drastische Rückführung der Verteidigungsausgaben zu erreichen.

²⁰⁷ Vgl. Berthold Meyer und Peter Schlotter, Die Kosovo-Kriege 1998/99. Die internationalen Interventionen und ihre Folgen, HSFK-Report 1/2000, Frankfurt 2000.

²⁰⁸ So zitiert Rudolf Scharping den Bundeskanzler, „Mit dem Haushaltsentwurf 2000 ist die Schmerzgrenze erreicht“. Interview mit Rudolf Scharping, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18. Juli 1999, S. 5.

tik war. Dies kam in Schröders Rede auf der 35. Münchener Tagung für Sicherheitspolitik Anfang Februar 1999 sehr klar zum Ausdruck:

„Deutschland kann und will keinen Sonderweg gehen. Wir sind im Bündnis (...) erwachsen geworden. Wir wollen das auch bleiben. Deshalb sind wir heute ohne jedes Wenn und Aber bereit, als ´normale´ Alliierte Verantwortung zu übernehmen – ob in der EU oder in der NATO.“²⁰⁹

Als „normale Alliierte“, die selbstbewußt ihre Interessen vertreten, setzen die Deutschen mittlerweile auch neue Akzente in der Nuklear- und Rüstungsexportpolitik. Hatte schon die alte Bundesregierung erstmals allgemeine Bedingungen formuliert, wie nukleare Abrüstung von-statten gehen könnte (u.a. Verifizierbarkeit der Abschaffung von Nuklearwaffen; Beseitigung des kernwaffenfähigen Materials und Gewährleistung der Sicherheit gegen rechtswidrig behaltene oder neu produzierte Kernwaffen sowie biologische und chemische Waffen)²¹⁰, ohne dem allerdings konkrete politische Initiativen folgen zu lassen, so zeigt sich die neue Bundesregierung – trotz des Rückzugs von Außenminister Fischer nach einem ersten Vorstoß innerhalb der NATO Ende 1998 – entschlossen, diesen Ankündigungen auch konkrete Initiativen folgen zu lassen. Dabei wird zwar gesehen, daß die engen Bindungen mit den verbündeten westlichen Kernwaffenstaaten nicht gefährdet werden dürfen. Allerdings weisen Beobachter und Berater in diesem Bereich auch darauf hin, daß „nicht der vorausseilende Gehorsam gegenüber den Eigeninteressen der Kernwaffenstaaten“ zum Maßstab deutscher Politik werden dürfe, sondern vielmehr „das eigene Interesse in aller Klarheit“ formuliert werden und „die deutsche Regierung nach Maßgabe ihrer Interessendefinition auch abweichende Haltungen“ vertreten muß. Ein neuerer Vorschlag von Harald Müller empfiehlt für Deutschland „die Position der ´Brückenbauer´ zwischen den Kernwaffenstaaten und ihren blockfreien Kritikern“. Dabei sollte Deutschland insbesondere drei Forderungen vertreten: (1) ein Kernwaffenregister, um die Transparenz der Kernwaffen- und militärischen Spaltprozesse zu erhöhen; (2) ein umfassendes Verifikationssystem, das Kernwaffen- und Nichtkernwaffenstaaten hinsichtlich der Verifikationsverpflichtungen gleichstellen sollte; sowie (3) die verbindliche und irreversible Überstellung von Spaltmaterial, das militärisch nicht mehr verwendbar ist, unter Verifikationsmaßnahmen der IAEO.²¹¹

Zusammenfassend kann daher auch für diesen Bereich festgehalten werden, daß das neue deutsche Selbstbewußtsein (gepaart mit einem deutlich sichtbarerem militärischen Engagement) auch im Auftreten der Deutschen gegenüber ihrer Verbündeten deutlicher zum Vorschein kommt. Da die außenpolitischen Instinkte nach wie vor auf Einflußnahme innerhalb bestehender internationaler Institutionen bzw. multilateraler Kontexte ausgerichtet sind (und nicht nach Ausweitung autonomer Handlungsspielräume streben), besteht auf absehbare Zeit wohl nicht die Gefahr, daß die Deutschen sicherheitspolitische „Sonderwege“ beschreiten. Allerdings dürfte sowohl ihr Anspruch auf verstärkte Mitsprache (einschließlich einer stärkeren personellen Repräsentation in militärischen Entscheidungszentren) wie auch ihre Konfliktbereitschaft gegenüber den Verbündeten zunehmen.

²⁰⁹ Vgl. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der 35. Münchener Tagung für Sicherheitspolitik am 6. Februar 1999 in München, in: Bulletin. Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 8 (22. Februar 1999), S. 91.

²¹⁰ Vgl. Rüdiger Hartmann, Ziele und Prioritäten der nuklearen Nicht-Verbreitungs- und Rüstungskontrollpolitik Deutschlands am Ende der Neunziger Jahre, Vortrag vor der Arbeitsgruppe „Nukleare Nichtverbreitungspolitik“, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn 10. Oktober 1997.

²¹¹ Vgl. Harald Müller, Kernwaffen und deutsche Interessen: Versuch einer Neubestimmung, HSFK-Report 5/1999, Frankfurt Oktober 1999, S. 24-26.

5.2.3. *Das Ende der „Poesie“, oder: Die „Herzensangelegenheit“ der deutsch-französischen Freundschaft im Lichte einer „Theorie der Gegensätze“*

Daß die Kontinuität der deutschen Außenpolitik vor allem die Kontinuität der Kontinuitäts-
rethorik ist, kommt in keinem Bereich besser zum Ausdruck als im deutsch-französischen
Verhältnis. Selbst Bundeskanzler Schröder, der ansonsten von Emotionalität in der Politik
nicht sehr viel hält, sagt mittlerweile, daß „völlig klar“ sei, daß „die deutsch-französische
Freundschaft nicht nur ein Gebot der Rationalität, sondern inzwischen längst eine Herzensan-
gelegenheit“ sei. Deutschland und Frankreich müßten „auch in der Zukunft die Schwungräder
der europäischen Eingung“ bleiben.²¹² Wo Helmut Kohl und Helmut Schmidt allerdings nicht
müde wurden, darauf hinzuweisen, daß die Eigenheiten des Nachbarn in Rechnung zu stellen
seien und der „Grande Nation“ jene Ehrenbezeugungen zu erweisen seien, die sie erwartet,²¹³
hatte Schröder zu Beginn seiner Kanzlerschaft bewußt andere Zeichen gesetzt. Seine Weige-
rung, an den Gedenkfeierlichkeiten zum Ende des Ersten Weltkrieges in Paris teilzunehmen,
deutete bereits an, daß er nicht bereit war, die „Demutspolitik“ seines Vorgängers fortzuset-
zen (wie dies ein Frankreich nicht wohlgesonnener Leser in der Frankfurter Allgemeinen Zei-
tung formulierte). Nicht nur Oskar Lafontaine meinte im Rückblick, daß Schröders Absage
eine „Instinklosigkeit“ gewesen sei.²¹⁴ Auch die beiden Vorgänger Schröders sprachen – in
einem seltenen Maß an Übereinstimmung – von einem Mangel an der „notwendigen Sensibi-
lität“ gegenüber Frankreich (H. Kohl)²¹⁵ oder gar von einer potentiell „gefährlichen Entwick-
lung“ in den deutsch-französischen Beziehungen (H. Schmidt).²¹⁶
Nun sind (und waren) die stärker anglophilen Neigungen Gerhard Schröders schon früher
bekannt, und in gewisser Weise werden sie auch relativiert durch das eindeutige Bekenntnis
Joschka Fischers zur zentralen Stellung Frankreichs („unser engster Freund und wichtigster
Partner für die Fortentwicklung Europas“) sowie durch den Stellenwert, der Frankreich so-

²¹² „Verlässlichkeit in den internationalen Beziehungen“. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur offi-
ziellen Eröffnung des Sitzes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 2. September 1999 in Berlin,
in: Bulletin, Nr. 55 (20. September 1999), S. 575.

²¹³ „Frankreich hat sein eigenes Selbstverständnis und sich immer als Grande Nation gesehen. Natürlich könnte
man mit den Franzosen streiten, warum sie sich so sehen. Aber es ist vernünftig, dieses Selbstwertgefühl zu
akzeptieren. Freundschaft muss wie im Privateleben gepflegt werden. Sie ist keine Einbahnstraße. Außenpolitik
lässt sich nicht mit der Elle des Rechnungshofes messen.“ „Reiner Volksbetrug“. Interview mit Helmut Kohl, in:
Focus, Nr. 43 (25. Oktober 1999), S. 70.

²¹⁴ Oskar Lafontaine, *Das Herz schlägt links*, München: Econ Verlag 1999, S. 183. Vgl. hierzu auch das
deutsch-französische „Sündenregister“ Schröders aus der Sicht des Vorsitzenden des Bundesausschusses
Außen- und Sicherheitspolitik der CDU, Friedbert Pflüger, „Zehn Sünden der Regierung Schröder in der Außen-
politik“, Berlin, 28. September 1999. Der Frankreich-Berater Gerhard Schröders, Rudolf von Thadden, nannte
Frankreich im Zusammenhang mit der Einladung eine „autistische Nation“ und meinte, diese Einladung wäre
vergleichbar mit einer Einladung an die Franzosen, Waterloo zu feiern; vgl. Rudolf von Thadden, marriage-
guidance counsellor, in: *The Economist*, 2. Oktober 1999, S. 36.

²¹⁵ „Reiner Volksbetrug“. Interview mit Helmut Kohl, in: Focus, Nr. 43, 25. Oktober 1999, S. 70.

²¹⁶ „Auch früher war Egoismus nie ein Fremdwort in der Europäischen Union. Immer schon haben manche
Minister und sogar Regierungschefs die Durchsetzung ihrer nationalen Interessen in europäischen Gremien zu
Hause als bedeutende Siege gefeiert (...). Aber kaum jemals in den letzten drei Jahrzehnten haben ein französi-
scher Staatspräsident und ein deutscher Kanzler den Eindruck zugelassen, für sie sei ein spezifisches Interesse
ihres Landes (oder ihrer eigenen Wähler) in der einen oder anderen agrar-, finanz- oder personalpolitischen Fra-
ge wichtiger als der Fortschritt der europäischen Integration insgesamt. Dergleichen darf nicht zur Gewohnheit
werden!“ Helmut Schmidt, *Patrioten setzen auf Europa*. Die deutsch-französische Entente liegt im beiderseitigen
strategischen Interesse, in: *Die Zeit*, Nr. 33 (12. August 1999).

wohl in der deutschen Bevölkerung als auch innerhalb der deutschen Elite nach wie vor zugewiesen wird (vgl. Tabellen 8 und 9). Allerdings betont selbst Fischer, daß Deutschland und Europa sich „fundamental verändert“ hätten und Frankreich und Deutschland „in diesem veränderten Umfeld ihre Rolle und ihre Beziehung zueinander anpassen“ müßten.²¹⁷ Worin diese Anpassung bestehen könnte, hatte Fischer jedoch lange Zeit im Dunkeln gelassen, wodurch nicht zuletzt auch der Verdacht geschürt wurde, daß es mit der „Herzensangelegenheit“ nicht mehr so weit her sein kann.²¹⁸ Deutschland und Frankreich bräuchten für eine „relance“ der bilateralen Beziehung keine „neue Institutionen“, sondern „vor allem eines: neue Ideen“.²¹⁹ Diese Ideen entwickelte er im Mai diesen Jahres in einer lange und gründlich vorbereiteten Grundsatzrede zur „Finalität der europäischen Integration“, in der er sich ganz wesentlich auf die deutsch-französische Achse als Kern einer integrationspolitischen Avantgarde konzentrierte.²²⁰ Rudolf von Thadden, der von Schröder und Fischer neu ernannte Koordinator der deutsch-französischen Zusammenarbeit, formuliert dieselbe Sorge, die Fischer umtreibt, mit etwas anderen Worten. Die Zeit der Versöhnung, so sagt von Thadden, sei vorbei. Heute gehe es um wechselseitiges „Verständnis, und das ist nicht dasselbe“. Für Frankreich sei es „offensichtlich, daß der deutsch-französische Dialog privilegiert sei. Aber in unseren Tagen ist kein Dialog privilegiert. Der Dialog zwischen Großbritannien und Deutschland, Amerika und Deutschland oder Rußland und Deutschland ist genauso wichtig wie der Dialog zwischen Frankreich und Deutschland.“²²¹

Allen diesen Aussagen ist gemein, daß mit den Veränderungen in Deutschland und Europa auch die deutsch-französischen Beziehungen in eine neue Phase eintreten. Hubert Védrines Wort von der Phase der „post-réconciliation“ bezeichnet diese neue Entwicklung recht treffend: wir wissen was hinter uns liegt, aber abgesehen von allgemeinen Bekenntnissen zu den deutsch-französischen Beziehungen und neuen Ideen für eine europäische „Avantgarde“ ist bislang noch schwer absehbar, worin das Spezifische der neuen Phase liegen wird. Rudolf von Thadden dürfte jedoch die generelle Richtung richtig deuten: wie in anderen Feldern auch wird sich das neue deutsche Selbstbewußtsein mehr Gehör verschaffen. Wo die Anhänger der Bonner Republik noch immer sagen, daß Frankreich nicht zuletzt deshalb die Führungsrolle in Europa zusteht, weil die Skepsis gegenüber einer deutschen Führungsrolle weit stärker ausge-

²¹⁷ Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer in der französischen Nationalversammlung am 20. Januar 1999 in Paris, verfügbar unter der Homepage des Auswärtigen Amtes unter http://www.auswaertiges-amt.government.de/6_archiv/index.htm.

²¹⁸ Zur Entwicklung der Stimmungsbilder zu den deutsch-französischen Beziehungen seit dem Regierungswechsel vgl. u.a. Michaela Wiegel, Harte Kritik Chiracs an den deutschen Vorschlägen für das EU-Gipfeltreffen in Berlin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. März 1999, S. 1; Eckart Lohse, Ein „geschäftsmäßiges Verhältnis“. Botschafter: Ungewissheiten über die Regierung Schröder sind beseitigt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. November 1999, S. 7; sowie kurz vor und nach der Berliner Rede Fischers, Michaela Wiegel, Der deutsch-französische Motor kommt wieder in Gang, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Mai 2000, S. 7 und dies., Der „Geist von Rambouillet“. Der deutsch-französische Dialog über die Zukunft wird wieder spannend, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Mai 2000, S. 16.

²¹⁹ Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer in der französischen Nationalversammlung, a.a.O..

²²⁰ Vgl. „Vom Staatenbund zur Föderation - Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“, Rede von Joschka Fischer in der Humboldt-Universität in Berlin, 12. Mai 2000, in: Stichworte zur Sicherheitspolitik, Nr. 5 (Mai 2000), S. 13-14.

²²¹ Rudolf von Thadden, marriage-guidance counsellor, in: The Economist, 2. Oktober 1999, S. 36; vgl. ferner Eckart Lohse, Intellektueller Übersetzer. Thadden wirkt zwischen Berlin und Paris, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. September 2000, S. 5.

prägt wäre,²²² sind die neuen Vertreter der Berliner Republik weit weniger bereit, Frankreich den „Vortritt“ (Schmidt) zu lassen. Die alte Arbeitsteilung – Deutschland als ökonomische Führungsmacht, Frankreich als politische Führungsmacht – funktioniert also nicht mehr, und damit ändern sich auch die Spielregeln. Für sich genommen muß dies noch kein Problem sein, da beide Seiten wissen, daß sie nach wie vor – und im Zeitalter des Euro in gewisser Weise noch stärker als früher – in hohem Maße aufeinander angewiesen sind. Richtig ist allerdings auch, daß die neue Mischung aus deutschem Selbstbewußtsein, Normalitätssehnsucht und Effizienzdenken bei der Berliner Generation dazu führt, die Bedeutung Frankreichs zu relativieren und im Konfliktfalle auch weniger Rücksicht zu nehmen. Auch in der deutschen Selbstwahrnehmung hinterläßt dies mittlerweile Spuren, meinen doch 37,4 Prozent der deutschen Elite, daß sich ein aktiveres außenpolitisches Engagement Deutschlands negativ auf die deutsch-französischen Beziehungen auswirken wird.²²³ Die Veränderungen, die sich bislang beobachten lassen, sind allerdings viel stärker Veränderungen des Stils und weniger eine Veränderung der Substanz deutscher Außenpolitik. Die relative Bedeutung Frankreichs in der deutschen Außenpolitik hat im Vergleich zu den USA eher zugenommen, insgesamt aber aufgrund des deutschen Machtzuwachses sich auch stark verändert. Die deutsch-französischen Beziehungen sind heute „nicht mehr so poetisch und viel pragmatischer als früher“, nennt dies der französische Außenminister Hubert Védrine.²²⁴ Wenn sich zukünftig allerdings auch in substantiellen Fragen stärkere Differenzen ergeben, wird viel davon abhängen, inwieweit die „Theorie der Gegensätze“, die Joschka Fischer schon kurz nach seinem Amtsantritt formulierte, einen „pragmatischeren“ Ansatz verkraftet.²²⁵ Die Verhandlungen im Rahmen der derzeit laufenden Regierungskonferenz (Stichwort u.a.: Erhöhung der deutschen Stimmenzahl im Ministerrat) deuten bereits an, daß der „pragmatischeren“ deutsche Ansatz, der auch immer weniger davor zurückschreckt, Statusdifferenzen gegenüber Frankreich hervorzukehren, deutliche französische Gegenreaktionen provoziert.²²⁶

²²² „Die deutsche politische Klasse muss wissen: Frankreich besitzt im Urteil der Welt historische, kulturelle, völkerrechtliche und nukleare Trumpfkarten, die wir Deutschen nicht haben. Deshalb bedürfen wir der Franzosen, deshalb gebührt ihnen der Vortritt. Herbert Wehner hat es einmal auf die kürzeste Formel gebracht: ‘Ohne Frankreich ist alles nichts.’“ Helmut Schmidt, Patrioten setzen auf Europa. Die deutsch-französische Entente liegt im beiderseitigen strategischen Interesse, in: Die Zeit, Nr. 33 (12. August 1999).

²²³ Dies Zahl stammt aus einer Elitenbefragung zu den deutsch-polnischen Beziehungen, vgl. Wolf-Dieter Eberwein, Janusz Reiter, Die deutsch-polnischen Beziehungen. Eine Interessen- und Wertegemeinschaft?, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin 1999, S. 48.

²²⁴ Zit. nach Michaela Wiegel, Das Duo einer neuen Generation. Die Außenminister Fischer und Védrine, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Oktober 1999, S. 9.

²²⁵ Auf die Frage was „das Wesentliche an den deutsch französischen Beziehungen“ sei, antwortete er im November 1998: „Die Integration zweier Gegensätze“; vgl. Interview des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer mit der Süddeutschen Zeitung, 27. November 1998, Homepage des Auswärtigen Amtes unter http://www.auswaertiges-amt.government.de/6_archiv/index.htm. Knapp ein Jahr später formulierte er diese Theorie so: „Aus Gegensätzen entsteht ein Spannungsverhältnis und Interesse am anderen. Das wiederum bildet die Grundlage für unsere gemeinsamen Anstrengungen“, zit. Wiegel, Das Duo einer neuen Generation.

²²⁶ Vgl. hierzu Berichte über deutsche Forderungen in der Regierungskonferenz, die Stimmengewichtung im Europäischen Rat zugunsten der Deutschen zu verändern, um dadurch auch als stärkstes Land in Europa erkennbar zu sein, u.a. Deutscheres Europa, in: taz, 2. Juni 2000, http://www.taz.de/tpl/2000/06/02.nf/text?Tname=a0047&list=TAZ_txt&idx=9; sowie Joachim Fritz-Vannahme, Mutprobe: Der Kanzler will mehr Macht im Europäischen Rat, in: Die Zeit, Nr. 25, 15. Juni 2000, <http://www.archiv.ZEIT.de/daten/pages/200025.stimmengewichtun.html>.

5.2.4. *Eine gleichberechtigte Partnerschaft unter Erwachsenen in einer multipolaren Welt: Die außenpolitische Loslösung von den amerikanischen Eltern*

Für die deutsch-amerikanischen Beziehungen war der Einschnitt der Vereinigung sicherlich weit weniger dramatisch als für das deutsch-französische Verhältnis. Die Spätfolgen sind allerdings nicht minder einschneidend. Wo Frankreich das gewachsene Gewicht Deutschlands eher mit Sorge verfolgte, setzten die Amerikaner stärker darauf, einen wichtigen „Partner in der Führung“ gewonnen zu haben. Das aus amerikanischer Sicht zentrale strategische Problem, Deutschland *und* seinen östlichen Nachbarn Sicherheit zu gewähren, konnte man mit der Osterweiterung der NATO auffangen, die Anbindung Rußlands in westliche Strukturen gelang durch den NATO-Rußland-Rat, beides Initiativen, die sehr stark durch deutsch-amerikanische Initiativen geprägt wurden. Trotzdem machen sich auch in diesem bilateralen Verhältnis wichtige Veränderungen bemerkbar, vor allem in jüngster Zeit.

Das alte Grundsatzproblem der Bonner Außenpolitik – Situationen zu vermeiden, in denen man zwischen Paris und Washington wählen mußte – stellt sich heute in dieser Form nicht mehr, weil sich deutsche Abhängigkeiten von beiden Partnern verringert haben, bzw. sich in anderer Weise stellen. Die Deutschen präsentieren sich heute als selbstbewußter Partner von beiden, allerdings in dem Bewußtsein, daß die Amerikaner vom europäischen Kontinent weiter weggerückt sind²²⁷ und die Europäer, selbst wenn sie eine fortdauernde Präsenz und ein aktives Engagement der Amerikaner wünschen, zunehmend Zweifel haben, ob diese Präsenz in Übereinstimmung mit europäischen Interessen erhalten werden kann. Ähnlich wie in Frankreich sind diese Zweifel durch die Erfahrungen im Kosovo-Krieg auch in Deutschland eher verstärkt worden. Zwar dürfte dies keinen grundlegenden Wandel hinsichtlich der Wünschbarkeit guter Beziehungen mit den USA bewirken, da aber bereits vor drei Jahren die Bedeutung der Beziehungen zu den USA deutlich hinter Frankreich sowie Mittel- und Osteuropa (einschließlich Rußlands) rangierte (vgl. Tabelle 8), deuten sich hier durchaus merkliche Verschiebungen im Vergleich zur Zeit vor 1990 an.

Hinzu kommen die diplomatisch verbrämten „atmosphärischen Störungen“, die sich seit dem Ende des Kosovo-Krieges vermehrt haben. Nicht nur die thematisierungsbedürftigen Konfliktgegenstände auf den Sprechzetteln der Diplomaten haben deutlich zugenommen. Auch der Ton der Auseinandersetzung hat an Schärfe merklich zugelegt. Der erste Krieg der NATO im Kosovo, der in den USA und in Europa zu unterschiedlichen Schlußfolgerungen Anlaß gab; die durch diese Erfahrungen wesentlich beschleunigten Planungen der Europäer für eine eigenständigere Verteidigungspolitik, die mehr ist als eine bloße „Verteidigungs-Identität“; amerikanische Alleingänge im Rahmen einer „National Missile Defense“ (NMD); Irritationen um die Besetzung der Spitze des IMF durch den Deutschen Koch-Weser sowie um die zukünftige Ausrichtung der IMF-Strategie – dies sind die äußeren Anzeichen dieser Störungen. Wenn der amerikanische Botschafter in Berlin, John Kornblum, den Deutschen im Zusammenhang mit der missglückten Koch-Weser Affäre öffentlich bescheinigt, daß es „noch einige Zeit dauern wird, bis sie (die Deutschen) den rechten Ton gefunden und gelehrt haben, ihre wichtige Rolle in Europa wahrzunehmen“²²⁸ und umgekehrt der engste außenpolitische Berater des deutschen Bundeskanzlers, Michael Steiner, sich öffentlich darüber be-

²²⁷ Betrachtet man sich neuere Umfragedaten, dann hat die Bedeutung Europas innerhalb der politischen Eliten der USA beträchtlich nachgelassen: meinten 1986 noch 94 Prozent der amerikanischen Elite, daß die USA in Großbritannien „vitale Interessen“ hätten, so fiel diese Zahl 1990 auf 86 und 1998 auf 84 Prozent; zum Teil noch drastischere Rückgänge lassen sich für Deutschland und Frankreich feststellen (Deutschland: 1986: 98 Prozent; 1990: 95 Prozent; 1998: 83 Prozent; Frankreich: 1986: 82 Prozent; 1990: 63 Prozent; 1998: 57 Prozent). Vgl.

John E. Rielly, *American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1999*, Chicago: The Chicago Council on Foreign Relations 1999, S. 14.

²²⁸ Zit. nach Die EU schickt Köhler ins IWF-Rennen, in: Handelsblatt, 14. März 2000, S. 4.

klagt, daß die Amerikaner sich weiterhin als Supermacht aufspielten, die „mit Hilfe des IWF weltweit die Regeln der Globalisierung bestimmen“ wollten²²⁹, dann sind dies zudem deutliche Zeichen dafür, daß nicht nur die sachlichen Differenzen zunehmen, sondern auch der Ton eine bislang ungekannte Schärfe erlangt. Von deutschen Diplomaten ist hinter vorgehaltener Hand sogar zu hören, daß im Auswärtigen Amt unter Minister Fischer eine schleichende Verschiebung in der Prioritätensetzung deutscher Außenpolitik festzustellen sei. Während die Regierung Kohl im Dreieck Paris-Bonn-Washington eine Politik des „sowohl als auch“ zur deutschen Staatsräson erklärte, finde jetzt unter Fischer und Schröder eine schleichende Enttabuisierung des Kritikverbots gegenüber den USA und eine Verstärkung der Tabuisierung der europäischen Integration statt.

Wenn vor diesem Hintergrund Außenminister Fischer neben dem traditionellen Bekenntnis zur deutsch-amerikanischen Freundschaft mittlerweile auch davon spricht, daß „die künftige Welt multipolar“ sein wird und die Europäische Union neben Amerika, China, Japan, Rußland und Indien einen dieser Pole bilden wird,²³⁰ dann kann dies als Formel dafür gelesen werden, daß sich unter deutschen Entscheidungsträgern in den letzten Jahren der Eindruck unterschiedlicher deutscher bzw. europäischer Interessen auf der einen Seite sowie amerikanischer Interessen auf der anderen Seite verstärkt hat. Zunehmend unterschiedliche Einschätzungen zur Rolle Rußlands oder der Türkei, zum Problem einer „globalen“ Rolle der NATO oder der Rüstungskontrolle (CTBT) treten neben die „alten“, an Intensität sicherlich nicht nachlassenden Handelskonflikte.²³¹ Da das Amerikabild der neuen Generation weniger durch „care-Pakete“ als durch den Vietnam-Krieg geprägt ist, fallen zudem generationsspezifische Sentimentalitäten in den Beziehungen zu den USA weg. Dies bedeutet nicht, daß die 68er Generation den Wert der Beziehungen nicht zu schätzen wüßte. Allerdings nimmt sie die Rede von der „gleichberechtigten Partnerschaft“ wörtlicher als die vorangehende Generation der Befangenen. Unter anderem wird diese Formel mittlerweile als Ausdruck einer notwendigen Emanzipation der Europäer gegenüber der Vormachtstellung der USA verstanden. Karsten Voigt, der seit dem Regierungswechsel als „Koordinator der deutsch-amerikanischen Beziehungen“ im Auswärtigen Amt für das vielfältige Netzwerk der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen zuständig ist, ist ein typischer Vertreter der neuen Außenpolitiker-Generation an den Hebeln der Macht. Wenn Voigt von der „gleichberechtigten Partnerschaft“ spricht, vertraut er ganz darauf, daß die Substanz dieser Partnerschaft mittlerweile so weit fortgeschritten sei, daß man diese als Gemeinschaft („community“) begreifen müsse. Wie in einer eingefahrenen Ehe, in der der eine Partner bislang dominiert habe, gehe es jetzt darum, die Emanzipationsbestrebungen des anderen Partners ernst zu nehmen, die alten Asymmetrien aufzuheben und auf der Ebene einer fairen und gleichberechtigten Partnerschaft neu anzufangen. Daß diese Emanzipationsbestrebungen dem bisherigen Herrn im Hause nicht gefallen und dieser mit allen Mitteln versucht, seine Privilegien zu wahren, sei verständlich. Die Zeiten seien allerdings vorbei, in denen sich die Europäer von den Amerikanern bevormunden ließen. Dies müßten die USA einfach lernen.²³² Außenminister Fischer drückte einen ähnlichen Gedanken mit einer etwas anders gelagerten Analogie

²²⁹ Vgl. das Zitat Steiners zur Koch-Weser Affäre in: Die Welt, 14. März 2000, S. 3.

²³⁰ Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer vor dem Council on Foreign Relations am 5. November 1999 in New York, Homepage des Auswärtigen Amtes unter http://www.auswaertiges-amt.government.de/2_aktuel/index.htm.

²³¹ Vgl. Bruce Stokes, Transatlantischer Handel in Gefahr. Belastungen durch neue Technologien, in: Internationale Politik, 54. Jg., Nr. 9 (September 1999), S. 65-72.

²³² Diverse Interviews mit bzw. Beiträge von Voigt (Belege nachliefern).

aus als er sagte, daß die Emanzipationsbestrebungen der Europäer mit dem „Erwachsenwerden eines Kindes“ vergleichbar seien: „Einerseits freuen sich die Eltern, andererseits sind sie besorgt“.²³³

In zunehmendem Maße werden daher die Unterschiede gegenüber den Gemeinsamkeiten mit den USA hervorgehoben, wobei weniger die bilaterale, sondern stärker die multilaterale, EU-US Beziehung in den Mittelpunkt gerückt wird. Aus deutscher Sicht stellt sich immer öfter „die prinzipielle Frage nach der Opportunität unipolaren oder multipolaren Handelns“, wobei insbesondere Fischer die Gefahr sieht, daß es hier „zu einer grundsätzlichen Asymmetrie zwischen Europäern und Amerikanern“ kommen könnte.²³⁴ All das bedeutet nicht, daß die neue Generation die Bedeutung der „atlantisch-europäischen Bündniseinbindung“ gering schätzen würde. Sie bleibt, wie Joschka Fischer bereits 1994 formulierte, für Deutschland „nicht nur aus Sicherheitsgründen (...), sondern auch aus innenpolitisch-historischen Gründen seiner ‚geliebenden Demokratie‘“ wichtig, weil auch sie einen bedeutsamen Beitrag zur Überwindung der „verfluchten Mittellage“ leistet.²³⁵ Da sich aber (1) die Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik verändert, (2) die Prioritäten der USA zuungunsten Europas verschoben haben, (3) die Europäische Union sowohl in wirtschafts- und währungspolitischer als auch sicherheitspolitischer Hinsicht weitergehende Ambitionen verfolgt als noch vor einem Jahr und sich insofern (4) die Notwendigkeit inner-europäischer Lösungen in höherem Maße stellt als früher, hat auch die relative Bedeutung der USA im Vergleich zur europäischen Ausrichtung deutscher Außenpolitik nachgelassen.

5.2.5. *Der Anwalt und seine Klienten: Deutschland und die mittel- und osteuropäischen Groß-, Mittel- und Kleinmächte*

Die gewichtigste Veränderung der deutschen Außenpolitik nach 1990 betrifft zweifellos das Verhältnis zu den unmittelbaren östlichen Nachbarstaaten und zu Rußland. Für die deutsche Bevölkerung insgesamt wie auch für die außenpolitische Elite stellt sich hier eines der wichtigsten Aufgabenfelder deutscher Politik (vgl. Tabellen 8 und 9). Von allen großen „westlichen“ Staaten sieht sich Deutschland am stärksten von Entwicklungen in dieser Region betroffen. Im Blick auf sicherheitspolitische Gefahrenlagen bedarf das nicht-nukleare Deutschland weiterhin einer Garantie gegenüber dem nuklearen Restrisiko, im Blick auf die ökonomischen und politischen Chancen setzt die neue wie die alte Regierung auf die *Einbindung* des unmittelbaren Umfeldes in und die *Anbindung* Rußlands an westliche Institutionen.²³⁶ Mit der Aufnahme der unmittelbaren Nachbarn Polen und Tschechien in die NATO, der Einrichtung des NATO-Rußland-Rates und der Erweiterungspolitik der EU ist dies weitgehend gelungen. Damit sind aus deutscher Sicht wichtige Schritte getan worden, um überkommene „Mitteleuropa“-Konzepte definitiv zu verwerfen (d.h. die „verfluchte Mittellage“ zu überwinden) und sowohl den östlichen Nachbarn ihre Furcht vor deutscher Hegemonie wie auch den westli-

²³³ Diese Aussage Fischers findet sich in einer Zitatensammlung zur Koch-Weser-Affäre, in: Die Welt, 14. März 2000, S. 3.

²³⁴ Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer vor dem Council on Foreign Relations am 5. November 1999 in New York.

²³⁵ Fischer, Risiko Deutschland, a.a.O., S. 222.

²³⁶ Die Unterscheidung zwischen „Einbindung“ (im Sinne *voller Integration* in westliche Institutionen) und „Anbindung“ (im Sinne *enger Kooperation* mit westlichen Institutionen allerdings *ohne die Rechte*, die mit einer *Mitgliedschaft* einhergehen) geht auf ein internes Strategiepapier des Planungsstabes im Auswärtigen Amt zurück; vgl. Claus Gennrich, Von Moskau soll es abhängen, ob und inwieweit es sich selbst isoliert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. April 1994.

chen Nachbarn ihre Furcht vor einer deutschen Abkehr von westlichen Institutionen zu nehmen. Institutionalisierte Dialoge wie das „Weimarer Dreieck“ zwischen Polen, Deutschland und Frankreich stehen genauso beispielhaft für diese Strategie wie die Formulierung einer „Gemeinsamen Strategie“ der EU gegenüber Rußland.

Die Veränderungen im Verhältnis zu Polen sind wohl am weitreichendsten. Sind noch im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten starke Differenzen zu Tage getreten, die sogar soweit reichten, daß der frühere polnische Präsident Walesa laut über Nuklearschläge gegen Deutschland nachdachte,²³⁷ so ist dieses Mißtrauen nach der Vereinigung durch den Abschluß diverser Verträge überraschend schnell verfliegen. Eigentlich durchgängig sagen die meisten Experten heute, daß in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen das bilaterale Verhältnis niemals besser war als in den letzten Jahren. Desweiteren gehen heute sowohl eine überwältigende Mehrheit der Polen als auch der Deutschen davon aus, daß sich diese Beziehungen in allen Bereichen weiter intensivieren werden: 73,8 Prozent der Polen und 91,9 Prozent der Deutschen erwarten intensivierte kulturelle Beziehungen, 80 Prozent der Polen bzw. 94,2 Prozent der Deutschen erwarten verstärkte politische Beziehungen und sogar 91,4 Prozent der Polen bzw. 98,2 Prozent der deutschen Elite erwarten intensivere wirtschaftliche Beziehungen.²³⁸ Auch wenn sich sowohl die Deutschen als auch die Polen weniger stark miteinander verbunden fühlen als beide mit den Franzosen,²³⁹ so steht doch außer Frage, daß das deutsche Engagement für die Einbeziehung Polens in sämtliche westliche Institutionen nicht zuletzt aus historischer Verantwortung auf breite Zustimmung stößt. 73,6 Prozent der deutschen Elite sind der Auffassung, daß Deutschland die Beitrittswünsche Polens zu NATO und EU „als ein Zeichen der Versöhnung unterstützen“ sollten.²⁴⁰

Diese grundsätzlich positive Einstellung, die sich auch auf beiden Seiten in der früher so sensiblen Frage der deutschen Minderheit in Polen spiegelt, findet sich auch durchgängig in Regierungsstellungnahmen. Die anfänglichen Befürchtungen der polnischen Seite, daß die neue Bundesregierung mit ihrer Betonung eines „neuen Realismus“ der EU-Osterweiterung eine geringere Bedeutung beimessen würde als die Regierung Kohl, werden mittlerweile nicht mehr offen thematisiert, auch wenn sich die Bundesregierung weiterhin weigert, den von den Polen (und der deutschen Opposition) gewünschten Termin für den EU-Beitritt zu nennen.²⁴¹ Insofern besteht heute kein stärkerer Anlaß als früher, die deutsche EU-Erweiterungspolitik als Form des „Geo-Klientelismus“ zu betrachten, vor dem Außenminister Fischer in seiner Pariser Rede sowohl die deutsche wie auch die französische Seite warnte.²⁴² Wenn die Bun-

²³⁷ Vgl. Elizabeth Pond, *Beyond the Wall: Germany's Road to Unification*, Washington, D.C.: The Brookings Institution, S. 195.

²³⁸ Diese Zahlen von 1998 basieren auf der ersten parallelen Umfrage unter deutschen und polnischen Eliten; vgl. Wolf-Dieter Eberwein, Janusz Reiter, *Die deutsch-polnischen Beziehungen. Eine Interessen- und Wertegemeinschaft?*, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin 1999, S. 43.

²³⁹ Vgl. Eberwein/Reiter, S. 21. Eine Frage lautete, wie stark sich Deutsche bzw. Polen mit anderen verbunden fühlen. 96,2 Prozent der Polen sagten „mit ihren Landsleuten“ (67,7 Prozent der Deutschen), 66,3 Prozent „mit den Europäern und Europa als Ganzem“ (66,4 Prozent der Deutschen), 25,2 Prozent „mit den Franzosen und Frankreich“ (40,9 Prozent der Deutschen), aber nur 16,9 Prozent der Polen „mit den Deutschen“ bzw. 21,8 Prozent der Deutschen „mit den Polen“.

²⁴⁰ Eberwein/Reiter, *Die deutsch-polnischen Beziehungen*, S. 40.

²⁴¹ Vgl. zuletzt die Stellungnahme von Bundeskanzler Schröder in seiner Rede anlässlich des 4. Forums „Fazit Deutschland“ am 22. September 1999 in Berlin, in: *Bulletin*, Nr. 59 (30. September 1999), S. 606.

²⁴² Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer in der französischen Nationalversammlung am 20. Januar 1999 in Paris, verfügbar unter der Homepage des Auswärtigen Amtes unter http://www.auswaertiges-amt.government.de/6_archiv/index.htm.

desregierung sich in ihrer Erweiterungspolitik überhaupt von einer „Klientel“ beeinflussen läßt, dann sind es Befürchtungen in der Bevölkerung wie auch unter den Eliten, daß eine zu schnelle Öffnung zu nachteiligen Konsequenzen für den deutschen Arbeitsmarkt führen könnte (vgl. Tabelle 10). Alles in allem gilt daher auch für das deutsch-polnische Verhältnis, was für die deutsche Europapolitik insgesamt gilt: substantielle Veränderungen der Politik sind wohl im Vergleich zur Zeit vor der Vereinigung festzustellen, nicht aber (oder zumindest nicht in gravierender Weise) seit dem Regierungswechsel von Kohl zu Schröder. Allerdings ist auch in den Beziehungen zu Polen eine „nüchternere“, stärker die eigenen deutschen Interessen berücksichtigende Herangehensweise zu beobachten, die vor allem darin zum Ausdruck kommen, daß Deutschland die zusätzlichen Kosten der Erweiterung minimieren will.

Ähnliches gilt auch im Verhältnis zu Rußland. Auch die neue Regierung folgt hier einer Strategie der *Anbindung* an (aber nicht der *Einbindung* in) westliche Kerninstitutionen. Wie die Regierung Kohl sieht die Regierung Schröder eine wesentliche Funktion deutscher Außenpolitik darin, Brücken zu schlagen zwischen westlichen und russischen Interessen – dies allerdings im Rahmen westlicher Institutionen und nicht losgelöst von ihnen, auch wenn Gerhard Schröder während des ersten Besuches des neuen russischen Präsidenten Putin in Berlin von einer „strategischen Partnerschaft“ zwischen beiden Großmächten spricht. Dies wurde in der Endphase des Kosovo Krieges deutlich und zeigte sich auch im deutschen Engagement für die Einbeziehung Rußlands in die G7/G8 Konsultationen sowie die (langfristige) deutsche Unterstützung für eine russische Mitgliedschaft in der WTO. Veränderungen sind insofern auch hier viel stärker im Stil des diplomatischen Umgangs zu beobachten, so etwa wenn Bundeskanzler Schröder im Vorfeld seines Antrittsbesuches in Moskau Mitte November 1998 deutlich machte, daß die Zeiten der „Sauna-Freundschaft“ (eine Anspielung auf das persönlich enge Verhältnis zwischen Kohl und Jelzin) vorbei sei. Einen „besonderen Akzent“ setzte die neue Bundesregierung anfangs insofern dahingehend, daß „systematischere Kontakte zu allen politischen Kräften in Rußland, im Zentrum wie in den Regionen“ aufgebaut werden sollten.²⁴³ Daß sich die wesentlich unter deutscher Beteiligung zustande gekommene erste „Gemeinsame Strategie“ der EU auf Rußland bezieht, bezeichnet demgegenüber weniger einen Unterschied zur Vorgängerregierung als ein Kontinuitätselement, da dies von Kohl sicherlich nicht anders angegangen worden wäre. Auffällig ist daher heute weniger die Differenz zwischen der neuen und der alten Bundesregierung als eine zunehmende Differenz zwischen Deutschland und den USA hinsichtlich der Art und Weise, wie der Westen Rußland begegnen soll. Ohne die USA direkt zu nennen, hatte Joschka Fischer bereits zu Beginn seiner Amtszeit davor gewarnt, Rußland wegen seiner wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten „mit Hochmut oder Geringschätzung zu begegnen“.²⁴⁴ Und noch deutlicher formulierte Helmut Kohl, als er vor einem Jahr feststellte, daß zu viele Länder, einschließlich der Vereinigten Staaten, Rußland gegenüber nicht genügend „Respekt“ zeigten.²⁴⁵

²⁴³ „Europäische Union – Rußland: Partnerschaft für das 21. Jahrhundert“, Ansprache des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Hans-Friedrich von Ploetz vor dem Rat für Außen- und Sicherheitspolitik am 28. Mai 1999 in Moskau, Homepage des Auswärtigen Amtes unter http://www.auswaertiges-amt.government.de/6_archiv/index.htm; vgl. hierzu auch unter derselben Adresse das Interview von Joschka Fischer mit der russischen Nachrichtenagentur ITAR-TASS im Vorfeld seines Besuchs in Moskau Mitte November 1998; Fischer sagte, daß „in der Vergangenheit persönliche Beziehungen zwischen einzelnen Politikern eine große Rolle gespielt“ hätten. Dies sei zwar „gewiß hilfreich“ gewesen, zukünftig müsse man jedoch „darauf achten, daß die gesellschaftliche Basis unserer Beziehungen verbreitert wird“.

²⁴⁴ Interview von Joschka Fischer mit ITAR-TASS, November 1998, http://www.auswaertiges-amt.government.de/6_archiv/index.htm.

²⁴⁵ Vgl. *ibid.*

5.3. Traditionelle und moderne Großmacht im Widerstreit: Vier illustrative Fälle außenpolitischer Janusköpfigkeit in der Berliner Republik

Die strukturellen und diskursiven Veränderungen in der deutschen Außenpolitik, die ich in den vergangenen Kapiteln beschrieben habe, lassen sich auch an besonders typischen Fällen deutscher Außenpolitik der letzten beiden Jahre illustrieren. Im Kontrast zwischen Bonner und Berliner Verhaltensweisen treten dabei sowohl die Kontinuitätslinien wie auch die neuen außenpolitischen Akzente nochmals deutlich hervor.²⁴⁶ Die Stichworte „EU/Deutschland versus Haider-Österreich“ sowie „EU/Deutschland versus Putin-Russland“ kann man als Beispiele einer realpolitischen Herangehensweise interpretieren, die sich nicht allzu gravierend von außenpolitischen Praktiken der „Bonner Republik“ unterscheidet. Die rot-grüne Regierung hat sich in keinem der beiden Fälle innerhalb der EU vorgedrängt – damit aber insbesondere im Inland einiges an Kritik einstecken müssen, daß sie Ideale verrate: die demokratisch legitimierte, wenn auch politisch unangenehme ÖVP/FPÖ-Regierung wird im Konzert mit 13 anderen europäischen Regierungen zum „innenpolitischen“ Problem der „Wertegemeinschaft“ EU erklärt und mit Sanktionen belegt, indem die offiziellen Kontakte zur höchsten Regierungsspitze eingeschränkt werden, während zur gleichen Zeit der russische Präsident, der einen brutalen Krieg in Tschetschenien führt, in Berlin empfangen und mit ihm eine „strategische Beziehung“ vereinbart wird. In außenpolitischen Grundsatzfragen von diesem Kaliber, die – nach Auffassung vieler – ein deutlicheres Auftreten erfordert und ermöglicht hätten, hat sich die Regierung Schröder genauso zurückgehalten, wie dies wahrscheinlich die Regierung Kohl in den 1980er Jahren in ähnlichen Streitfragen getan hätte. Das wäre also die Kontinuitätslinie deutscher Außenpolitik.

Im Kontrast dazu würde ich die Stichworte „Deutschland/EU und der Kampf um den IWF-Chefsessel“ und „Deutschland/EU und der Kampf um einen Frieden für Kosovo“ eher als Belege dafür anführen, daß die „Berliner Republik“ neue Akzente setzt, die auf der einen Seite die Sorgen über außenpolitische Verträglichkeit angesichts traditionellen Großmachtgehabes der Deutschen als berechtigt erscheinen lassen, zugleich aber auch zeigen, daß ein „modernes“ Verständnis von Großmacht, das zwar auch an Bonner Traditionen anknüpft, die Unterwürfigkeit gegenüber den Verbündeten aber auch nicht übertreibt, durchaus als europäische Friedensmacht im besten Sinne verstanden werden kann. Das Drängen des Bundeskanzlers, den Posten des IWF-Generalsekretärs mit dem Finanzstaatssekretär Koch-Weser zu besetzen, der im Ausland für vergleichsweise unerfahren und zugleich politisch leichtgewichtig und (aus der Perspektive des US-Kongresses) widerspenstig galt, könnte in mehrerer Hinsicht als paradigmatischer Beleg für die Behauptung dienen, daß die Deutschen nicht „reif“ für „Weltpolitik“ sind, wie sie Hartmut Elsenhans vorgetragen hat.²⁴⁷ In gewisser Weise war dies eine neu-deutsche Version des wilhelminischen Dranges zu einem kolonialen Platz an der Sonne. Die Spitze der außenpolitischen Eliten, angeführt durch das Bundeskanzleramt, versteifte sich in einer unübersehbaren und an die schlechtesten „deutschen“ Traditionen anknüpfenden „Jetzt-sind-wir-dran“-Attitüde darauf, den eigenen Kandidaten „durchzudrücken“. Unter den zahlreichen Peinlichkeiten, die damit einhergingen, fiel insbesondere auf, wie vermeintlich erfahrene deutsche Diplomaten und andere außenpolitische Elitenangehörige, die Unterordnungsbereitschaft der bekanntesten Verbündeten unter- und die eigene Überordnungsfähigkeit über-

²⁴⁶ In diesem Teilkapitel greife ich auf Ausführungen zurück, die als Beitrag zu einer Debatte über „die außenpolitische Elite Deutschlands“ demnächst erscheinen wird; vgl. Gunther Hellmann, „Reif für die Weltpolitik“ oder „Reif für die Insel“? Deutschlands Platz an der Sonne liegt auf dem europäischen Kontinent (Debattenbeitrag zu: Hartmut Elsenhans, Reif für die Weltpolitik? Gedanken zur außenpolitischen Elite Deutschlands, in: WeltTrends, Heft 25 (Winter 1999/2000), erscheint in: WeltTrends, Heft 28 (Herbst 2000), S. 13-23.

²⁴⁷ Elsenhans, Reif für die Weltpolitik?, a.a.O., S. 121-128.

schätzten. Daß diese Verbündeten dem Bundeskanzler nach der Ablehnung seiner ersten Nominierung signalisierten, daß Horst Köhler ein akzeptabler deutscher Kandidat wäre – ein Kandidat, der Schröder anfangs im internen Kreis vorgeschlagen wurde, den er aber beiseite schob, weil er als „Kohl-Mann“ etikettiert war – wurde als Volltreffer in der Disziplin des diplomatischen Florettfechtens gelesen.

Das Kosovo-Abenteuer der rot-grünen Koalition begann mit ähnlich ominösen Anzeichen. Ob von der Vorgänger-Regierung disziplinierend eingefädelt oder von der Führungsmacht USA erzwungen – mit dem Regierungsantritt von Schröder und Fischer sah sich die neue Mannschaft mit gewissen Fakten konfrontiert, die sie nicht hatte beeinflussen können. Hinzu kam Anfang 1999 der Affront, daß die beiden wichtigsten europäischen Verbündeten, Frankreich und Großbritannien, mit denen man spätestens jetzt in derselben Gewichtsklasse kämpfen wollte, die Rambouillet-Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Kosovo-Problems an sich rissen und untereinander aufteilten. Die Deutschen jedenfalls sahen sich, wie ein Angehöriger des Auswärtigen Amtes dies später formulierte, trotz ihrer EU-Präsidentschaft von Briten und Franzosen in eine „Zuschauerrolle abkommandiert.“²⁴⁸ An dieser Stelle und später, während der Endphase des Krieges, kamen allerdings trotz der statusmäßigen Zurücksetzung die besten Bonner Tugenden zum Tragen: so sehr man sich intern auch geärgert haben mag, niemand ereiferte sich öffentlich über den französisch-britischen Bilateralismus auf Kosten der Deutschen. Vielmehr suchte man später – ähnlich wie während der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen – hinter den Kulissen nach Kompromisslösungen, die für die nicht mehr ganz so kommunikationsfähigen Amerikaner und Russen akzeptabel wären – und auch von den in dieser Phase nicht mehr ganz so wichtigen Briten und Franzosen mitgetragen würden. Im Ergebnis konnte die deutsche Regierung, allen voran der deutsche Außenminister Fischer, beim Kölner Gipfeltreffen den Frieden in einem Krieg präsentieren, den sie wohl am wenigsten von allen Beteiligten gewollt hatten, auch wenn sie ihn wie andere mitmachten. Zweifelsohne war dies ein großer diplomatischer Erfolg, der vielleicht auch manchem deutschen Diplomaten im Blick auf den britischen Großmachtanspruch, trotz begrenzter Ressourcen noch immer in der höheren Gewichtsklasse der größten Großmächte mithalten zu können („Britain is punching above its weight“), die Genugtuung bescherte, in diesem Konzert gezeigt zu haben, daß man keine nukleare Groß- oder Mittelmacht sein muß, um auch in der allerhöchsten Gewichtsklasse kämpfen und sogar siegen zu können.

An diesen Beispielen fällt zum einen auf, daß die ersten beiden Probleme im Ausland kaum zur Kenntnis genommen wurden, im Inland dafür umso heftiger Gegenstand kritischer Kommentierungen waren. Die allzu offensichtlichen und kleinlauten Zugeständnisse an machtpolitische Realitäten hier (Großmacht Rußland als „Ordnungsfaktor“ in Europa) und historisch-politische Verantwortung da (Druck der EU-Partner auf die Deutschen zum gemeinsamen Kampf gegen „rechts“) stellten in der Kombination eine Überforderung selbst derjenigen in der deutschen Öffentlichkeit dar, die machtpolitische Rücksichtnahme als Teil der internationalen Politik akzeptiert. Im einen Fall den demokratisch-legitimierten österreichischen Kanzler zu sanktionieren und nahezu zeitgleich den obersten Befehlshaber der russischen Kriegsführung in Tschetschenien in Berlin als „strategischen Partner“ Deutschlands zu hofieren, war zuviel des Schlechten: die Aufhebung der österreichischen Souveränität durch 15-1 EU-Mitglieder auf der einen Seite als Ausdruck eines Integrationsfortschrittes der „Wertegemeinschaft“ EU und auf der anderen Seite mit Verweis auf das gegenüber den Deutschen „sehr sensible Ausland“²⁴⁹ zu verkaufen und sich gleichzeitig angesichts des russischen Krieges

²⁴⁸ Vgl. hierzu die Schilderung des Rambouillet-Alleingangs Frankreichs und Großbritanniens durch deutsche Regierungsbeteiligte bei Gunter Hofmann, Wie Deutschland in den Krieg geriet, in: Die Zeit, Nr. 20 (12. Mai 1999), S. 17-21, insbesondere S. 19.

gegen die „tschetschenischen Terroristen“ diplomatisch stark zurückzunehmen, weil man Rußland „nicht isolieren“ will,²⁵⁰ war der deutschen Öffentlichkeit schwer zu vermitteln.

Diese Ambivalenzen in der innerdeutschen Reaktion wurden im Ausland jedoch kaum wahrgenommen. Genau umgekehrt verhielt es sich mit den beiden anderen Beispielen. In den Medien der Verbündeten und unter deren außenpolitischen Eliten wurde das deutsche Verhalten bei der Besetzung des IWF-Chefpostens zum Teil scharf kritisiert, wobei auf einer offiziellen Schiene der französische Vorwurf eines „Neu-Berliner ‚Autismus‘“ noch zu den höflicheren gehörte. Die in Berliner Kreisen kolportierte deutsche Einstellung („Wir sind dran, wir wollen, und der wird es“²⁵¹) hatte sich zwar letzten Endes tatsächlich durchgesetzt, dies allerdings zu einem mindestens dreifachen außenpolitischen Preis: unangenehmen Gesprächen zwischen Paris und Berlin über einen Zusammenhang zwischen französischer Unterstützung für Köhler bei deutschen Zugeständnissen (wobei in Teilen sogar von einem „deal“ die Rede war), daß der Kanzler auf einen baldigen Wechsel an der EZB-Spitze zugunsten eines Franzosen drängen sollte; erzwungene Gespräche auf der Ebene der EU zwischen dem deutschen SPD-Finanzminister Eichel und dem (politisch eigentlich „unberührbaren“) österreichischen FPÖ-Finanzminister Grasser, weil dieser seine Zustimmung mit dem Hinweis verweigerte, von den Deutschen nicht informiert worden zu sein,²⁵² und schließlich die Schadenfreude auf Seiten der Kohl-Anhänger, daß Schröder eine vollständige Blamage nur erspart blieb, weil ein Kohl-Mann für die Verbündeten akzeptabel war.

Auch die deutsche Rolle während des Kosovo-Krieges wurde im Ausland mit großem Interesse, nun aber weitgehender öffentlicher Zustimmung registriert. Daß die deutsche Friedensstiftung allerdings ungeteilte Freude verbreitete, darf bezweifelt werden, denn dies war nicht nur der erste große Krieg, an dem die Deutschen als gleichberechtigter und wichtiger Partner beteiligt waren, sondern es war auch der erste große Konflikt, in dem sie eine zentrale vermittelnde Rolle zwischen jenen Großmächten spielten, die man früher geographisch auf einer östlichen und einer westlichen Seite verortete. Die offensichtliche „Brückenfunktion“ deutscher Diplomatie, die zehn Jahre früher wohl sofort Sonderwegsverdächtigungen provoziert hätte, dürfte zwar einerseits im Blick auf das Ergebnis mit Dank registriert worden sein, andererseits dürfte sich wohl gerade in Paris und London auch ein gewisses neidvolles Mißtrauen breit gemacht haben, angesichts der französisch-britischen Verantwortung für die gescheiterten Rambouillet-Verhandlungen auf der einen Seite und die strahlende Friedensstifterrolle für die Deutschen im Krieg auf der anderen. Beachtlich war in jedem Fall, wie es der deutschen

²⁴⁹ Vgl. die folgende Äußerung des Bundeskanzlers in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“: „Es ist nun einmal so, daß das Ausland, daß unsere europäischen Partner in Sachen Haider sehr sensibel auf die deutsche Reaktion achten“, zit. nach Fischer und Stoiber streiten über Umgang mit Haider, in: Süddeutsche Zeitung, 17. Februar 2000, S. 5.

²⁵⁰ Vgl. die Äußerung von Joschka Fischer in einem Interview mit Le Monde vom 18. April 2000, zit. nach http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/2/n/n000418a.htm: Auf die Frage „Man hört Sie viel über Haider reden, aber nicht viel über Tschetschenien. Ist Ihre Menschenrechtspolitik eingeschlafen?“ antwortete Fischer: „Ich will (Rußland) nicht isolieren. Täten wir dies, dann würden wir das Gegenteil von dem erreichen, was wir erreichen wollen. Wir haben ein Interesse an Stabilität im Kaukasus. Es geht nicht nur um Menschenrechte. Wir haben die Sorge, daß die Politik Moskaus zu einer Destabilisierung der ganzen Region und auch zu Rußland selbst führt.“ Wenn man diese Aussage wechselweise mit dem Akteur „Rußland“ bzw. „Österreich“ durchspielt, entstehen erhebliche Spannungen.

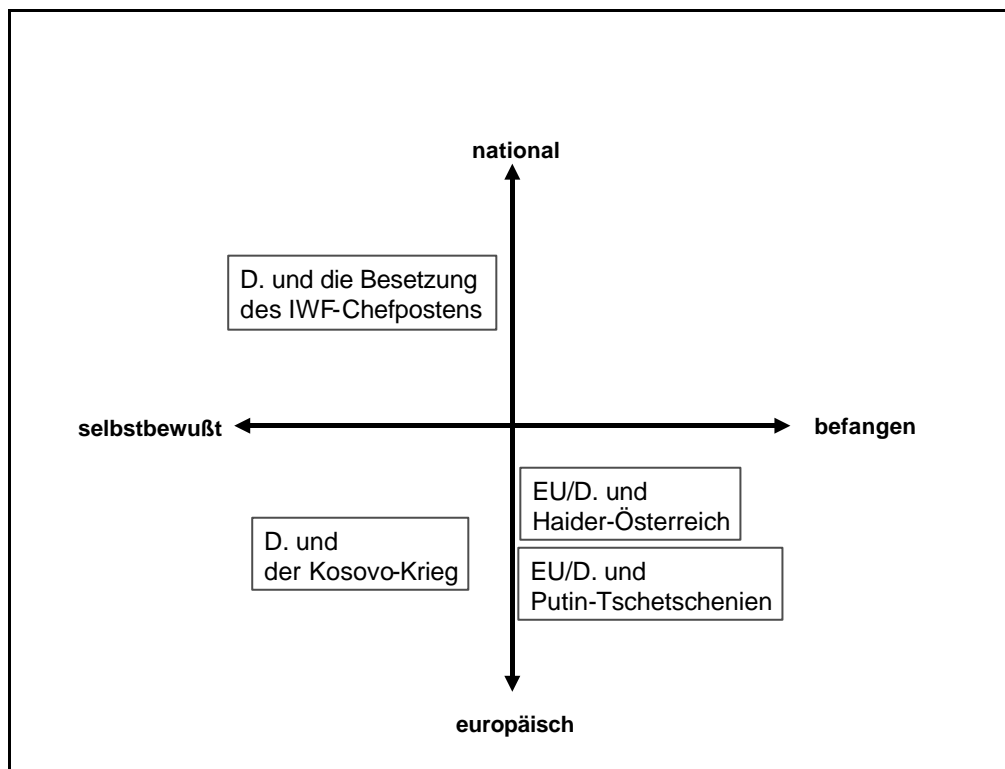
²⁵¹ Vgl. Nikolaus Blome, Andreas Middel, Schröder darf mit einem neuen IWF-Kandidaten aufwarten, in: Die Welt, 14. März 2000, S. 3.

²⁵² Vgl. Claus Hulverscheidt, Thomas Klau, EU startet Werbefeldzug für IWF-Kandidaten, in: Financial Times Deutschland, 14. März 2000, S. 15 sowie Die EU schickt Köhler ins IWF-Rennen, in: Handelsblatt, 14. März 2000, S. 4.

Diplomatie gelang, vermittelnd Konsenspositionen zu entwickeln und zugleich auf allzu lautes Siegesgeschrei (etwa als Retourkutsche für das Verhalten der Briten und Franzosen in Rambouillet) zu verzichten.²⁵³ Alles in allem war dies ein Musterbeispiel gelungener deutscher Diplomatie, in dem beste Bonner Traditionen mit neuen Berliner Gestaltungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten einer „modernen“ Großmacht vorbildlich verknüpft wurden.

Was also an diesen vier Fällen in ihrer Zusammenschau hervorsteicht, ist, daß sie – jedes für sich und alle vier in ihrer Gesamtheit – als paradigmatisch für die Zukunft der Berliner Außenpolitik verstanden werden können. Oder anders formuliert: im zuvor eingeführten Koordinatensystem deutscher Außenpolitik werden in unterschiedlichen Situationen wohl auch in Zukunft unterschiedliche Felder belegt werden. Dies reicht von eher „klassischen“ Bonner Einordnungen für die beiden Fälle Österreich und Rußland bis zu den paradigmatisch neuen Fällen, die im selbstbewußt-multilateralen „Südwesten“ zu verorten wären, wie das Beispiel Kosovo-Krieg oder aber im selbstbewußt-nationalen „Nordwesten“, wie im Falle Koch-Weser (vgl. Schaubild 2).

Schaubild 2



Diese vier Beispiele zeigen, daß die Herausforderungen an das diplomatische Geschick der außenpolitischen Eliten sowohl gegenüber inneren wie äußeren Erwartungen eine andere Dimension erreicht haben als zu Zeiten der „Bonner Republik“. Wichtig ist dabei, daß sich dieser Erwartungsdruck von beiden Seiten verstärkt hat und auch immer seltener in dieselbe

²⁵³ Vgl. allerdings die Aussage eines „Schröder-Mitarbeiters“, der, wie „Der Spiegel“ berichtete „triumphierend“ feststellte, daß „die neue Bonner Regierung spätestens mit dem Kosovo-Krieg zum Zentrum der politischen Bewegung in Europa geworden ist“; „Jetzt mache ich es gut“, in: Der Spiegel, Nr. 20/1999, S. 24.

Richtung geht. Die Folge davon wird aller Wahrscheinlichkeit nach darin bestehen, daß dieser doppelte Erwartungsdruck umso größere Belastungen für die außenpolitischen Eliten mit sich bringen wird, wie die Kluft zwischen außenpolitischer Rhetorik und Leistungsfähigkeit (gemessen an den konkurrierenden Erwartungen zahlreicher Interessenten oder „Klienten“) sich weitet und Entscheidungszwänge immer öfter im Sinne eines „entweder-oder“ wahrgenommen werden. Eine weitere Folge könnte dann darin bestehen, daß sich das politische Klima in Europa insgesamt verschlechtert. Das Beispiel der deutschen Kosovo-Politik zeigt jedoch, daß eine solche Entwicklung nicht zwangsläufig ist. Die außenpolitischen Eliten Deutschlands haben wiederholt unter Beweis gestellt, daß sie im europäischen Kontext die an sie gerichteten Erwartungen (von innen wie von außen) durchaus erfüllen können, wenn sie „Größe“ nicht (wie im IWF-Falle) „traditionell“ definieren, sondern „modern“ – so wie der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Wolfgang Ischinger, dies vor kurzem im Blick auf eine moderne Großmacht Rußland getan hat: „Größe bemißt sich (...) heute nicht so sehr an Macht, sondern an Kraft zu gestalten: es ist wichtiger zu überzeugen, als zu drohen, es ist wichtiger, einzubinden als zu beherrschen, es ist wichtiger Partner zu gewinnen als Gegner in Schach zu halten. Das sind die Gebote des 21. Jahrhunderts.“²⁵⁴

²⁵⁴ Rußland als Europäische Macht. Vortrag von Staatssekretär Wolfgang Ischinger im Rahmen der Sommer-tagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing am 2.7.2000, http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/2/r/r000702a.htm.

6. Deutschland 2010: Ein Ausblick

Wenn Sie Visionen haben, sollten Sie Ihren Arzt aufsuchen.

Helmut Schmidt

„Am meisten tut derjenige was für Europa, der Europa herausnimmt aus der Welt der Träume und hinführt zur Welt der Realität.“

Gerhard Schröder²⁵⁵

„»Je wiedervereinigter die Deutschen, desto europäischer ihre Souveränitätsrechte.« Diese Faustregel sollte die Linke hierzulande zu ihrer politischen Beurteilungsgrundlage für alle weiteren Entwicklungen der europäischen Angelegenheiten machen. [...] Gerade die bundesrepublikanische Linke sollte die Renationalisierung fürchten wie der Teufel das Weihwasser.“

Joschka Fischer²⁵⁶

Die Visionäre sind die wahren Realisten.

Helmut Kohl

Die größte Überraschung, die die Deutschen ihren Partnern bereiten könnten, wäre, so sagte Helmut Kohl vor einem Jahr, daß sie bescheiden auftreten.²⁵⁷ Sind die Deutschen in diesem Sinne außenpolitisch „überraschungsfähig“? Wenn die hier vorgelegte Analyse stimmt, dann werden sich die Überraschungen in Grenzen halten. Eine normale und selbstbewußte Nation, die nicht mehr so sehr in die bedrückende Vergangenheit, sondern vor allem „nach vorne“ blicken will und die sich nicht nur in zunehmendem Maße ihrer zentralen Lage, sondern auch ihres „politischen Gewichts“ bewußt ist, wird sich kaum bescheiden geben. Die Berliner Republik wird sich diese Bescheidenheit außenpolitisch nicht mehr leisten müssen, weil die strategischen Notwendigkeiten zur Rücksichtnahme geschwunden sind; und sie wird sie sich wahrscheinlich innenpolitisch nicht leisten wollen (und vielleicht auch aus finanziellen Überlegungen nicht leisten können), weil nicht nur die Gestaltungsansprüche der politischen Eliten und der Öffentlichkeit, sondern auch das Selbstbewußtsein gestiegen sind.

Als der amerikanische Deutschlandexperte Daniel Hamilton vor fünf Jahren die kommende Berliner Republik in einer Programmschrift außenpolitisch unter die Lupe nahm, beschrieb er die Deutschen noch als ein Volk, das weniger befürchtete, nun wieder der Machtpolitik erliegen zu können. Vielmehr würden die Deutschen fürchten, Opfer einer „anti-imperialen Über-

²⁵⁵ „Europa aus der Welt der Träume in die Realität führen.“ Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, in: Süddeutsche Zeitung, 11. Februar 1999, S. 10. Diese Aussage folgte auf folgende Frage: „SZ: Ihr Außenminister hat in Straßburg kürzlich die Idee einer europäischen Verfassung auf den Tisch gelegt, einer Grundordnung für Europa. Ist das auch Ihr Ziel? *Schröder*: Ich beschäftige mich mit dem, was mittelfristig nicht nur zu wünschen, sondern auch zu realisieren ist. Deswegen setze ich einen anderen Schwerpunkt. Aber die Vision Fischers in Straßburg ist eine, mit der ich keine Schwierigkeiten habe. Nur noch einmal: Am meisten tut derjenige [...]“

²⁵⁶ Joschka Fischer, *Jenseits von Mauer und Wiedervereinigung. Thesen zu einer neuen grünen Deutschlandpolitik*, in: taz, 16. November 1989, S. 13.

²⁵⁷ Vgl. „Noch nie hatten die Deutschen so wenig Grund zum Pessimismus“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Oktober 1999, S. 4.

dehnung“ („anti-imperial overstretch“) zu werden.²⁵⁸ Ihr Problem bestünde nämlich nicht mehr darin, daß sie zuviele mißtrauische Nachbarn, sondern vielmehr zuviele bedürftige Freunde hätten. Wenn die Deutschen sich selbst als „Anwalt“ für jedermann in Europa verstünden oder von den meisten in diesem Sinne in Anspruch genommen würden, dann müßten sie selbst vor allem „ein Deutschland fürchten, das nicht ‚Nein‘ sagen kann“ (wie Hamilton in Anspielung auf einen japanischen Klassiker der 1980er Jahre pointiert zuspitzte). Heute würde Hamilton wohl einräumen, daß die Befürchtungen etwas übertrieben waren, die Deutschen würden sich willig dem Schicksal der „anti-imperialen Überdehnung“ ergeben. „Ein Deutschland, das Nein sagen kann“ ist nicht nur salonfähig geworden, wie der Titel eines Gesprächs mit Egon Bahr zeigte,²⁵⁹ sondern auch eine treffende Beschreibung eines neuen Trends in der deutschen Außenpolitik, der heute zwar erst in Ansätzen zu beobachten ist, mit der selbstbewußten Nachwuchsgeneration aber in Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit an Bedeutung gewinnen wird. Daß dann auch die „normalen“ und „selbstbewußten“ Deutschen mit härteren Bandagen kämpfen werden, erscheint absehbar, denn wenn man von den eher untypischen „Übergangsfiguren“ zwischen Bonner und Berliner Republik absieht (zu denen ich den deutschen Außenminister zählen würde), so stehen mit Bundeskanzler Schröder und dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber bereits repräsentative Vertreter des normalisierenden Selbstbewußtseins der Berliner Republik bereit. Die Nachfolger der gegenwärtig regierenden Generation werden ihrerseits eher „Schröderianer“ oder „Stoiberianer“ und wohl kaum „Kohlianer“ oder „Fischerianer“ sein.

Die Ankunft der Berliner Generation an den Hebeln der Macht bedeutet daher vor allem, daß sich die europäischen Nachbarn zunehmend auf die Eigenständigkeit eines deutschen Willens einstellen müssen – und zwar in dem Maße, in dem die Ansprüche der östlichen und westlichen Nachbarn an gewisse „Führungsleistungen“ der Deutschen steigen, die Übernahme einer deutschen „Anwaltschaft“ für alle interessierten „Klienten“ aber schon alleine deshalb schwieriger wird, weil diese untereinander konkurrieren, und zugleich nicht nur die finanzpolitischen Spielräume der Deutschen enger werden, sondern auch ihre Bereitschaft schwindet, die Lasten der anderen mitzutragen. Richtig ist sicherlich, daß all dies keine „Abkehr vom Westen“, wenn damit gemeint ist, daß deutsche Außenpolitik ihr primäres Handlungsfeld weiterhin in den gewachsenen Institutionen des „Westens“, also vor allem der Europäischen Union und der NATO suchen und finden wird, denn gerade dort, wo sich die Strukturen am deutlichsten verändert haben, „ist es für Deutschland ironischerweise leichter geworden, auf dem Pfad der westlichen Tugend zu wandeln“.²⁶⁰ Allerdings wird das Klima innerhalb dieser westlichen Institutionen in dem Maße rauher werden, wie Deutschland sich selbst als normale europäische Großmacht sieht und seine eigenen Interessen entsprechend selbstbewußter vertritt.

6.1. Abnehmende europäische Ängste und zunehmendes deutsches Selbstbewußtsein: Der Kleiderschrank der Geschichte lädt zum Wühlen ein und mahnt zur Vorsicht

Sollte man sich deshalb sorgen? Für eine Antwort auf diese Frage ist entscheidend, wie hoch man die Bereitschaft der Partner Deutschlands einschätzt, ein normales und selbstbewußtes

²⁵⁸ Daniel S. Hamilton, *Beyond Bonn. America and the Berlin Republic*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace 1994, S. 17.

²⁵⁹ „Ein Deutschland, das Nein sagen kann“, Gespräch mit Egon Bahr, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 11 (November 1999), S. 1311-1323.

²⁶⁰ Josef Joffe, *Ein Wunderwerk der Kontinuität. Parameter rot-grüner Außenpolitik*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 44. Jg., Heft 11 (November 1999), S. 1333.

Deutschland, das nolens volens in eine stärkere Führungsrolle hineinwächst, willkommen zu heißen. Mein Eindruck ist, daß die europäischen Nachbarn immer noch weit weniger bereit sind, ein „normales“ und selbstbewußt die eigenen Interessen vertretendes (und das heißt zu meist ja auch: den eigenen Einfluß bzw. die eigene Macht mehrendes) Deutschland zu akzeptieren als dies etwa im Blick auf ein selbstbewußtes Frankreich oder Großbritannien der Fall ist. Daß im sicherheitspolitischen bzw. militärischen Bereich auf absehbare Zeit wohl kein deutsches Auftrumpfen, sondern eher die Koordinierung mit Frankreich und Großbritannien zu erwarten ist, ist gewiß ein beruhigendes Element, und daß die Entscheidungsmechanismen innerhalb der EU immer einen gewissen Zwang zum Kompromiß produzieren, wirkt ebenfalls dämpfend. In institutionellen, allgemein-politischen und vor allem wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen werden die Deutschen allerdings eine offensivere Rolle spielen, die im Konfliktfall durchaus zur Mobilisierung anti-deutscher Ressentiments unter den europäischen Partnern führen kann. Wenn es richtig ist, daß „die Geschichte [...] in gewisser Weise wie ein großer Kleiderschrank [ist], in dem man herumwühlt, um das zu jeder Gelegenheit Passende zu finden,²⁶¹ werden die Nachbarn beim Wühlen in der deutschen Geschichte sehr schnell fündig werden. Ob „normale“ und „selbstbewußte“ Deutsche souverän damit umzugehen wüßten, daß ihre Nachbarn nicht mehr „nice“ zu ihnen wären, bleibt vor dem Hintergrund der häufig beklagten fehlenden außenpolitischen Tradition sowie der sprichwörtlichen deutschen Überempfindlichkeit fraglich.

Die Außenpolitik der „befangenen“ Bonner Republik war nicht nur im Blick auf den Staat Israel, sondern recht eigentlich in ihrem Kern ein Versuch der „Wiedergutmachung“. Multilateralismus und Integration waren nicht nur Instrumente zur Wiedererlangung von Gleichberechtigung und Einfluß, sondern auch zur Vertrauensbildung. Die „Kultur der Zurückhaltung“ und der „Geist der Bescheidenheit“ waren Ausdruck eines spezifischen Selbst-Bewußtseins der Westdeutschen: daß ihr Land eben kein „normales“ war. Zumindest hatte sich, wie Jürgen Habermas dies vor fünf Jahren formulierte, „in der alten Bundesrepublik (...) ein gewisses Gespür für die Dialektik der Normalisierung herausgebildet – also dafür, daß nur die Vermeidung eines auftrumpfend-zudeckenden Bewußtseins von ‚Normalität‘ auch in unserem Land halbwegs normale Verhältnisse hat entstehen lassen.“²⁶² Und es war genau diese Haltung, die es den Nachbarn der Deutschen ermöglichte, wieder Vertrauen zu fassen.

Eine große Sorge, die die aussterbenden Anhänger der Bonner Republik haben, besteht darin, daß das neue normalisierende Selbstbewußtsein der Berliner Republik dazu führen könnte, eben diese Grundlagen des erworbenen Vertrauens zu untergraben. Auf den ersten Blick scheint diese Sorge übertrieben, denn gerade im Zusammenhang mit dem 10. Jahrestag der Maueröffnung wurde im Ausland vielfach hervorgehoben, wie unbegründet doch die Ängste waren, die vor zehn Jahren im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands geäußert wurden. In dem Maße, in dem in den letzten zehn Jahren allerdings die europäischen Ängste *abgenommen* haben, hat auch das deutsche Selbstbewußtsein *zugenommen*. Dies gilt nicht nur für die außenpolitischen Entscheidungsträger, sondern auch für die Außenpolitik- bzw. IB-Experten, die diesen Prozeß kritisch begleiten sollen. Wenn man sich die Äußerungen unterschiedlichster Experten betrachtet, die in den vergangenen Monaten und Jahren veröffentlicht wurden, dann fällt auf, daß heute, ganz anders etwa als zu Beginn der 1990er Jahre, vergleichsweise wenige auf mögliche Probleme hinweisen, die sich aus Deutschlands Rolle in der Welt bzw. in Europa ergeben könnten. In gewisser Weise spiegelt sich hierin das

²⁶¹ Zu groß für Europa? Interview mit dem amerikanischen Historiker Gordon A. Craig über ein wiedervereinigtes Deutschland, in: Der Spiegel, Nr. 46/1989, S. 185.

²⁶² Jürgen Habermas, 1989 im Schatten von 1945. Zur Normalität einer künftigen Berliner Republik, in: Die Normalität einer Berliner Republik, Frankfurt: Suhrkamp 1995, S. 171.

neue Selbstbewußtsein deutscher Außenpolitik auf der Seite ihrer Beobachter.²⁶³ Dies kann man natürlich auf zweierlei Arten deuten: zum einen, daß die Mehrheit der Experten richtig liegt und alles oder zumindest sehr viel dafür spricht, daß Skepsis oder gar Pessimismus unangebracht sind; zum anderen vielleicht aber auch, daß eingefahrene Beobachtungsweisen für Beobachtungen „neuer“ Entwicklungen nicht hinreichend sensibilisiert sind. Ich würde argumentieren, daß beide Diskurstrends Übertreibungen darstellen. Der Alarmismus Anfang der 1990er Jahre („Abkehr vom Multilateralismus“ à la Anerkennung Kroatien/Slowenien, „Militarisierung“ deutscher Außenpolitik, „deutsches“ Europa, oder gar „Viertes Reich“) war genauso unangebracht wie die heutige Selbstgefälligkeit.

Der Grund für die Warnung vor allzu viel Selbstgefälligkeit besteht darin, daß diese einen Effekt produzieren könnte, der eigentlich von niemandem gewünscht wird: den sorglosen Umgang miteinander. Dies ist das Gegenteil dessen, was der Harvard-Ökonom Albert Hirschman als Folge einer „action-arousing gloomy vision“ umschrieb²⁶⁴ und was in gewisser Weise die Leitlinie sowohl der Außenpolitik der Bonner Republik als auch der europäischen Partner Westdeutschlands war: weil man auf beiden Seiten die Folgen eines auftrumpfenden Deutschlands fürchtete, sann man nach institutionellen Möglichkeiten der Einbindung. Eine reale oder bloß wahrscheinliche drohende Gefahr wurde durch beträchtliche gemeinsame Anstrengungen abgewendet. Das Gegenteil dessen ist der „Einlullungseffekt“: man hegt sich in einer trügerischen Sicherheit und unterläßt folglich Anstrengungen, die eine erkennbare Gefahr rechtzeitig abwenden könnten.

Mit dem Hinweis, daß „das neue nationale Schwergewicht der deutschen Macht in der europäischen Mitte notwendigerweise gegenläufige Interessen hervorbringen wird“, hat sich Joschka Fischer (wie auch Helmut Kohl oder Helmut Schmidt) immer schon als Realpolitiker zu erkennen gegeben, der der ersten Variante folgt, denn in dieser Situationsbeschreibung sah er schon 1994 „ein echtes Risiko aller zukünftigen deutschen Politik, das wohl nur durch härteste innenpolitische Kämpfe und stärkstes Durchhaltevermögen positiv aufzulösen sein wird“.²⁶⁵ Bundeskanzler Schröder hingegen sieht dieses Risiko nicht. Für ihn scheint klar, daß „unsere Nachbarn in Europa wissen, daß sie uns als Deutschen umso mehr trauen können, je mehr wir Deutschen selbst unserer eigenen Kraft vertrauen.“²⁶⁶ Für die Anhänger der Bonner Republik steckt darin allerdings gerade das Risiko deutscher Politik. Gewiß, eine „Hegemonie des Machtstaates Deutschland“ ist derzeit glücklicherweise keine unmittelbar drohende Gefahr. Aber zum „Jubeln“ besteht sicherlich genauso wenig Anlaß.

6.2. Sind Europa und die Welt reif für ein selbstbewußtes Deutschland?

Das optimistische Zukunftsszenario besteht darin, daß Europa und die Welt reif sind für ein „normales“ und selbstbewußtes Deutschland, ein Land, das derzeit gewiß nicht absichtlich eine Hegemonie anstrebt. Wer dieses Szenario für angemessen hält, kann im wesentlichen weitermachen wie bisher. Im Hinblick auf die Fortsetzung der europäischen Integration könnte dabei sogar (im Einklang mit der öffentlichen Meinung in den meisten Ländern) langsamer gefahren werden, denn für eine „Flucht nach vorne“ bestünde kein Anlaß mehr. Die Deut-

²⁶³ Vgl. Gunther Hellmann, Deutschlands Kraft und Europas Vertrauen, a.a.O..

²⁶⁴ Vgl. Albert Hirschmann, *The Rhetoric of Reaction*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1991, S. 153-154.

²⁶⁵ Fischer, *Risiko Deutschland*, a.a.O., S. 211.

²⁶⁶ „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“. Regierungserklärung des Bundeskanzlers, a.a.O., S. 910.

schen mögen vielleicht nach dem Krieg „Fluchteuropäer“ gewesen sein, sie aber auch heute noch so zu bezeichnen, hält selbst Joschka Fischer für „abwegig“.²⁶⁷

Das eher skeptische bis pessimistische Szenario deutscher Außenpolitik besteht demgegenüber nach wie vor darin, daß die europäischen Machtverschiebungen zugunsten Deutschlands trotz der bestehenden europäischen Integrationsstrukturen ein steigendes Risiko beinhalten, daß die Deutschen durch ein allzu sehr auf Selbstbewußtsein und Normalität pochendes, d.h. eben gerade nicht „bescheidenes“ Verhalten, Gegenreaktionen der Partner heraufbeschwören könnten, die ihrerseits die gewachsenen Integrationsstrukturen belasten oder gar unterminieren könnten. Schon aus Klugheit sollte man eher vom zweiten Szenario ausgehen, denn selbst wenn es sich mittelfristig als *nicht* zutreffend erweisen sollte, würde durch eine fortgesetzte vorbeugende Strategie wechselseitiger Einbindung lediglich insofern „Schaden“ entstehen, als nationalstaatliche Kompetenzen weiter vergemeinschaftet werden.

6.3. Überzeugen, einbinden, Partner gewinnen: Die Erfolgsaussichten einer modernen deutschen Großmacht

Wenn die Berliner Regierungen der Zukunft die drei Handlungsregeln einer modernen Großmacht für sich selbst beachten, die Wolfgang Ischinger für Rußland formuliert hat, werden sie innerhalb Europas wie auch darüber hinaus erfolgreich sein. Dies wird dann kein „heiliges europäisches Reich deutscher Nation“ sein, wie dies etwa Umfragedaten erwarten lassen, die Berlins zukünftige Rolle als „Sitz einer europäischen Regierung“ beschreiben.²⁶⁸ Vielmehr wird es ein Netzwerk sein, das mit (aber nicht allein von) den Deutschen geflochten und gepflegt wird – ein Netzwerk vielleicht, das ein neues parlamentarisches und demokratisches Zentrum in Straßburg gefunden haben wird.

Um diese Zukunft wahr werden zu lassen, wird es eine der herausragenden strategischen Aufgaben deutscher Außenpolitik in den kommenden Jahren sein, inneren und äußeren Erwartungsdruck zu versöhnen. Dies ist allerdings schwieriger, als es eine Mehrheit der Experten unterstellt. Die Bereitschaft der Deutschen, die Lasten anderer zu tragen, schwindet. Gleichzeitig steigt aber ihr „Selbstbewußtsein“, auf politische Prozesse in Europa im Sinne „nationaler Interessen“ Einfluss zu nehmen. Die Konstruktion und Pflege dieser Differenz zwischen „nationalen“ Interessen auf der einen und nicht-nationalen, *vielleicht* gemeinsamen „europäischen“ Interessen auf der anderen könnte sich allerdings dann sehr schnell als eine selbstgestellte Falle erweisen, wenn beide Seiten nicht mehr zugleich bedient werden können. Ein Erfolgsrezept der Bonner Außenpolitik, das mittlerweile leider allzu sehr in Verruf geraten ist, bestand darin, diese Differenz erst gar nicht zu suggerieren. Dies bedeutete nicht, daß die Deutschen nicht auch „nationale Interessen“ verwirklichten. Aber es bedeutete, daß es einfacher war, zu Kompromissen zu kommen, ohne Gesichtsverlust zu erleiden, weil man etwas „durchdrücken“ wollte, aber nicht konnte. Die Folge davon war, daß sich die Deutschen erstmals in ihrer Geschichte auf keine ferne Insel mehr sehnen mußten, weil sie ihren Platz an der Sonne endlich mitten auf dem europäischen Kontinent gefunden hatten. Natürlich herrscht auf diesem Kontinent angesichts seiner politisch-geographischen Ausdehnungen nicht ständig eitel Sonnenschein. Aber selbst unter dem teilweise rauen Klima der letzten 50 Jahre ist es gelungen, durch die Schaffung ausgewogener und ausbalancierender Institutionen das an

²⁶⁷ Streitgespräch Joschka Fischer contra Jean-Pierre Chevènement, a.a.O..

²⁶⁸ Gefragt worin sie „die Rolle Berlins in der Zukunft sehen“ antworteten 62 Prozent „Nahtstelle zwischen Ost und West“, 35 Prozent „wichtigste Metropole in Europa“, 34 Prozent „Sitz einer europäischen Regierung“ und 12 Prozent „keine besondere Rolle“; vgl. Berlin als Hauptstadt. Die Bewertung der neuen Rolle durch die Bevölkerung der Bundesrepublik, Presseerklärung des Landes Berlin zu den Ergebnissen einer EMNID-Umfrage von November/Dezember 1999, Berlin, 6. Januar 2000.

struktureller Vorsorge zu leisten, was angesichts der unvermeidlichen Unwägbarkeiten der Zukunft möglich war. Aus diesen Gründen ist dieses Europa auch einer der denkbar besten Plätze auf diesem Planeten – zumal für die Deutschen! Bei guter Führung wird sich daher zweifellos auch das nötige Maß an welt- und europapolitischer Reife herausbilden, um gemeinsam mit den anderen weiter zu prosperieren. Ohne diese Reife wird es spätestens in zehn oder zwanzig Jahren Anlaß zum „Haareraufen“ geben.

ANHANG / TABELLEN

Tabelle 1a: Das „Besondere“ der deutschen Geschichte

Frage: „Gibt es etwas in unserer Geschichte, was uns von anderen Ländern besonders unterscheidet, ich meine etwas, was man wirklich als das Besondere der deutschen Geschichte bezeichnen kann, gibt es so etwas?“ (Prozentwerte)

Ja, gibt es	Westdeutschland	Ostdeutschland
1989	59	--
1990	--	67
1992	59	60
1993	64	62
1995	61	62
1996	69	68

Tabelle 1b

Frage an Personen, die glauben, daß es etwas Besonderes in der deutschen Geschichte gibt: „Was ist das Besondere an unserer Geschichte, was unterscheidet unsere Geschichte von der Geschichte anderer Länder?“ (Zahlen in Prozent)

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1989	1996	1990	1996
1. Das Dritte Reich, der Nationalsozialismus, Hitler, darunter	52	44	4	13
(a) Ausdrücklicher Hinweis auf Verbrechen der Nazis (Vernichtung der Juden)	13	20	1	4
(b) Ausdrücklicher Hinweis auf Vertreibung, Untergang, Tod	2	1	1	1
2. Viele Kriege in der Geschichte Deutschlands, 2. Weltkrieg	23	29	36	33
Darunter:				
(a) Die Deutschen haben Kriege begonnen	6	5	17	18
(b) Die Deutschen haben Kriege verloren	3	2	2	1
(c) Die Kriegsführung der Deutschen Heerführer	X	1	1	2
3. Wiedervereinigung	X	20	X	40
4. Deutschland ist/war ein geteiltes Land, Berliner Mauer	11	15	36	37
5. Bes. Leistungen (Dichter, Denker, Forscher, Erfindungen usw.)	4	6	3	3
6. Charaktereigenschaften (Fleiß, Ordnungsliebe usw.)	5	4	13	5
7. Der Wiederaufbau nach dem Krieg	6	5	1	1
8. Namen berühmter Persönlichkeiten genannt	2	1	X	X
9. Hinweis auf deutsche Geschichte vor der Weimarer Republik	7	1	1	1
Anderes	4	9	12	9
Weiß nicht	4	4	5	5

(Quelle: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997, Band 10, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Köcher, München: K. G. Saur 1997, S. 503-504)

Tabelle 2: Ziele der deutschen Außenpolitik

Frage: „Darüber, was die wichtigsten Ziele der deutschen Außenpolitik sind, kann man ganz unterschiedlicher Meinung sein. Bitte sagen Sie mir, nach dieser Liste hier, was Ihrer Ansicht nach sehr wichtige Aufgaben unserer Außenpolitik sind.“(Bevölkerung insgesamt, alle Angaben in Prozent)

Ziele	August 1997
Gute Beziehungen und Freundschaften zu möglichst vielen Ländern aufbauen	69
Der deutschen Wirtschaft im Ausland die Türen öffnen	60
Eine gemeinsame Linie mit anderen Ländern der Europäischen Union suchen	52
Selbstbewußter auftreten, ohne schlechtes Gewissen wegen der deutschen Vergangenheit	51
Dafür sorgen, daß die europäischen Länder eine gemeinsame Außenpolitik machen	47
Bei Hungerkatastrophen in der Dritten Welt helfen	45
Die Versöhnung mit anderen Völkern vorantreiben	44
Vor allem unsere eigenen Interessen durchsetzen	40
Bei kriegerischen Auseinandersetzungen vermitteln	36
Unsere wirtschaftliche und politische Stärke nicht zu sehr betonen, sondern uns in ein gemeinsames Europa einfügen	27
Dafür eintreten, daß die Vereinten Nationen, die UNO, mehr Macht bekommt	22
Deutsche Waffenexporte auch außerhalb der NATO	18

(Quelle: Renate Köcher, In der deutschen Provinz. Das Interesse der Bevölkerung an Außenpolitik geht rasch zurück, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.9.1997, S. 5.)

Tabelle 3: Eine deutsche Führungsrolle in Europa

Frage: „Welche Stellung das vereinte Deutschland in Zukunft in Europa haben soll, darüber unterhalten sich hier zwei. Wem von beiden stimmen Sie eher zu?“ (Prozentwerte)

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1990	1996	1990	1996
„Wir sollten uns doch lieber zurückhalten. Es reicht, wenn wir wirtschaftlich stark sind, da brauchen wir nicht noch eine politische Führungsrolle zu spielen.“	57	33	62	42
„Das vereinte Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land in Europa. Deshalb muß Deutschland auch eine Führungsrolle in Europa übernehmen, sonst werden unsere Interessen im Vereinten Europa zu wenig berücksichtigt.“	30	52	28	41
Unentschieden	13	15	10	17
Summe	100	100	100	100

(Quelle: Allensbacher Jahrbuch, Bd. 10, S. 1154)

Tabelle 4: Ein neues deutsches Selbstbewußtsein

Januar 1999	Ja	Nein
„1999 wird die Bundesrepublik 50 Jahre alt. Sollte Deutschland jetzt selbstbewußter auftreten als bisher?“	68	25
„Schröder tritt selbstbewußter in Europa auf als Kohl. Finden Sie das gut?“	82	12

(Quelle: Infratest/dimap im Auftrag der ARD Talkshow „Sabine Christiansen“ am 3. Januar 1999 zum Thema „1999 - Die Deutschen kommen“, <http://www.sabine-christiansen.de/03011999.htm>)

Tabelle 5a: Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft

Frage: „Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, Vorteile und Nachteile gleichen sich aus?“ (Prozentwerte)

	Mehr Vorteile	Mehr Nachteile	Gleicht sich aus	Weiß nicht/k. Angabe	Summe
Westdeutschland					
1979	15	25	46	14	100
1984	13	36	39	12	100
1990	24	27	40	9	100
1991	22	27	41	10	100
1992	16	36	37	11	100
1993	17	39	34	10	100
1994	18	32	41	9	100
1995	19	22	48	11	100
1996	13	36	40	11	100
Ostdeutschland					
1990	35	7	36	22	100
1991	24	13	38	25	100
1992	14	21	40	25	100
1993	15	27	37	21	100
1994	12	30	42	16	100
1995	12	27	41	20	100
1996	10	34	36	20	100

(Quelle: Allensbacher Jahrbuch, Bd. 10, S. 1158)

Tabelle 5b: Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft im Bundesgebiet insgesamt (Prozentwerte)

	Eher Vorteile	Eher Nachteile	teils/teils	Weiß nicht / keine Angabe	Summe
1983	27	23	46	4	100
1989	24	31	44	1	100
1993	22*	29*	50*	??*	100*
1995	25	29	46	0	100
1999**	46	41	10	4	100

* Diese Zahlen addieren sich nicht zu 100 Prozent; die Autoren liefern dafür jedoch keine Erklärung.

**Die Umfrage 1999 basierte auf Telefongesprächen, die vorherigen auf face-to-face Interviews. Das Fragemodell war aber in beiden Fällen identisch.

(Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung, zit nach: Hans-Joachim Veen, Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, Jutta Graf, Die Europäische Union in der öffentlichen Meinung, KAS-Arbeitspapier, Sankt-Augustin April 1999, S. 5)

Tabelle 6: Deutschland und die Zukunft der Europäischen Union

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Stellung Deutschlands in Europa (Prozentwerte, Angaben für Bundesgebiet insgesamt).

	1991	1993	1995	1996	1997*	1999*
„Wir sollten die politische Einigung Europas vortreiben und auf nationale Unabhängigkeit verzichten.“	46	31	33	26	32*	40*
„Wir sollten die europäische Einigung nicht weitertreiben, sondern die Europäische Union belassen wie sie ist.“	36	52	50	52	39*	40*
„Wir sollten eine national unabhängige Politik außerhalb der Europäischen Union verfolgen.“	17	15	16	21	14*	17*
weiß nicht / keine Angaben	1	2	1	1	15*	13*
Summe	100	100	100	100	100	100

* Ab 1997 wurde nach Angaben der Autoren eine „leicht veränderte Frageformulierung“ vorgelegt. Worin die Änderung genau bestand, wird allerdings nicht gesagt.

(Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung, zit nach: Hans-Joachim Veen, Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, Jutta Graf, Die Europäische Union in der öffentlichen Meinung, KAS-Arbeitspapier, Sankt-Augustin April 1999, S. 10)

Tabelle 7: Deutsche Führungsrollen in der EU

Für eine Führungsrolle in der EU halten am ehesten Deutschland in der Lage ...

Politikbereich	Bevölkerung 1992	Bevölkerung 1994	Elite 1996
... in der Wirtschaftspolitik	81	78	72
... in der Währungspolitik	77	70	74
... in der Sozialpolitik	59	43	48
... in der Außenpolitik	-	44	20
... in der Verteidigungspolitik	29	29	11

Quelle: Infratest Burke im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung und der RAND Corporation: Die Welt der Deutschen im Wandel II, Berlin, Dezember 1992; Das Meinungsbild der Elite in Deutschland zur Außen- und Sicherheitspolitik, Berlin März 1996.

Tabelle 8: Vitale Interessen Deutschlands (nach Ländern bzw. Regionen)

Land / Region	Bevölkerung 1992	Bevölkerung 1994	Elite 1996
Frankreich	67	65	88
Mittel-Ost-Europa	64	60	89
USA	62	64	76
Rußland	60	56	80
Mittelmeerraum	46	46	64
Naher und Mittlerer Osten	45	43	57
Skandinavien	37	40	48

Quelle: Infratest Burke im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung und der RAND Corporation: Die Welt der Deutschen im Wandel II, Berlin, Dezember 1992; Das Meinungsbild der Elite in Deutschland zur Außen- und Sicherheitspolitik, Berlin März 1996.

Tabelle 9: Außenpolitische Ziele und Interessen Deutschlands (Elite)

Ziel / Interesse	Sept. 1993	März 1995
Gutes Verhältnis zu Frankreich	95	98
Gutes Verhältnis zu den USA	97	97
Exportvolumen erhalten oder ausbauen	94	90
Dem islamischen Fundamentalismus entgegenwirken	78	84
Durch Blauhelmeinsätze internationale Verantwortung übernehmen	76	67
Osteuropa an die NATO und EU anbinden	68	67
Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses	62	55
Zuwanderung eindämmen	77	63
Sitz im UN-Sicherheitsrat	65	49
Teilnahme an UN-Kampfeinsätzen	38	31
Deutsche Waffenexporte auch außerhalb der NATO	18	15

Quelle: Elitenumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach vom September 1993 bzw. März 1995, zit. nach Elisabeth Noelle-Neumann, Öffentliche Meinung und Außenpolitik, in: Internationale Politik, 50. Jg., Nr. 8 (August 1995), S. 11.

Tabelle 10: Die Folgen eines EU-Beitritts Polens (Eliten, in Prozent)

Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Ansichten über weitere Konsequenzen im Falle eines polnischen EU-Beitritts?

<i>(Antworten „Eher Ja“ oder „definitiv ja“)</i>	Deutsche	Polen
Die Öffnung der Grenze zwischen Deutschland und Polen wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland verschärfen.	48,4	30,5
Eine größere EU wird unregierbar und zu einer weiteren Integration kaum noch fähig sein.	15,7	5,4
Eine EU-Erweiterung wird anti-demokratische Kräfte in Rußland stärken.	18,5	26,4
Für Polen sind die Kosten der Erweiterung zu hoch.	12,5	29,8
Für die bisherigen Mitglieder sind die Kosten der Erweiterung zu hoch.	28,2	13,8
Nach einer Erweiterung um Polen und andere mittel- und osteuropäische Länder würde die EU ihre Agrarsubventionen drastisch reduzieren.	53,3	39,4

Quelle: Wolf-Dieter Eberwein, Janusz Reiter, Die deutsch-polnischen Beziehungen. Eine Interessen- und Wertegemeinschaft?, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin 1999, S. 36.

Tabelle 11: Bevorzugte Instrumente deutscher Außenpolitik (Elite, Angabe in Prozent)

Deutschland sollte sich in der Welt politisch beteiligen

... indem es ein „gutes Beispiel“ gibt	86,1
... durch Kooperation in internationalen Organisationen	98,2
... durch Vermittlung in internationalen Konflikten	67,0
... durch wirtschaftliche Mittel	62,2
... durch militärische Mittel	12,0

Quelle: Wolf-Dieter Eberwein, Janusz Reiter, Die deutsch-polnischen Beziehungen. Eine Interessen- und Wertegemeinschaft?, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin 1999, S. 49.